

TAGESSCHAU

POLITIK

Verteidigungsetat: Gegen starken Widerstand von Minister Wörner hat der Haushaltsausschuss des Bundestages die für 1985 geplanten Ausgaben von 49,3 Milliarden Mark um 251 Millionen gekürzt. Für alle großen Beschaffungen wurden zum Teil erhebliche Ausgabensperren verhängt.

Neonazis: Auf einem Bauernhof bei Schwerte hob die Polizei ein Waffen- und Sprengstofflager aus, das offensichtlich einer rechtsextremen Wehrsportgruppe gehörte. Mehrere Personen wurden festgenommen.

Jugend-Forum: Die Jugend der achtziger Jahre ist weitgehend nicht mehr reich, wofür sie sich anstrengen soll. Die „Integration durch Separation“ funktioniert häufig nicht mehr. So lautete eine Diagnose auf dem „Forum Philippinum“ der Universität Marburg (S. 3).

Korea: Der kommunistische Norden hat sich zur Wiederaufnahme der seit elf Jahren unterbrochenen Rot-Kreuz-Gespräche mit Südkorea bereit erklärt. Dabei dürfte es zunächst um menschliche Erleichterungen wie Familienzusammenführung gehen.

Revirement: Nach seiner als sicher geltenden Wiederwahl zum Chef der Liberal-Demokratischen Partei am Mittwoch will Japans Ministerpräsident Nakasone sein Kabinett umbilden.

ZITAT DES TAGES

Die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr kann sich in einem weitgehend störungsfreien Umfeld vollziehen: niedrige Preissteigerungsrate, geringerer Anstieg der öffentlichen Ausgaben, normalisiertes Zinsniveau.

Helmut Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, aus Anlaß des 60. Geburtstages (S. 11)
 FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Rekordjahr: Der zivile Luftverkehr steuert auf ein Rekordjahr zu. In den ersten sechs Monaten stieg das Passagieraufkommen weltweit um acht und das Frachtaufkommen um 16 Prozent (S. 11).

Privatisierung: Die türkische Regierung will ab 1985 insgesamt 263 Staatsunternehmen privatisieren.

Auslandsverschuldung: Im ersten Halbjahr '84 stiegen die Verbindlichkeiten Israels um 1,1 Milliarden auf die Rekordhöhe von 23,8 Milliarden Dollar. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 5800 Dollar.

KULTUR

„Amadeus“: Auch Hollywood hat sich jetzt mit seiner Macht in laufende Geschäft mit Peter Shaffer's Mozart-Stück „Amadeus“ geworfen. Entstanden ist (unter der Regie von Milos Forman) eine billige Genie-Erklärung, über die den Mozart-Kundem nur eines hinweg tröstet: die Musik (S. 19).

Autoren: Zum vierten Mal innerhalb von zwei Jahren trafen sich ehemalige „DDR“-Autoren in der Bundesrepublik zum Erfahrungsaustausch und Gedankenaustausch. Bewußt verzichtete man auf das Politische. Die Münchner Klinikum-Spektakel vergangener Treffen, es wurde eine sachliche, nüchterne Arbeitswoche (S. 19).

SPORT

Motorsport: Noch in dieser Woche wird der Wahlring Grand-Prix-Fahrer Winfried Wolff den neuen Formel-1-Rennwagen von Zakspeed testen.

AUS ALLER WELT

Rauschgift: Marseiller Rauschgiftkriminalen gelang der größte Fang, der je in Frankreich gemacht wurde: zehn Tonnen Haschisch im Wert von 64 Millionen Mark. Die Schmuggler konnten wegen einer Indiskretion entkommen. Eine Tagesschau hatte die Polizei-Operation vorzeitig vermeldet (S. 20).

Klinikum: Kein anderes deutsches Krankenhaus kann eine so beeindruckende Bilanz erfolgreicher Herzverpflanzungen aufweisen. Das Münchner Klinikum Großhadern feiert sein zehnjähriges Bestehen (S. 20).

Wetter: Bewölkt, im Norden vereinzelt Regen. 10 bis 16 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Mubaraks großer Plan: Änderung der Resolution 242 - Europäer sollen helfen S. 2
Nordsee: Protest '84 - Statt Marx und Marcuse Musik und Theater - Von D. Guretsch S. 3
Landesbericht: Niedersachsen: An der Rotation scheitern sich die Geister im Landtag S. 4
Berlin: Zuweilen ist schon von einer neuen Gründerwelle die Rede - Aufbruchstimmung S. 5
Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 7
Schitten: Die syrisch-iranische Connection arbeitet zur mit Profis S. 9
Treffen Kohl-Mitterrand: Neue Anstöße für gemeinsame Sicherheitspolitik der EG S. 10
Fernsehen: Kinderstars - Der Sprung in den dauernden Ruhm - Von M. von Schwarzkopf S. 18
Amoktanz eines Fixers: Das Alvin Ailey Theater auf Tournee - Von Hartmut Regitz S. 19
Abschied: Marcel Le Servot - Er war der Herrscher über die Töpfe im Elysée S. 20

Bonn will mehr Qualität und Wettbewerb an Hochschulen

Zustimmung zu neuem Rahmengesetz scheint gesichert / Differenzen über Details

PETER PHILIPPS, Bonn
 Die Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland sollen endlich mehr Freiheit, aber auch mehr Raum für qualitätssteigernden Wettbewerb erhalten. Sie werden - immer den entsprechenden Gleichschritt der Landesregierungen vorausgesetzt - für bestimmte Studiengänge sich ihre Studenten selbst aussuchen können. Zu den entscheidenden Wegmarkierungen im neuen Hochschulrahmengesetz wird ein Zusatz im Paragraphen 10 gehören: Mit Zustimmung der zuständigen Landesbehörden können die Hochschulen Studiengänge einrichten, zu denen Bewerber mit Hochschulzugangsberechtigung aufgrund einer Eignungsprüfung der Hochschule zugelassen werden.

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilm hat den Gesetzesentwurf für die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) fertiggestellt. An der Verabschiedung durch Kabinett und Bundestag ist nicht zu zweifeln. Damit aber die Hochschulen die Chancen wahrnehmen können, die ihnen von dem Rahmengesetz geboten werden, müßten die Kultusminister der Länder auch bereit sein, die

Freiheiten an die Universitäten weiterzugeben, heißt es im Hause Wilms.

Ebenfalls in Richtung Freiheit und Wettbewerb unter den Hochschulen weisen die Bestimmungen, daß hochbegabte Studenten von Pflichtveranstaltungen befreit werden können. Für sie sollen besondere Lehrveranstaltungen angeboten werden. Und die Aufstellung der Studienordnung wird künftig nicht mehr staatlicher bürokratischer Genehmigung unterliegen, sondern den „zuständigen staatlichen Stellen“ nur noch „anzeigen“ sein, von den Hochschulen in eigener Verantwortung vorgenommen werden.

Ein weiterer, wesentlicher Punkt betrifft den Freiraum für Drittmittel. Hier erfüllt die Novelle Forderungen, die seit langem von Wissenschafts- und Hochschulorganisationen an das Bildungsministerium herangetragen worden sind: „Die Mittel für Forschungsvorhaben, die... in der Hochschule durchgeführt werden, sollen von der Hochschule verwaltet werden.“ Und Drittmittel dürfen „vom Land bei der Bemessung des Zuschußbedarfs der Hochschule

nicht mindernd berücksichtigt werden“.

Doch an diesem Punkt muß sich Frau Wilms auf Widerstand ihrer Landskollegen, auch aus unionsregierten Ländern, einrichten. Hier wollen sie sich trotz Differenzen in Einzelheiten gegen die internen Abstimmungen erheben, daß die Novelle nicht im Bundesrat scheitern wird. Als Entlastungsmaßnahmen im Zeichen unabsehbarer Überlastung der Hochschulen ist die Wiedereinführung von sogenannten Diätprofessoren zu sehen, während zugleich die ursprünglich von den Experten („Knopp-Kommission“) vorgeschlagene Abschaffung der C-2-Professuren nicht mehr vorgesehen ist. Dafür hat Frau Wilms den Vorschlag aufgeführt, den Zustand der freischwebenden Assistenten zu beenden und Assistenten wieder Professoren und damit Dienstaufgaben zuzuordnen. Auch die immer wieder geforderte institutionalisierte Professoren-Mehrheit in den Gremien, die den Leiter der Universität - Präsident oder Rektor - fortgesetzt Seite 18

Späth: Wahl zeigt Stabilität der CDU

In Baden-Württemberg schwere Verluste der Sozialdemokraten und Aufwind für die Grünen

zhk/DW, Stuttgart
 Mit Erleichterung registrierte Ministerpräsident Lothar Späth die Tatsache, daß die baden-württembergische CDU bei den Gemeinderatswahlen trotz Verlusten in den meisten Städten die führende Kraft bleiben wird. Nach den Bonner Diskussionen um die Parteipenden-Affäre und den Rücktritt Rainer Barzels hatte die Stuttgarter CDU-Zentrale mit stärkeren Einbußen gerechnet. Späth, auch Landesvorsitzender der CDU, lobte deshalb die „Stabilität“, die in dem Wahlergebnis für die Union zum Ausdruck gekommen sei. Dabei räumte er ein, daß die Grünen die Gewinner der öffentlichen Stimmung seien.

SPD-Landeschef Ulrich Lang, dessen Partei am stärksten verlor, sprach von „schweren Verlusten der Koalitionsparteien in Bonn“ und meinte vor allem die FDP. Sie liege im Stamm-land der liberalen Partei erstmals unter fünf Prozent. In Stuttgart sackte sie von 9,6 auf 7,1 Prozent ab, in Heidelberg von 7,3 auf 2,5, in Ulm von 3,1 auf 2,3 Prozent.

In der Landeshauptstadt Stuttgart blühte die SPD acht Prozentpunkte

der Stimmen ein. Hier konnten die Grünen ihren Anteil (und auch ihre Mandate) verdreifachen: von rund fünf auf 15,4 Prozent, von drei auf neun Mandate. Die SPD verlor fünf Sitze. Ein rot-grünes Bündnis ist nicht möglich, da der bürgerliche Block 34 Sitze haben wird. Die Union verlor in der Landeshauptstadt einen Prozentpunkt.

Die Grünen konnten im Durchschnitt eine Steigerung ihres bisherigen Stimmenanteils von rund acht

SEITE 4:
 Potenziellen Partner geschwächt

Prozentpunkten verbuchen. Allerdings waren sie 1980 nur vereinzelt angetreten. Den größten Erfolg errangen sie in Tübingen, wo sie mit 20,9 Prozent nach der CDU (25 Prozent) vor der SPD (20 Prozent) zur zweitstärksten Kraft wurden. Zusammen mit der erstmals aufgetretenen „Freien Liste“, die in gewisser Weise den Grünen ähnelt, können sie in Tübingen fast 33 Prozent der Stimmen für sich verbuchen. Bis auf wenige

Ausnahmen erreichten die Grünen überall zweistellige Ergebnisse.

Die SPD kam landesweit deutlich unter die 30-Prozent-Marke, ihre Verluste betragen nach den vorliegenden Berechnungen im Durchschnitt vier Prozentpunkte. Ihr Vorsitzender Lang erklärte dennoch, er warte vor „vorteiligen Schüssen aus Städtelergebnissen“. Denn 70 Prozent der Bevölkerung lebe in Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern.

Nur leichte Einbußen verzeichnete die in Baden-Württemberg starken Freien Wählervereinigungen (FWV). Möglicherweise kommen sie landesweit in die Nähe ihres letzten Ergebnisses von 18,3 Prozent. Die FDP-Führung sieht in dem Ausgang der Wahlen „kein Bonner Ergebnis“. Zur Begründung wurde auf das relativ gute Abschneiden der CDU und die Verluste der SPD hingewiesen. Auch das Abschneiden der FDP lasse keine Rückschlüsse auf die bundesweite Situation der Partei zu, weil in Süddeutschland die Freien Wählergemeinschaften starken Zulauf zu Lasten der Freien Demokraten erhalten hätten.

Jaruzelski warnt Gegner in der Partei

Popieluszko von Entführern in die Weichsel geworfen? / Bonn bleibt bei Genscher-Reise

DW, Warschau/Bonn
 Angesichts des noch immer nicht aufgeklärten Falles Popieluszko und der Ungewißheit, in welchem Maße polnische Regierungsstellen in die Entführung des Priesters verwickelt sind, wird im Westen die Frage nach der Opportunität von offiziellen Besuchen in Warschau diskutiert. In Bonner Regierungskreisen hieß es gestern, Bundesaußenminister Genscher (FDP) werde, wie geplant, im November an die Weichsel reisen. Bonn wolle alle Möglichkeiten wahrnehmen, mit den Regierungen im Osten im Gespräch zu bleiben.

Man vermied es, eine direkte Bewertung der Rolle von General Jaruzelski vorzunehmen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hatte, wie vor ihm der griechische Regierungschef Papandreu, den General als „polnischen Patrioten“ bezeichnet.

In dem zum Abschluß seiner Be-

trachtungen veröffentlichten „Kommuniké“ verurteilte das polnische Zentralkomitee die Verschleppung Popieluszkos, verlangte strenge Bestrafung der Täter sowie ihrer Helfershelfer und forderte eine Untersuchung des Politbüros über die Zustände an der Basis. Das Politbüro wurde überdies beauftragt, „alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Herrschaft des Rechtes zu sichern“. Das Kommuniké wurde von Beobachtern deshalb als Stärkung der Position Jaruzelskis bewertet. Mit auf fallendem Nachdruck hatte Jaruzelski seinen Kurs vor dem ZK verteidigt.

Er warnte vor Nachgiebigkeit gegenüber den Gegnern, die ein Zeichen von Opportunismus und Kapitalismus sei, aber auch vor den Dogmatikern, denen er „pseudopolnische Kritik der Parteipolitik“ vorwarf. Beobachter vermuten eventuelle Hintermänner der Entführung Popieluszkos im harten Parteiflügel.

Widersprüchliche Aussagen über den Verbleib der Leiche des vermutlich ermordeten polnischen Priesters Jerzy Popieluszko haben dessen Entführer gemacht. In einem vom polnischen Innenministerium herausgegebenen Kommuniké heißt es, einer der Verantwortlichen für die Entführung habe gestanden, die Leiche am 19. Oktober bei Thorn in die Weichsel geworfen zu haben. Die anderen beiden Tatverdächtigen - alle drei sind Angestellte des Innenministeriums - erklärten dagegen, den Toten in ein Stachetken etwa 50 Kilometer von Thorn entfernt geworfen zu haben.

Bei den Tatverdächtigen handelt es sich um Hauptmann Gregor Piotrowski und die beiden Leutnants Waldemar Cielewski und Leszek Pekala. Piotrowski hat gestanden, den Priester umgebracht zu haben.

Seite 2: Wenn zwei eine Reise tun
 Seite 3: Geheimpolizei und Politiker

Indische Wünsche an die Sowjets

DW, Neu-Delhi

Wachsende Spannungen zwischen Indien und Pakistan sowie den USA bilden den Hintergrund einer Reise nach Moskau, die der indische Verteidigungsminister S. B. Chavan heute antreten will. Dem Vernehmen nach will er über die Lieferung hochmoderner Panzer des Typs T-80, ferner von Raketen, Kampfflugzeugen, Radaranlagen und elektronischem Gerät für die Luftwaffe verhandeln.

Die indische Presse berichtet seit Wochen über Kämpfe mit pakistanischen Truppen in der unstrittigen Region Kaschmir, und Ministerpräsidentin Indira Gandhi hat wiederholt vor der Möglichkeit eines pakistanischen Angriffs gewarnt. Pakistan ist Empfänger einer auf fünf Jahre verteilten US-Militär- und Wirtschaftshilfe im Wert von 3,2 Milliarden Dollar (rund 8,6 Milliarden Mark). Es hat in den USA 40 moderne Düsenjäger des Typs F-16 und eine unbekannte Anzahl von Harpoon-Raketen für den Einsatz auf See bestellt.

Verschörung in Sudan vereitelt

DW, Khartum

Eine von Libyen unterstützte Verschörung in Sudan ist nach offiziellen Angaben vereitelt worden. Der Staatsrundfunk meldete gestern, „zahlreiche Verschwörer“, die aus dem christlichen Süden des Landes stammten und angeblich die islamistische Regierung von Präsident Numeiri stürzen wollten, seien verhaftet worden.

Die Putschpläne, die vorzeitig aufgedeckt werden konnten, sahen vor, daß eine Volkserhebung in Sudan provoziert und dann die Regierung abgesetzt werden sollte. Anschließend hätten die Verschwörer libysche und äthiopische Hilfe anfordern wollen, um angeblich die Ordnung wiederherzustellen. Libyen habe die „Verärrte“ finanziert und versprochen, ihnen zur Unterstützung des Putsches Flugzeuge zu schicken.

Präsident Numeiri hat in seiner 15jährigen Amtszeit bisher mehr als 20 angebliche Putschversuche überstanden.

Kohlebehörde ruft Sprecher zurück

in London

Der Chef der staatlichen britischen Kohlebehörde, McGregor, hat den erst vor wenigen Tagen berufenen Michael Eaton aufgefordert, seine Aufgabe als Sprecher dieser Behörde nicht weiter wahrzunehmen. Eaton war eingesetzt worden, um das in den Verhandlungen über den Bergarbeiter-Gewerkschaft zur Beendigung des Kohle-Streiks angeschlagene Image der Kohlebehörde aufzupolieren.

In London heißt es, der Rücktritt Eatons stehe in Zusammenhang mit den Enthüllungen über Kontakte zwischen Arthur Scargill, dem Führer der Bergarbeiter-Gewerkschaft, und dem Khadhaif-Regime, die in Großbritannien Empörung ausgelöst haben. Offensichtlich geht die Kohlebehörde davon aus, daß die Bergarbeiter-Gewerkschaft mit der Affäre ihre Verhandlungsposition geschwächt hat. Die Führung der britischen Gewerkschaftsbewegung hat die Kontakte verurteilt.

Seite 16: Scargills Kontakte

DER KOMMENTAR

Entlaubung

HERBERT KREMP

Der Südwesten Deutschlands ist etwas Besonderes, und Kommunalwahlen dort sind etwas ganz Besonderes. Wahlzettel von mehr als einem Meter Länge, an denen der Bürger über die Zeit von einigen Vierteln zu Hause eingehend kumulieren und panschieren kann - die Listen werden zugestellt - veranlassen einen tiefen Sinn für Demokratie. Nicht jeder Volkstamm wäre zu einem derartig individuellen Wahlverfahren fähig.

Und nicht jeder prägt seine politischen Motive so farbig aus. Die Landesart ist aber nicht der Grund für die horrenden Zunahmen der Grünen, die in Tübingen sogar die Sozialdemokraten überstiegen. Sie ist auch nicht der Grund für die relative Stabilität der CDU und der bürgerlichen Freien Wählervereinigungen sowie für die hohen Verluste von SPD und FDP. Da kam zum Besonderen schon das Allgemeine: ein gewisser, nicht nur im Südwesten auftretender Überdruß an den traditionellen Parteien und ihren „gellerten“ Gesichtern, wie der Abschaffung der Wahlbeteiligung zeigt.

Da bei dem besonderen Wahlsystem die Feinausrechnung in der Regel Verluste für die großen Parteien erbringt, bieten die Stimmentzettel aus den Großstädten nur ein vorläufiges Bild. Danach haben

die Grünen die Roten kräftig entlaubt. Sie holten sicher auch von der CDU, hielten sich aber an das Nahestehende. Dies bestätigt - allerdings nur in diesem Falle - die Erwartung, daß Sozialdemokraten und Grüne sich brüderlich aneinander ernähren. Im Südwesten wurde die SPD so geschwächt - in der Landeshauptstadt Stuttgart acht Prozentpunkte minus -, daß sie nur in wenigen Fällen in der Lage ist, sich von der gestärkten „neuen Kraft“ in die Macht tolerieren zu lassen.

Unaufhaltsam offenbar der Verfall der FDP. Was ihr im Südwesten geschieht, geschieht am grünen Holze. Es bekommt dem Schwanz offenbar nicht, wenn er zu heftig mit dem Hund wackelt. Diese Erfahrung muß der Bonner Koalitionspartner Genscher seinen Leuten endlich vermitteln. Die traditionellen Parteien insgesamt sind eine Art Boatpeople. Auch die Sozialdemokraten dürfen nicht glauben, daß sie am Neckar gewinnen, wenn sie am Rhein „Halten den Fick“ schreiben. Wenn jemand drin ist, sind sie mit drin. Bestätigung unter schwierigen Umständen sieht sich Lothar Späth, ein moderner denkender und effizient arbeitender Ministerpräsident - bestätigt auch in seiner Christlich-Demokratischen Partei.

Rentenerhöhung soll bei 3,5 Prozent bleiben

PETER JENTSCH, Bonn

Die Bundesregierung will zum 1. Juli 1985 die Renten um 3,5 Prozent erhöhen. Da gleichzeitig der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner um zwei Prozentpunkte steigen soll, bleibt den Rentnern nur eine Erhöhung um 1,27 Prozent. Das geht aus dem Renten Anpassungsgesetz hervor, das heute neben dem Renten Anpassungsbericht im Bundeskabinett beschlossen werden soll.

Bundesarbeitsminister Norbert Blum hat sich damit Bestrebungen nach einer stärkeren Rentenerhöhung, die unter anderem Berlin Sozialistener Union Fink gefordert hatte, widersetzt. Der Minister begründet seine Haltung mit der Finanzlage der Rentenversicherung, deren Verbesserung Vorrang haben müsse vor höheren Renten Anpassungen.

Der Renten Anpassungsbericht geht von den bisher auch den Etatplanungen zugrunde liegenden Zahlen aus, nach denen die Löhne mittelfristig um jährlich 4,6, die Zahl der Beschäftigten um 0,7 Prozent steigen werden. Das Bundesarbeitsministerium hält diese Zahlen jedoch für zu hoch und hat eine Lohnsteigerung von 3,5, ein Anstieg der Beschäftigtenzahl um 0,2 Prozent pro Jahr zugrunde gelegt. Endgültige Annahmen über die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung werden erst Mitte November nach den neuen Steuerschätzungen vorliegen.

Nach Mitteilung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte hat sich die Schwankungsreserve Ende August auf 8,5 Milliarden Mark, das sind 1,54 Monatsausgaben, erhöht.

Vorruhestand bei den Banken ein „Renner“

DW, Hamburg

Bereits im ersten Monat nach Inkrafttreten der Vorruhestandsregelung im Bankenbereich haben sich rund 4000 Angestellte für eine „vorgedruckte“ Pensionierung entschieden. Damit haben 40 Prozent der im ersten Jahr Anspruchsberechtigten von der neuen Regelung Gebrauch gemacht. Die DAG, die diese Zahlen gestern bekanntgab, hatte die Vereinbarung über einen Vorruhestand gegen den erklärten Widerstand der mitverhandelnden DGB-Gewerkschaft HBV abgeschlossen.

DAG-Verhandlungsführer Gerhard Renner wies weiter darauf hin, daß die Wiederbeschäftigungsquote bei rund 80 Prozent der vorzeitig freigesetzten Arbeitsplätze liege. „Damit erweist sich die Vorruhestandsregelung im Bankenbereich als erfolgreiches arbeitspolitisches Instrument“, unterstrich der Gewerkschaftler. Der Tarifvertrag sieht eine materielle Ausstattung der Vorruhestandsleistung mit 80 beziehungsweise 75 Prozent des letzten Bruttomonatsentkommens vor. Die Beschäftigten können ohne Rücksicht auf betriebliche „Überforderungsklauseln“ je nach Dauer ihrer Betriebszugehörigkeit ein beziehungsweise zwei Jahre vor dem frühesten Zeitpunkt des gesetzlichen Rentenbezuges aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Nach Renners Worten wird das Bankgewerbe mit rund 359 000 Beschäftigten bei den Tarifverhandlungen im kommenden Jahr die „Tarifführerschaft“ im Bundesgebiet haben. Der Banken-Gehaltsstarftvertrag ist zum 28. Februar 1985 kündbar.

Militär in Iran stärkt Position gegen Eiferer

Hoffnung auf Ende der Angriffstaktik mit Menschen-Ketten

Der Wechsel in der iranischen Militärführung hat nach Einschätzung in diplomatischen Kreisen Teherans die Position der regulären Streitkräfte gegen die revolutionären Eiferer gestärkt. Das könnte auf ein Ende der weltweit verdamnten Angriffstaktik der Menschen-Wellen hindeuten - und damit zugleich auf das Ende der Hoffnung auf einen raschen Sieg im Krieg gegen Irak.

Oberst Esmaeel Sohrabi (45), der neue Generalstabschef, hat sein taktisches Geschick 1979, kurz nach der Revolution, im Kampf gegen die aufständischen Kurden entwickeln können. Sein Vorgänger, Brigadegeneral Kassemali Sahir-Nedschad, wurde zu einem der beiden Vertreter des Revolutionsführers Ajatollah Ruhollah Khomeini im Obersten Verteidigungsrat ernannt. Der andere ist Parlamentspräsident Ali Akbar Haschemi Rafsandschani.

Platz zwei im Verteidigungsrat, einer Art Kriegskabinetts, war drei Jahre lang unbesetzt gewesen - seit der damalige Verteidigungsminister Mu-

stafa Tschamran an der Südfreit im Granatwerferfeuer gefallen war. Daß der frühere Generalstabschef nun nachrückte, läßt darauf schließen, daß er der neue Verbindungsmann zu den Streitkräften sein und im Zusammenwirken mit Oberst Sohrabi deren Einfluß im Verteidigungsrat stärken soll.

Seine Berufung auf den vakanten Ratsposten geschah auf Kosten der Revolutionsgarde, einer Miliz, die in den vergangenen vier Kriegsjahren mit ihren Vorstellungen von Angriffstaktik mit dem Oberkommando überkreuz gelegen hat. Bei der erfolgreichen Offensive im vergangenen Februar an der Südfreit wurden zwar mit der Taktik der Massenangriffe die feindlichen Madschmum-Inseln in den Sümpfen des Schatt el-Arab erobert, doch sei der Blutzoll so hoch gewesen, daß es die Berufssoldaten angewidert habe, heißt es unter Diplomaten in der iranischen Hauptstadt. „Es sieht so aus, als habe sich die Armee in diesem Punkt durchgesetzt und ihre politische Position gestärkt.“

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wenn zwei eine Reise tun

Von Carl Gustaf Ströhm

Zwei Spitzenpolitiker der Bundesrepublik haben für den November Reisen nach Polen geplant. SPD-Fraktionschef Vogel will vom 7. bis 10. nach Warschau reisen. Bundesaußenminister Genscher soll ihm am 21. November folgen.

Nun ist gewiss nichts dagegen zu sagen, daß führende Bonner Köpfe sich im östlichen Europa umsehen und mit den dortigen Machthabern sprechen – auch wenn man den Enthusiasmus, mit dem sich der SPD-Fraktionsvorsitzende über den „polnischen Patriot“ Jaruzelski äußert, der „das Beste für sein Land zu erreichen bestrebt ist“ (so Vogel in einem Zeitungsinterview), eher als sozialdemokratische Naivität und als Anbiederung empfinden mag.

Würde Vogel etwa, wenn er zu Mitterrand nach Paris oder zu Reagan in die USA fährt, diese beiden als „französische“ oder „amerikanische“ Patrioten bezeichnen, die „das Beste für ihr Land wollen“? Hier wird eine gewisse Phrasenhaftigkeit mancher Politikersprüche offenbar – denn welcher Staatsmann will nicht „das Beste“, so wie er es halt versteht?

Doch davon abgesehen, tragen Reisen nach Warschau zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein gewisses Risiko in sich. Da ist der Fall Papieluszko, der die Gemüter der Polen bewegt. Niemand weiß, wie sich die Affäre in den nächsten Wochen entwickeln wird. Niemand weiß, was noch aufgeklärt wird und was nicht – und zu welchen Reaktionen es in der Bevölkerung kommt. Kann man gerade im jetzigen Zeitpunkt mit dem polnischen Regime so umgehen, als wäre nichts geschehen und alles in bester Ordnung?

Es steht uns nicht zu, die Motive des Generals Jaruzelski zu bewerten. Ob er ein Patriot ist, können letztlich nicht deutsche Sozialdemokraten, sondern nur die Polen selber entscheiden. Wohl aber sollten Regierungen- und Oppositionspolitiker der Bundesrepublik sich davor hüten, ohne Not in unübersichtliche Situationen zu geraten. Ein Mann namens Helmut Schmidt kam mit einem blauen Auge davon, als er seinerzeit Lobeshymnen auf einen gewissen Edward Gierek anstimmte. Wenn Vogel und Genscher klug sind, schieben sie ihre Reise bis zu einem günstigeren Zeitpunkt auf.

Bedarf keiner Darlegung

Von Enno v. Loewenstern

Drei Tage lang auf brauner Heid', dann war sie aus, die schöne Zeit; in Celle steht ein festes Haus, mit der Blockade ist's aus – oder sagen wir: das Urteil des dortigen Oberlandesgerichts hat das Blockieren erheblich riskanter gemacht.

Es traf sieben Bauern aus dem Kreis Löhchow-Dannenberg, die drei Tage lang das Arbeits- und Gerätelager einer Celler Firma mit Traktoren verstellten hatten, die Probebohrungen im Grolleber Salzstock vornahm. Aber die Begründung der Celler Richter, daß jede Begründung überflüssig sei, war so deutlich wie allgemeinverständlich:

„Daß es im demokratischen Staat gegen rechtlich einwandfreie Entscheidungen parlamentarisch legitimer Staatsorgane kein Widerstandsrecht gibt und daß diejenigen, die bestimmte energiewirtschaftliche Entwicklungen als lebensbedrohend empfinden, nicht berechtigt sind, diese Entwicklungen mit Gewalt zu bekämpfen und damit die staatliche Ordnung anzugreifen, ist selbstverständlich und bedarf keiner Darlegung.“

Für viele Gerichte ist das leider nicht selbstverständlich. Man braucht nur an die Verwaltungsgerichte zu denken, die immer neue Genehmigungen für „Demonstrationen“ gewähren, auch wenn es regelmäßig zu Blockaden und schlimmeren Gewalttätigkeiten kommt. Oder an jene Amtsrichter, die Blockierer freisprechen, weil angeblich deren Demonstrationsrecht vorgeht.

Das Recht, zu demonstrieren, bleibt jedem Unzufriedenem in vollem Umfang unbenommen. Demonstrieren heißt, daß er seine Meinung zeigen kann, einzeln oder haufenweise. Die Nötigung dagegen geht über das bloße Bekunden einer Meinung hinaus; sie dient dem Zweck, den anderen, Andersdenkenden, einzuschüchtern oder gar konkret zu behindern. Hätten unsere Gerichte sich immer und überall so klar zum Rechtsstaat bekannt, gegen den es kein Widerstandsrecht gibt und gegen den es keinen gewalttätigen Kampf geben kann, so wäre uns manch heißer Herbst und manche Frage nach der Gegenwartigkeit Weimars erspart geblieben.

Ein Präsident hungert

Von Günter Friedländer

Bolivien hat im Verlauf der 159 Jahre seiner Unabhängigkeit den traurigen Ruhm erworben, jede Schwierigkeit einer Regierung mit einem Staatsstreich zu beenden. Dem vom Unglück verfolgten Hernán Siles Zuazo ist dieser Ausweg verweigert. Niemand ist bereit, seiner Regierung den Gnadenstoß zu versetzen. Vielleicht deshalb beschloß er, mit einem Hungerstreik, einer Art Attentat auf das eigene Leben, einen Staatsstreich gegen sich selbst zu unternehmen, statt zurückzutreten.

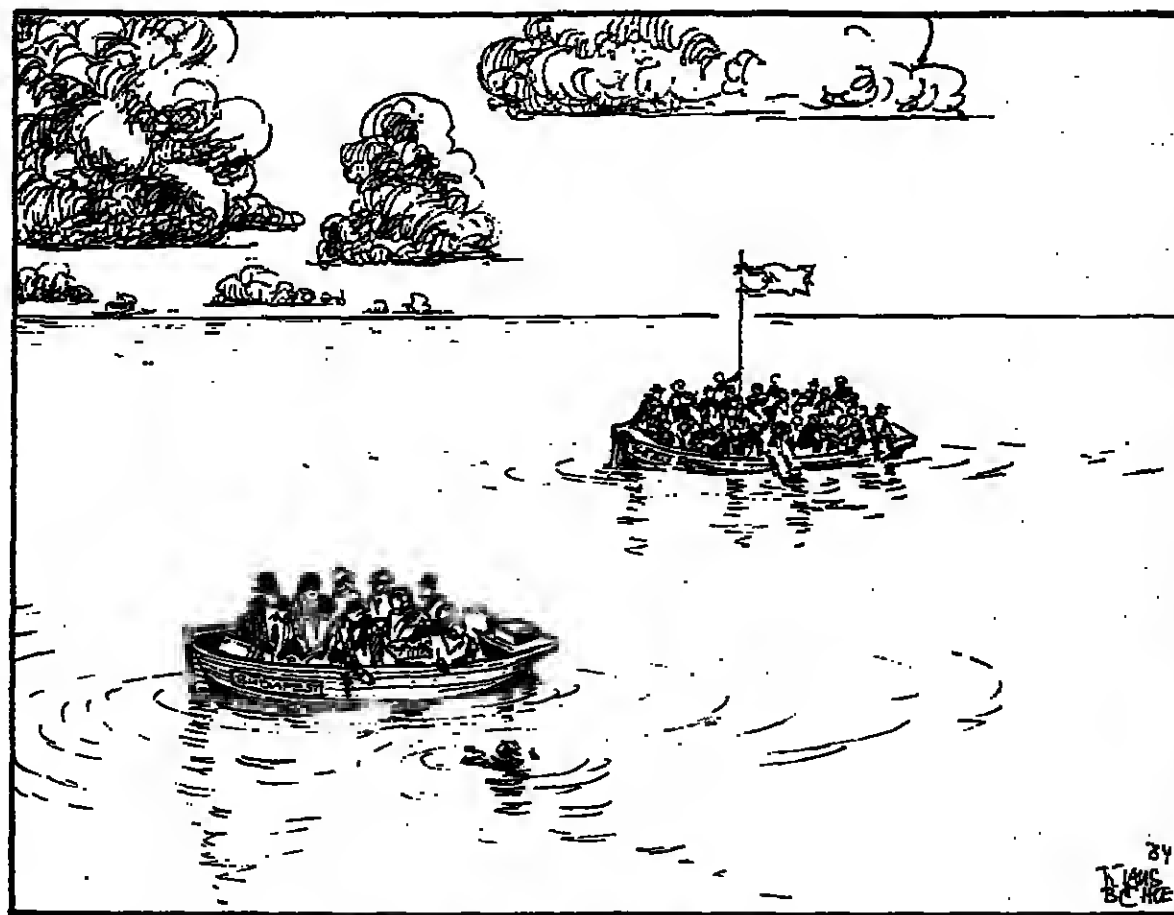
Es gibt genug Gründe für den Rücktritt: die Auflösung seiner Regierungskoalition, der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch des Landes, das Auseinanderbrechen aller sozialen Strukturen. Die Lage komplizierte sich noch, als das Parlament Siles beschuldigte, aus persönlichen Gründen die Untersuchung des Rauschgifthandels zu verhindern.

Das wurde freilich in so vager Form gesagt, daß niemand weiß, ob man ihm vorwirft, selbst am Rauschgifthandel beteiligt zu sein. Wer Siles' politische Laufbahn während mehr als dreißig Jahren verfolgt hat, wird das nicht glauben können. Er galt nie als ein korrupter Politiker.

Der Hungerstreik hat Siles nicht geholfen. Man sieht ihn als ein billiges Manöver, eine neue Frist für seine Regierung zu erhandeln. Bolivians Bischöfskonferenz tadelt das Attentat gegen das eigene Leben als unstatthaft. Die Presse beschuldigt Siles, Bolivien im Ausland lächerlich zu machen.

„El Diario“, die älteste Zeitung in La Paz, schreibt: „Der Hungerstreik wird das bolivianische Volk kaum überzeugen.“ Und die populäre katholische Zeitung „Presencia“ meint: „Die Absicht mag gesund sein ... aber (der Hungerstreik) hat in unserem Land jede Glaubwürdigkeit verloren.“

Immerhin fordert die Presse von den Anklägern des Präsidenten, ihre Vorwürfe klar zu formulieren und mit Beweisen zu erhärten. Und immerhin hat Siles' Theatralik ein unerwartetes positives Ergebnis gebracht: Die öffentliche Meinung erwartet den Rücktritt des Präsidenten als Teil eines demokratischen Prozesses, den das Land nicht aufgeben will.



Botschaftspeople

KLAUS SCHÖNE

Spanisches Dilemma

Von Rolf Görtz

Ein Wesenszug des Spaniers ist sein Hang zum Anarchismus. Und weil er das weiß, läßt sich der Bürger dieses Landes, einem weisen Rat des Sancho Pansa folgend, auf die Dauer nur von sehr energiegelassen Menschen regieren. Die Nichtachtung dieser Regel – oder das Unvermögen, ihr zu genügen – brach denn auch dem ersten Ministerpräsidenten der jungen Demokratie, Adolfo Suárez, das politische Genick.

In dem Augenblick, in dem Suárez nach langer Agonie die Annäherung an die Sozialisten erkennen ließ – in diesem Augenblick hatte er das Vertrauen seiner Anhänger verloren. Ganz instinktiv wandten diese sich dem stärkeren zu. So wählte die Hälfte der Spanier im Oktober 1982 Felipe Gonzalez. Aber nur ihm, dem Chef, nicht seine Partei, die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens.

In seinem jüngsten Bericht zur Lage der Nation, mehr aber noch in den drei Tagen der darauffolgenden Debatte ließ Gonzalez erkennen, daß er sich der Risiken dieses Wahlverhaltens durchaus bewußt ist. Denn nicht die wachsende Unzufriedenheit der Beamten und Staatsangestellten muß er befürchten. Auch der Versuch, die Macht in der Justiz, im Schulwesen und auf den Universitäten zu übernehmen, ist nicht das, was ihm zum Nachteil ausschlägt – obwohl er bei den Studenten zusehender Unbeliebter wird. Sein Hauptproblem ist die Wirtschaft.

Der Sozialist schwieg also vor dem Parlament; es sprach der Macher, der ebenso gut der Chef einer anderen Partei sein könnte. Schließlich unterscheidet sich die Wirtschaftspolitik in ihrer monetären Zielsetzung in nichts von der einer konservativen Partei. „Ich habe geirrt“, sagte der Ministerpräsident schlicht zu dem Vorwurf, daß er im Wahlkampf 800 000 neue Arbeitsplätze versprochen hatte, an der Regierung aber nicht verhindern konnte, daß die Arbeitslosen Zahl weiter anstieg. Gonzalez erinnerte statt dessen an den Konjunkturnachschub, dessen Aufwärtstrend man behutsam fördern, nicht aber durch staatliche Willkür stören darf. Die offene Anerkennung marktwirtschaftlicher Gesetze. Da hat er gelernt, wie Mitterrand in Frankreich gelernt hat.

Und das NATO-Referendum –

als linker Wahlkämpfer hatte Gonzalez versprochen, es zu veranstalten. Praktisch plädierte er für den Wiederaufbau der Atlantischen Gemeinschaft, der die bürgerliche Regierung im Sommer 1982 gerade beigetreten war. Die Einsicht des Staatsmannes in der Verantwortung aber bewog ihn seither, die Mitgliedschaft in der NATO eher zu festigen – wenn auch mit dem vorrangigen Ziel der Eingliederung in die EG. Aber nun sprachen sich gerade mehr als die Hälfte der Spanier in einer Umfrage gegen den Eintritt aus; nur ein knappes Fünftel war dafür. Dabei spielt vor allem die Agitation des spanischen Fernsehens eine Rolle. Dort gibt eine kompromißlose Anti-NATO-Fronte den Ton an.

Eine „Elefantengrube“ nannte Oppositionsführer Fraga Iribarne die Falle, die sich die sozialistische Regierungspartei selber stellte und aus der sie sich jetzt – mit Hilfe des Konsensus der bürgerlichen Parteien – zu befreien sucht. Denn auf den wichtigsten Gebieten ihrer Politik müssen die Sozialisten ihrer eigenen bisherigen Zielsetzung abschwören und den Weg ihrer konservativen Gegner gehen, wenn sie an der Macht bleiben wollen. Das betrifft die Wirtschaftspolitik ebenso wie die Außenpolitik.

In eben dieser Elefantengrube aber saßen bisher auch Fraga Iribarne und seine Volksallianz, die zwei Jahre hindurch nicht recht wußte, wie sie sich von der pragmatischen Politik der sozialistischen

Regierung distanzieren könnten, die doch der ihren in vielen Punkten gleich. Jetzt aber – das ergab die Debatte über den Bericht zur Lage – zeigte die Opposition ihre Alternative: wenn schon eine konservativ-fortschrittliche Politik, dann mit innerer Überzeugung.

Von dieser Warte aus konnte Fraga Iribarne mit Hilfe von Zahlen der OECD nachweisen, daß es den Spaniern unter der derzeitigen Regierung schlechter geht als vorher. Tatsächlich führten die wenigen sozialistischen Ansätze, wie in der Justizreform, zu katastrophalen Mißerfolgen. Spanien steht an der Spitze der europäischen Liste bei waffentragender Banküberfälle. Die zunehmende Unsicherheit auf den Straßen läßt viele Bürger am derzeitigen System zweifeln. Auch in der Drogenszene erreichte Spanien mit Gewaltverbrechen und Selbstmorden inzwischen Spitzenzahlen.

Es nützt Fraga Partei freilich nicht viel. Zwar kann sich zwischen der oppositionellen Volksallianz (gemäßigt rechts) und der regierenden Sozialistischen Partei (gemäßigt links) das Zentrum, vor allem der mit so viel Vorschub überbrachten Chef einer künftigen Reformistenpartei, Miguel Roca, nicht profilieren. Der Katalane blieb als Sprecher dieser neuen Bewegung im Abstrakten hängen. Auch beim von den Sozialisten als künftige Koalitionspartner hochgejubelten Adolfo Suárez ist trotz freundlicher Umfrageergebnisse kein Comeback erkennbar; noch immer sitzt er mit seinem Schwager als Zwei-Mann-Partei im Parlament.

Dennoch können die Verluste der Sozialisten nicht einfach der Volksallianz zugeschrieben werden. Die Anzeichen wachsender Unzufriedenheit allen Parteien gegenüber mehren sich. Die soeben erfolgte Gründung einer Partei, die sich auf den nationalen Sozialismus des Falange-Gründers José Antonio Primo de Rivera besinnt, muß als ernstes Symptom gewertet werden. Hier äußern sich keine Putschisten, Faschisten oder Frankisten – diese Erklärung wäre zu billig. Hier manifestiert sich die Enttäuschung über das Risiko des neuen Bundesstaates mit seinen separatistischen Gefahren.



Von der Alltagsnüchternheit eingeholt: Gonzalez FOTO: OPA

Mubaraks großer Plan: Eine Änderung der Resolution 242

Die Europäer sollen ihm und König Hussein den Weg bereiten / Von Jürgen Liminski

Wir sind keine Araber, wir sind Ägypter“, meint die Dame aus dem mittleren Management eines großen Betriebs in Kairo selbstbewußt. Sie heißt Ola und findet die Anschlussfrage nicht unangehörig. Mit einem Charme, der auch durch das dicke Make-up dringt, antwortet sie: „Nein, ich bin keine koptische Christin, ich bin Mohammedanerin.“

Zu der Bemerkung Lord Cromers, vormals Vizekönig von Ägypten, der Islam „behindert die Entwicklung des logischen Denkens“, sagt sie: „Das mögen die Europäer selber beurteilen.“ – und trifft damit ziemlich genau den Nagel auf den Kopf, an dem die heutige ägyptische Außen- und Nahostpolitik hängt. Denn mit dem Urteil der Europäer steht und fällt Kairo: noch unvollendete Initiative zur Lösung des Nahost-Konflikts.

Präsident Mubarak, der heute in Bonn mit größerem Gefolge eintrifft, kommt nicht nur wegen deutscher Kernkraftwerke und Wirtschaftsstärke. Im Nebel der Andeu-

tungen westlicher Diplomaten lassen sich skizzenhafte Konturen seiner Pläne ausmachen. Da ist zunächst die für Mubarak erfolgreiche Erkenntnis, daß ohne Ägypten, aber auch ohne die USA eine neue Initiative nicht möglich ist. Sodann glaubt Kairo, daß das Problem PLO heißt, ohne zwischen Palästinensern und Terroristen zu unterscheiden. Und: daß der kürzeste Weg zu einer großen Lösung durch Europa führt.

Hier setzt Mubarak an. Frankreich, das an eigenen Plänen immer Gefallen findet, zieht mit. Für den französischen Außenminister Cheysson ist die PLO „notwendig“ und sollte am Verhandlungstisch sitzen. Deshalb versuchen Ägypten und Franzosen, zunächst erst einmal die Resolution 242 (betreffend die Forderung nach Abzug der Israelis aus den 1967 besetzten Gebieten) des UN-Sicherheitsrats im Absatz 2 b dahingehend zu ändern, daß die PLO namentlich erwähnt wird. Territorial- und Siedlungsfragen würden sich dann ganz natür-

lich anschließen. Eine gemeinsame Haltung der Europäer soll Washington überzeugen. Zufällig trifft es sich, daß Mitterrand einen Tag vor Mubarak in Bonn mit dem Bundeskanzler spricht und eventuell die Gespräche Mubaraks vorbereiten. Mubaraks Visite in Bonn kommt daher einige Bedeutung zu. Die pro-arabischen Briten und Italiener sind für pro-palästinensische Initiative immer zu haben.

Auch in Bonn gibt es Überlegungen zu einer Änderung von 242. Schließlich kostet das nur politische Energie, kein Geld. Im Gegenteil. Es kann sogar etwas auf den arabischen Finanz- und Waffensmärkten herauspringen. Gelingt der Coup, darf sich Mubarak nicht nur als Führer der arabischen Sache feiern lassen, die in Nahostern mit der palästinensischen gleichgesetzt wird, sondern auch als Führungsgestalt unter den neutralen und blockfreien Ländern. Denn die palästinensische Frage hat in diesem Kreis dank der westlichen Medien einen unverhältnis-

IM GESPRÄCH Die Kamilarows

Den Käfig verlassen

Von Ladislaus Hory

Warum dissidieren in Sowjet-ropa sogar Günstlinge und Stars des Regimes, die mit Auszeichnungen und Vergünstigungen überhäuft werden?

Professor Emil Kamilarow (56) und seine Ehefrau, die Sowjetrussin Dina Schneidermann, sind Bulgariens berühmteste Violinvirtuosen. Kein Künstler hatte bisher mehr Privilegien als sie. Dennoch ersuchten sie um politisches Asyl in Schweden.

Kamilarow graduierte 1949 am Staatlichen Konservatorium von Sofia. 1955 erwarb er seinen Dokortitel am Leningrader Konservatorium, wo er sofort als Lehrkraft engagiert wurde. Das bulgarische Staatliche Konservatorium bot ihm 1963 eine Professur an. Bereits 1961 gewann er in Ost-Berlin den zweiten Preis als Violinist anlässlich der Jugendfestspiele. Den ersten Preis gewann er ebenfalls ein Jahr später. Dann folgten weitere Preise im Sowjetbereich. Im Westen ist man 1961 auf Kamilarow in Genua aufmerksam geworden, als er den ersten Preis der Paganini-Konkurrenz bekam. Dafür bedachte Bulgarien ihn 1962 mit dem „Dimitroff-Preis“, im folgenden Jahr mit dem Titel „Verdienter Künstler“, schließlich im Jahre 1978 ist er „Volkskünstler“ geworden.

Dina Schneidermann stammt aus Odessa. Sie begann mit den Studien in Leningrad. In Moskau wurde David Oistrach auf sie aufmerksam und übernahm ihre Ausbildung. Durch Einschließung Bulgariens geworden, bekam sie auch in der neuen Heimat eine Auszeichnung nach der anderen: Dimitroff-Preis 1964, Verdienter Künstlerin 1965 und Volkskünstlerin 1980. In Genf holte sie den ersten Preis im Jahre 1960. In Belgien gewann sie 1969 eine Goldmedaille mit ihrem Geigenspiel.

Das Ehepaar begründete das bulgarische Kammerorchester 1964, mit dem es zahlreiche Auslandsgastspiele absolviert hat. So kamen die Kamilarows 1968 zum ersten Male nach Schweden. Sie haben dieses Land sofort als zweite Heimat ins Herz geschlossen. Professor Kamilarow trat als Solist mit mehreren schwedischen Orchestern auf und erzielte auch Un-



Wenn Stars um Asyl bitten: Die Kamilarows FOTO: DANA PRESS

terricht; indessen bereiste seine Frau viele Länder als Solistin des bulgarischen Kammerorchesters.

Kamilarow blieb ein bescheidener Künstler und Musiklehrer. Er kümmerte sich herzlich wenig um die Politik, obwohl er in die KP eintrat – eher, um Ruhe zu haben. Er konnte keine sozialistische oder kapitalistische Musik, sondern nur gute und schlechte Musik. In einem Interview kritisierte er sogar indirekt manche Parteigrößen.

Für bulgarische Verhältnisse genossen die Kamilarows ungewöhnlich viel Freiheit. Sie konnten reisen, wann und wohin sie wollten; nach Belieben im Ausland, vor allem im geliebten Schweden, verweilen und viel verdienen. Daher war ihre Bewerbung um Asyl in Schweden eine Sensation. Kamilarow gab zu, daß sie in Sowjeturopa die beste Ausbildung und zahlreiche Privilegien gehabt haben. Dennoch: „Wir befanden uns in einem Käfig. Und ein Käfig ist ein Käfig, wenn er auch vergoldet ist. Wir wollten als freie Musiker leben und arbeiten.“

Nach eigener Darstellung werden sie materiell bescheidener verwohnt sein als in Bulgarien. Dort waren die „Stars“, die jedermann kannte. In Schweden werden sie hingegen für die meisten Leute „bloß Ausländer“ sein, die wissen, wie man die Geige spielt.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BADISCHE ZEITUNG

Die Frankfurter Zeitung schreibt zur „CIV-Offensive“:

Politiker aller Parteien haben es schon immer als besonders klug empfunden, schwere Vorwürfe an ihre Adresse mit dem Gegenwurf zu kontern, hier werde eine Kampagne gestartet. Meist ist der Verantwortliche für derartiges Tun dann die jeweilige Opposition oder die Presse. Nach dem Rücktritt Rainer Barzels hat die Unionsführung jetzt wieder diese Rolle ausgeübt. Quintessenz: Die Kampagne zielt „auf die Zerstörung unserer Demokratie“. Das ist ein schweres Geschütz, ein Geschütz jedoch, das vermutlich keinen Treffer landen wird.

Süddeutsche Zeitung

Sie schreibt zur Aussage Brandts vor dem Flick-Ausschuss:

Wenn Brandt in Anspruch nimmt, der Vermerk „wg.“ in den sogenannten Diebst-Listen könne auch „gegen“ heißen, muß das auch für andere Eintragungen gelten, solange für sie keine zusätzlichen Beweise beigebracht werden können. Das gleiche gilt für Brandts Bemerkung, es müsse sich bei Notizen des Flick-Managers Eberhard von Brauchitsch, die ihn in Zusammenhang mit dem Steuergeschenk für den Konzern brachten, um „Wichtigkeiten“ handeln. Immerhin

war „Flicks Mann“ in der SPD Günter Markscheid gewesen, ein Vertrauter Brandts und vorwärtiger persönlicher Berater des Bundespräsidenten Gustav Heinemann. So bezeugt die Möglichkeit Markscheids gewesen sein mögen, auf die SPD/FDP-Bundesregierung zugunsten des Hauses Flick einzuwirken, seine Spur führt jedenfalls näher an das Thema des Untersuchungsausschusses und des Prozesses gegen Otto Graf Lambsdorff heran als die Affäre Barzel.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Die Braunschweiger Zeitung schreibt:

Erkander Helmut Schmidt reist durch die Vereinigten Staaten und hält den Amerikanern hausalterspolitische Gardinenpredigten. Statt dessen sollte er eigentlich in der Heimat Flagge und Charakter zeigen und seiner eigenen Partei ein Wandbild stecken, ehe diese ins verteilungspolitische AS abdriftet. Natürlich ist eine Opposition nicht verpflichtet, sich auf der Regierungsbühne zu bewegen. Wenn sie aber das, was vor kurzem noch ihre eigene Regierungspolitik war, verleugnet, dann fragt man sich, ob ihre damaligen Erkenntnisse zu einer funktionierenden Verteidigung unwirksam waren oder ob ihre jetzigen Verurteilungen unverantwortlich ausfallen, weil sie keine Verantwortung zu tragen hat.

Wenn die Geheimpolizei den Politikern ins Ruder greift

Wie sicher kann sich ein kommunistisches Regime seines eigenen Sicherheitsapparates sein? Der Fall Popieluszko in Polen hat wieder eine Frage aufgeworfen, für die es im Osten schon oft Anlässe gab.

Von CARL G. STRÖHM

In den Geheimpolizeien aller Zeiten und Systeme gab es immer wieder Tendenzen einer gewissen Verselbstständigung gegenüber den politischen Instanzen und Auftraggebern. Im Kommunismus, wo es eine öffentliche Kontrolle des Geheimapparates noch weniger geben kann als eine parlamentarische Kontrolle der Regierung, gab es bereits in der Vergangenheit mehrfach Versuche der Geheimpolizei, Politik auf eigene Faust zu machen.

In der sowjetischen Geschichte braucht man gar nicht weit zurückzugehen. Die Machtübernahme des KGB-Chefs Andropow, der als erster Geheimpolizist in der Geschichte des Sowjetstaates zum Generalsekretär der Partei und zum Staatschef wurde, war auf ihre Weise gleichfalls ein Beweis für die Macht des geheimen Apparates. Allerdings – in früheren Jahren endeten viele sowjetische Geheimdienstchefs als Häftlinge und zum Tode Verurteilte hinter den gleichen Mauern, hinter denen sie zuvor „Regimefeinde“ eingesperrt und umgebracht hatten.

Der Chef der sowjetischen GPU (Vorläufer des heutigen KGB), Heinrich Jagoda, wurde unter Stalin hingerichtet. Sein Nachfolger Jeschow wurde verhaftet und „liquidiert“, nachdem er zuvor seinerseits Hunderttausende in die Lager oder gleich ins Jenseits befördert hatte. Nach Stalins Tod 1953 wurde der damalige sowjetische Sicherheitschef Berija

durch eine Koalition von Militärs und Parteifunktionären seines Postens enthoben und sofort erschossen – angeblich, weil er, der mächtigste Polizeichef des sowjetischen Imperiums, seit Jahrzehnten ein englischer Spion gewesen war. In Wirklichkeit fürchteten die Parteifunktionäre, der Polizeichef werde den Terrorapparat, den er bereits zu Stalins Lebzeiten kommandierte, eines Tages gegen sie selber richten.

Die Begründung, welche die „Prawda“ vom 10. Juli 1953 gegen Berija vorbrachte, erinnert in gewisser Weise an die jetzigen Erklärungen, die das Jaruzelski-Regime gegenüber dem eigenen Sicherheitsapparat ins Feld führt. Da war in der „Prawda“ von „kriminellen Mächenschaften“ im Polizeiapparat und in der sowjetischen Staatssicherheit die Rede. Da hieß es, Berija und damit Teile des Sicherheitsapparates hätten ihre Aktivitäten „gegen die Partei und den Staat“ gerichtet, ja sie hätten den Sicherheitsapparat – sprich: die Geheimpolizei – über die Partei und über den Staat gestellt.

Manches deutet darauf hin, daß der Aufstand vom 17. Juni 1953 in Ost-Berlin von Teilen des sowjetischen Geheimdienstes zumindest provoziert worden war – wenn er auch dann bald außer Kontrolle geriet. Intrigen des Geheimdienstes gab es auch in Polen: 1968 provozierte die Polizei eine antinukleare und antisemitische „Reaktion“. Bei den Unruhen der Ostseeküste 1970 gingen Sicherheitskräfte mit solcher Brutalität gegen die demonstrierenden Arbeiter vor, daß es aussah, als hätten sie es auf den Sturz und die Kompromittierung des damaligen Parteichefs Gomulka abgesehen.

Der klassische Fall eines Konfliktes zwischen einer kommunistischen

Geheimpolizei und einer kommunistischen Partei- und Staatsführung trug sich 1966 in Jugoslawien zu. Dort wurde der Tito-Vertraute und Polizeichef Aleksander Rankovic überführt, nicht nur in den Wohnungen seiner Genossen aus der obersten Parteiführung, sondern sogar in Titos Schlafzimmer Mikrophone installiert zu haben. Das Ziel war klar: Rankovic wollte für den Fall des Ablebens von Tito der erste sein, der davon Kenntnis erhielt. Er hätte dann zu einer Zeit politisch handeln können, da seine Rivalen noch ahnungslos waren. Rankovic wurde abgesetzt und verschwand als Pensionist in der Versenkung.

Der jugoslawische Geheimpolizeiapparat machte schwere Erschütterungen durch. Damals brach ein ganzes Überwachungssystem zusammen. In Kroatien schrieben kommunistische Zeitungen offen, man habe Dossiers und Karteien entdeckt, in denen faktisch jeder erwachsene Bürger des Landes registriert und politisch qualifiziert worden sei. Es dauerte Jahre, bis sich der jugoslawische Polizeiapparat von diesem Schlag erholte. Die Liberalisierung in Kroatien und dann in Serbien am Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre – sie wurde von Tito allerdings nach kurzer Dauer radikal rückgängig gemacht – dürfte zu einem guten Teil auf das politische Scheitern des Aleksander Rankovic zurückzuführen sein.

In all diesen Fällen ging es aber nicht um abstrakte Gerechtigkeit oder gar um die Menschenwürde. Es ging um Machtfragen. Nicht, daß der Geheimpolizist Mikrophone installierte, wurde ihm zum Verhängnis, sondern daß er seine eigenen Auftraggeber überwachen wollte. Meist führten auch Zufälle zur Aufdeckung



Das Gebet als Protest: Glibrige in der Kirche des wahrscheinlich ermordeten Priesters Popieluszko, St. Stanislaw Kostka in Warschau

FOTO: AP

solcher Mächenschaften. Chruschtschow etwa ließ Berija verhaften, weil er und die anderen sowjetischen Parteiführer Angst hatten, Berija werde das gleiche mit ihnen tun, wenn man ihm nicht zuvorkomme.

Immer mußten aber die kommunistischen Führer, welche gegen ihre eigenen Sicherheitsapparate vorgingen, dabei eine Quadratur des Kreises vollbringen. Sie mußten einerseits der Geheimpolizei die Zähne ziehen, aber gleichzeitig dafür sorgen, daß der „Riß“ gegen die sogenannten Konterrevolutionäre und Staatsfeinde nicht nachließ.

Folglich gingen die Kampagne und auch die Aufklärung der Öffentlichkeit nur bis zu einem gewissen Punkt – his nämlich die „feindliche Clique“ ausgeschaltet war. Dann setzte man seine eigenen Anhänger an die

Schaltstellen. Die Existenz des Polizeistaates an sich wurde nicht in Frage gestellt.

Auch im Fall Popieluszko ist heute nicht klar, wer hinter der Affäre steht. Wäre es nämlich dem Fahrer des verschwundenen Geisteslichen nicht gelungen, aus dem Entführungsauto zu flüchten – er ließ sich, da er nebenbei als „Stuntman“ arbeitet, aus dem fahrenden Auto fallen –, so hätte es nie eine Spur gegeben. Popieluszko wäre samt Chauffeur vom Erdboden verschwunden und niemand hätte je etwas von einer Geheimpolizei-Affäre in diesem Zusammenhang gehört.

Ebenso wie im Falle der Papst-Altkleriker führte also auch hier eine kleine Panne der Organisatoren zu sehr großen Wirkungen.

Protest '84 – statt Marx und Marcuse Musik und Theater

Zwei Tage lang trafen sich in Bremen Umweltschützer zu einer „Aktionskonferenz Nordsee“. Arbeitskreise tagten, Ausstellungen wurden eröffnet, und es wurde getanzt und gesungen. Beginnend sich die Formen der „Aktionen“ zu wandeln?

Von D. GURATZSCH

Unter den großen alten Bäumen vor der Bremer Kunsthalle steht eine riesige rote Skulptur aus Müll und Pappmaché. In den Händen hält sie einen Dreizack. Über ihre nackten Brüste spannen sich Transparente. Einige Passanten bleiben im Licht der Straßenlaternen stehen und blickstarr auf die von Schatten überhüllte Skulptur. „Ihr diskurtiert, die Nordsee krepert!“

Im Innern glimmt ein Licht. Ein Mädchen und zwei Jungen lehnen ihre Fahrräder an die Riesendame und kriechen hinein. „Was machst du hier?“ fragen sie den jungen Mann, der sich drinnen bei glühender Fanzel in einen Schlafsack rollt. „Ich passe auf, daß sie nicht weggeschafft wird.“ „Was ist das?“ fragen die drei. „Ne Meerjungfrau oder so was.“ „Kommt es aus dem Schlafsack zurück, für diese Nordseekonferenz, damit die nicht nur labern, sondern endlich was tun gegen den Dreck, der uns kaputt macht.“ Die drei nicken, scheinen zu verstehen. Von der Konferenz wissen sie nichts. Als sie auf die Fahrräder steigen, sagt der eine: „Ganz schön irre.“ „Irre“ ist ein Lob. Es ist ein Schlüsselwort der neuen Jugendbewegung. Die Selbstsicherheit der Vernünftigen soll erschüttert werden.

Der großen Nordsee-Anliegerkonferenz, die morgen in Bremen beginnt, trauen die Umweltschützer keinen Durchbruch zum Schutz der Nordsee vor Umweltgefahren zu. Sie hatten deshalb eine „Aktionskonferenz Nordsee“ nach Bremen einberufen. Das Denkmal vor der Kunsthalle ist das Symbol ihres Protests.

Protest? Das ahnenutzte Wort aus den 60er und 70er Jahren hat sichlich einen anderen Inhalt bekommen. In der Mensa der Hochschule für Technik, am Tagungsort der Aktionskonferenz, herrschte alles andere als revolutionäre Aufbruchstimmung. Keine roten Fahnen, keine Flugblätter, die zum Sturz der Gesellschaftsordnung aufrufen. Mao, Marcuse, Marx, die Helden der 68er Bewegung, sind nicht mit einem einzigen Titel an den langen Öko-Büchertischen vertreten. Im Eingang liegen drei tote Enten – Opfer der Ölpest. Protest '84.

750 Teilnehmer aus allen Nordsee-Anliegerstaaten haben die Veranstaltung gezählt, aber man sah fast nur Jugendliche von 16 bis 30 Jahren. Sie also repräsentierten die großen Umweltschutzverbände, vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) bis zu Greenpeace Deutschland, aber auch die honorarigen, alten „konservativen“ Verbände wie der Deutsche Naturschutzring (drei Millionen Mitglieder), den Deutschen Bund für Vogelschutz, den World Wildlife Fund oder die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste. Zustande gekommen ist also eine riesige Allianz der Natur- und Umweltschützer wie beim Waldsterben, aber repräsentiert durch Menschen,

die fast noch am Anfang des Berufslebens stehen. Trotzdem lobten die Veranstalter am Eode den „hohen Sachverstand“, der in die 11 Arbeitsgruppen eingebracht worden sei.

Tatsächlich enthält das 16 Seiten lange Abschlußdokument eine Fülle konkreter, detailliert ausgearbeiteter Einzelvorschläge und -forderungen zur Rettung der Nordsee, gegliedert nach den Themen: Industrieansiedlung und Hafenentwicklung, Schadstoffproduktion und -vermeidung, Ressourcennutzung und -ausbeutung, Ökotoxikologie, Küstenschutz und Landgewinnung, Fremdenverkehr, Küstenschutz, Vollzugsdefizite und Seerecht, Schifffahrt, Öbekämpfung sowie Schutz der Küstenregionen. In einer „Bürgerversammlung“ wollen die Umweltschützer das Papier morgen den Ministern überreichen, wenn diese sich in Bremens Goldenes Buch eintragen.

Statt mit riesigen Protestmärschen werben sie in Bremen mit zahlreichen Ausstellungen, Dia-Vorträgen, Filmen und einer „Fahrt ins Graue“ für ihre Ziele. In der Hochschule für Technik haben die Bürgerinitiativen Informationsstafeln aufgestellt. Neben traumhaften Watt- und Hallighildern, auf denen die unschuldig wirkenden weißen Sandbänke in einem azurblauen Dunst der Ferne verschwimmen, werden Bilder des Grauens gezeigt: Fische mit ballonartigen blutroten Geschwüren am Kopf (sie sollen heute schon gelegentlich ein Drittel des gesamten Fangs ausmachen), und dazu die Unterschrift: „Cuxhaven hat viele Gesichter – Fischermantik mit einem Schuß Teer und Tang...“ Quecksilber, Cadmium, halogenierten Kohlenwasserstoffen und vielem mehr.“

Gewart wird vor einer neuen Demonstrationsanlage zur Kohleverflüssigung in der Unterelbe bei Cuxhaven, vor der Industrialisierung des Nordrivers als Bremen („größte Naturzerstörung im Land Bremen seit 20 Jahren“), vor Großindustrie auf der Lüneburger Heide, vor Deponien für Millionen Kubikmeter Müll auf dem Hobe Weg Watt. Ein Transparent verkündet in eigenwilligem Deutsch: „Dollart haben – nein danke. Gegen die Natur geht auch dein Leben zugrunde“. Eine kleine Sonderschau „Wir fordern ein Verbot der Wattenjagd!“ führt auch die primitiven Instrumente für „Störaktionen gegen Wattenjäger“ vor: Scheinwerfer und Tuten.

Musik und Stehgreiftheater beduten den Meeresschützern offenbar mehr als Stinkbomben und Steinschleudern. Auf einem „Nordseefest“ ist melancholische Musik zu hören mit Texten wie: „Unsere Heimat ist der Norden/wollen nicht mehr von hier gehen“, und dem Refrain: „Was zerstört ist, heilt nie wieder, was verloren, kehrt nie wieder.“

Als ihrer 150 am Sonntag unter Blaulichtbeleuchtung zum Bremer Rathaus zogen, um am schönen Renaissance-Giebel ein Transparent „Die Nordsee muß leben“ mit den Hauptforderungen anzubringen, wurden die Straßenbahnen umgeleitet und die Karussells auf dem Markt stillen die Musik ab. Die Bremer blickten freundlich und gelassen. Reden wurden nicht gehalten. Als sich das Tuch im Wind blähte, fragte ein Polizist: „Können wir jetzt ein wenig die Gleise freimachen?“ Die Veranstalter nickten, die Schar verkrümelte sich.

Jugend zwischen Ablehnung und Mißtrauen

Die Jugend der achtziger Jahre scheint zum ersten Mal wieder – seit langem – nicht nur einen familiären, sondern auch einen grundsätzlichen politischen Konflikt mit den Erwachsenen auszutragen. Das Wort vom „Generationenkonflikt“ ist immer schnell bei der Hand – aber ist es ein solcher?

Von PETER PHILIPPS

Ist „Jugend“ eine Erfindung der Neuzeit, ein Produkt der Industrialisierung, vorgedacht von Rousseau, daß der Heranwachsende Zukunftsentwürfe erproben müsse, um von der Plattform des Erprobten aus dann in die Gesellschaft eintreten zu können? Oder ist es eine „Experimentierphase“, die nur nicht jede Gesellschaft kennt beziehungsweise sich leisten kann? Schoo an diesem Punkt scheiden sich die Geister, begannen die Diskussionen des diesjährigen „Forum Philipinum“ des Marburger Universitätsvereins.

Für Friedrich Tenbruck, Ordinarius aus Tübingen, lautet die Antwort: Die Auffassung, daß Jugend ein „natürlicher Lebensabschnitt“ sei, sei eine „ebenso populäre wie falsche“ Meinung, „herabgesunkenes und überbländiges Kulturgut des vorigen Jahrhunderts“. Damals habe man mit einer „Psychologie des Lebensalters“ zu erklären versucht, daß dem Ju-

gendalter „die Aufgabe der persönlichen Reifung und Bildung für das erwachsene Dasein“ zufalle.

Wulf Schiefelhövel, Forscher am Max-Planck-Institut in Seewiesen und mit fünfzigjährigen Erfahrungen eines ethologischen Forschungsprojekts aus Papua-Neuguinea zurück, widerspricht und bezeichnete Jugend als „ein Gefühl und eine Befindlichkeit im zentralen Nervensystem der Betroffenen“. Es sei kein Zustand, der deshalb existiere, „weil sich einige Wissenschaftler kluge Gedanken gemacht haben“. Es gebe ja in allen Kulturen „Flegeljahre und Einführungsriten“. Sind Wilhelm Meisters Lehrjahre, der „Sturm und Drang“ also nur eine Erfindung hochentwickelter Gesellschaften oder ein natürliches Phänomen?

Jugend und Gesellschaft – Realitätswelt, Krisen und Auswege lautete das Thema des Forums, denn – so formulierte es der Vorsitzende des Universitätsvereins, Hochschullehrer Hansgeorg Gareis – der akute „Mangel an Konsens zwischen Jungen und Alten ist in keinem Land so groß wie in unserem“. Die in Marburg versammelten Wissenschaftler versuchten, innerhalb von drei Tagen den verschiedenen Aspekten auf die Spur zu kommen, „wie ein solches Verhältnis zu erklären ist“ (Gareis). Zwei neue, bisher noch unveröffentlichte Umfragen sollten Hilfestellung geben.

Vor 30 Jahren wurde die erste Shell-Studie über die (west-)deutsche Jugend erstellt. Das Datum wurde zum Anlaß genommen, jetzt mit demselben Fragen die Jugend der achtziger Jahre zu konfrontieren, die Ergebnisse miteinander zu vergleichen und die damalige Jugend als heutige Erwachsene zu ihrem Verhältnis zur Jugend sowie zu ihren Erinnerungen an die eigene Jugend zu befragen.

Dabei stellte sich heraus, daß es heute einen „Jugendzentrismus“ zu geben scheint, stärker als je zuvor. Werner Fuchs, einer der Autoren der Studie, sprach von „Ablehnung, Mißtrauen, ja Feindschaft gegenüber den Erwachsenen“, die die Studie belege. Aber merkwürdigerweise gelte dies nur im allgemeinen, „im konkreten Verhältnis zu den Eltern haben wir dies nicht gefunden“.

Zu den typischen Sprüchen der befragten Jugendlichen habe gehört: „In dieser Gesellschaft erlebst du ein Feindschaf, die dich total fertig macht.“ Der Jugendzentrismus habe zugleich zu einer „pessimistischen“ Grundeinstellung geführt mit „deutlicher Abneigung gegen CDU/CSU und Präferenz für die Grünen“.

Diesen Erkenntnissen steht, so die Shell-Studie, zugleich eine starke „Jugendfeindlichkeit“ unter den Erwachsenen gegenüber. „Die ganzen Moderscheinungen wie z.B. die Punkter zeigen doch, daß es der Jugend zu gut geht.“ Es gebe heute

also in der Bundesrepublik Deutschland „zwei Generationen, die wenig voneinander halten, sich auch in verächtlicher Distanz mit verschiedenen Lebensstrategien gegenüberstehen“.

Für Fuchs heißt dies, daß es also keinen „eigentlichen Generationenkonflikt“ gibt. Es hat offensichtlich eher eine Verschiebung der persönlichen Prioritäten gegeben, an der die Reform des Bildungswesens einen entscheidenden Anteil hat.

In den fünfziger Jahren, der Aufbau-Phase, von denen die heute 45 bis 54jährigen geprägt wurden, entstand beispielsweise der „starke Wunsch nach Privatleben, wollte man keine Vermischung mehr mit der Politik“ – sicher auch eine Folge der starken Politisierung aller Bereiche während des Dritten Reichs. In der damaligen Shell-Studie hatte nur knapp die Hälfte der Befragten Interesse für Politik geäußert, heute sind es zwei Drittel. Klaus Allerbeck, der ähnliche Ergebnisse in der Replikation einer VW-Studie beobachtete, folgerte: „Wenn man den Bildungsexpansions-Effekt herausrechnet, ist die Zunahme der politischen Interessen gleich Null.“

Beim allmählichen Herunterbohren in die tieferen Schichten der Problemlage waren sich die Disputanten gar nicht mehr so uneins: Jede Gesellschaft, so etwa Tenbruck, „muß auch die natürlichen Gegebenheiten der Altersstufen in Rechnung stel-

len“. Dem mit der physischen Reife gegebenen Drang nach eigener Betätigung und Bestätigung müsse Raum gegeben, zugleich „für die Sukzession der Generationen gesorgt“ werden. Oder, so Walter Hornstein, Lehrstuhlinhaber für Sozialpädagogik an der Bundeswehr-Hochschule in München, „Jugend muß Integration durch Separation“ sein, die spezifische Vorbereitung auf die Gesellschaft.

Angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt- und Ausbildungssektor ist die Jugend aber weitgehend nicht mehr sicher, wofür sie sich anstrengen soll. Die schlechten Perspektiven für die früher reibungslos Sukzessio führen dazu, daß „der Spannungsbogen in sich zusammenfällt“ (Hornstein). „Der Mechanismus zerbricht, statt Zukunfts- wird der Gegenwarts-Bezug“ zum beherrschenden Faktor.

Hinzu kommt, so die Diagnose, daß die Menschen in unserer Zeit „immer stärker aus ihren traditionellen Bindungen herausgerissen und zu Einzelkämpfern“ werden. Und der Mechanismus der „aufgeschobenen Bedürfnisbefriedigung“ funktioniert auch deshalb nicht mehr, weil einerseits die Jugend-Zeit immer stärker verlängert wird, bis zu 25jährigen inzwischen, während zugleich eine gesellschaftlich fast erzwungene Einstellung auf persönliche Verwirklichung“ stärker Platz greift.

Ihr Kurs auf dem Aktienmarkt sollte von Ihrem persönlichen Anlageziel gesteuert werden.

Die Aktie ist ein wesentlicher Bestandteil der qualifizierten Vermögensbildung. Denn sie bietet die Möglichkeit, sich – entsprechend Ihren persönlichen Bedürfnissen und Zielen – an ausgewählten Unternehmen zu beteiligen. Sei es auf dem Gebiet der Investitionsgüterindustrie, der Großchemie und der Banken sowie in anderen führenden Bereichen der deutschen Wirtschaft. Die richtige Einschätzung eines Unternehmens ist die entscheidende Basis für eine erfolgreiche Anlage in Aktien. Sie setzt detaillierte Markt- und Unternehmenskenntnisse voraus.

Sprechen Sie darüber mit unserem Anlageberater. Nutzen Sie die Kompetenz und Marktkennntnis der Deutschen Bank, einer der führenden Großbanken der Welt. Mit ihrem schnellen und sensiblen Informationsapparat. Und der Erfahrung aus vielen Jahren der erfolgreichen partnerschaftlichen Tätigkeit im Auftrag des Kunden.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank



Mit ihren Gewinnen haben die Grünen den potentiellen Partner SPD geschwächt

Verluste der CDU weitaus geringer als in NRW / FDP erstmals unter fünf Prozent / Rommel bleibt OB von Stuttgart

XING-HU KUO, Stuttgart
Die ersten vorläufigen Ergebnisse der Kommunalwahl in Baden-Württemberg vom Sonntag bereiten den Kampfrat und Analytiker der Parteizentralen ein großes Rätsel. Selbst die eindeutigen Sieger, die Grünen, deren Erwartungen zumindest in den Großstädten weit übertrafen wurden, können nur Vermutungen anstellen, wie sie zu diesem spektakulären Sieg gekommen sind. Bereits beim Knallen der Sektorkorken am Wahlsonntag in zahlreichen Wahlpartys der Ökologen wurde gelegentlich schon die Frage aufgeworfen, ob die Partei mit nur 5400 Mitgliedern im Südwesten den neuen Anforderungen in den Rathäusern, Gemeinderäten und Kreistagen wohl gerecht werden kann.

Es besteht allerdings kein Zweifel mehr, daß die Grünen in Baden-Württemberg, die 1980 als erste in den Landtag eines Flächenstaates in Stuttgart gekommen waren, inzwischen zu einer „etablierten“ dritten Kraft geworden sind. Sie stellt die im Überleben kämpfende FDP in ihrem „Stammland der Liberalen“ weit in den Schatten und beginnt mancherorts bereits eine ernste Konkurrenz sogar für die zwei großen Parteien, CDU und SPD, zu werden. Letztere ist im übrigen ein grünes Opfer besonderer Art. Durchschnittlich haben die Sozialdemokraten nach den ersten Zwischenbilanzen etwa vier Prozent ihrer Wähler verloren, dabei dürften die meisten dieser Stimmen in Richtung Grüne gegangen sein.

Das grüne Tübingen

Spektakulär ist der Erfolg der Grünen in der Landeshauptstadt Stuttgart, in Tübingen, Ulm und Mannheim, in Freiburg und anderen Ballungszentren. Hier zeigt sich, daß neben dem „traditionellen“ Protestpotential (Studenten, Jungwähler, Umweltschützer, Anhänger der „Friedensbewegung“) neue Wählerschichten, zum Teil aus dem bürgerlich-konservativen Lager, ins grüne Potential gewandert sind. Denn auch die relativ geringen CDU-Verluste und solche der FDP von rund 2,7 bzw. 2,5 Prozent dürften zu einem großen Teil in Richtung Grüne gegangen sein. Nicht umsonst hatte der gebeutelte

SPD-Landes- und Fraktionschef Ulrich Lang – nach dieser Schlappe wird sicherlich die bereits entfachte Personaldebatte um seine Führungsqualitäten erneut beginnen – als Trostpflaster in der Wahlnacht erklärt, die SPD habe „nicht so viele Prozente verloren, wie die Grünen zugelegt haben“.

Dies ist zwar rechnerisch richtig, aber die Ergebnisse im einzelnen sind gerade für die SPD besonders schmerzhaft.

So braucht Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) seine Drohung nicht wahr zu machen, im Falle eines rot-grünen Bündnisses im Gemeinderat werde er möglicherweise zurücktreten. Denn obwohl die Grünen in der Landeshauptstadt ihren Stimmenanteil verdreifachen konnten (von 5 auf 15,4 Prozent, von drei auf neun Mandate), wird ein rot-grünes Bündnis nicht möglich sein. Denn der grüne Sieg in Stuttgart wurde von einem gewaltigen Aderlaß für den potentiellen Bündnispartner begleitet. Die SPD verlor 8 Prozent, sie sank von 38 auf 30,3 Prozent der Stimmen, in Mandaten: Statt 23 wird die SPD im Rathaus nur noch 18 Sitze haben.

Da die Stuttgarter CDU ihre Position halten kann (25 Mandate wie bisher) trotz eines Stimmenanteilverlustes von einem Prozent von 41,8 auf 40,8, bleibt dem „bürgerlichen Block“ mit FDP, Freien Wählern und der Stimme von OB Rommel eine Mehrheit von 34 gegenüber 27 der SPD und Grünen.

Verschiebungen wird es im Kräfteverhältnis zugunsten Grün-Rot unvermeidlich in anderen Städten und Gemeinden geben. Heidelbergs Stadtoberhaupt Reinhold Zundel (parteilos, Ex-SPD-Mitglied) erklärte, die „Entscheidungsprozesse im Rathaus werden sich wohl verändern“.

Denn dort eroberten die Grünen/Alternative Liste, die erstmals angetreten waren, auf Anhieb 18,1 Prozent. In Heidelberg verlor die CDU fast drei, die SPD fünf und die FDP gar fast sechs Prozent der Stimmen im Vergleich zur letzten Kommunalwahl. Die konkrete Sitzverteilung in Heidelberg war jedoch am Montag noch nicht bekannt.

Den Rekord haben die Grünen jedoch in ihrer traditionellen Hochburg

Tübingen ausbauen können: Mit 20,9 Prozent haben sie bereits die SPD (die nur 20 Prozent schaffte) überundet. Nur fünf Prozent beträgt in der Universitätsstadt die grüne Differenz zur CDU, die etwas mehr als 25 Prozent schaffte. Zwar ist der Hinweis richtig, daß in Tübingen von den 43 830 Wahlberechtigten etwa 7500 Studenten sind (von den rund 22 000 Studenten), allerdings wählen zwar viele, aber beileibe nicht alle Studierende grün. So kann man davon ausgehen, daß die Grünen auch in Tübingen „Etablierten“ Stimmen weggenommen haben. Zählt man zu den 20,9 Prozent noch die 10,8 Prozent hinzu, die eine ebenfalls ökologisch orientierte Liste auf Anhieb erreichte, so sind die zwei Grünen gar mit 31,7 Prozent aller Stimmen die erste Kraft in dieser Stadt geworden, fast sieben Prozent mehr als die CDU.

Die Rolle von Späth

Von Tübingen aus gingen seit Jahren entscheidende Impulse der grünen Bewegung aus: Hier begann der inzwischen kaltgestellte ehemalige Sozialdemokrat Wolf-Dieter Hasenclever den Siegeszug der Grünen in Baden-Württemberg. Aber auch sein Nachfolger, der Fraktionssprecher Fritz Kuhn, stammt nicht nur aus derselben Stadt, sondern gilt unter der radikal gewordenen grünen Fraktion immer noch als relativ moderater Politiker, der auch Teilen bürgerlicher und akademischer Schichten durch aus akzeptabel erscheint.

Zweifelloso haben die Grünen bei diesem Wahlgang von einigen Faktoren profitiert: Die Bonner Affäre und die dritte Wahl innerhalb eines Jahres ließen die Wahlbeteiligung erneut von 62 (1980) auf rund 60 Prozent sinken. Da die Grünen jedoch ihre Wähler mobilisieren konnten – in Tübingen stieg die Wahlbeteiligung im Gegensatz zum landesweiten Trend – und in der sogenannten Parteispenderaffäre eine „saubere Weste“ vorweisen konnten, gelang ihnen erneut ein bemerkenswerter Erfolg.

Gerade im Hinblick auf die Flick-Barzel-Diskussionen in Bonn hat die baden-württembergische CDU bemerkenswerte Stabilität bewiesen. Im Gegensatz etwa zu Nordrhein-Westfalen halten sich die Uni-

onsverluste im Südwesten nach den bisherigen Ergebnissen in Grenzen. In einigen Großstädten konnte sie sogar ihre Position halten bzw. leicht verbessern: so etwa in Pforzheim.

In der baden-württembergischen CDU hatte man in Zusammenhang mit den ausufernden Diskussionen um die Parteispender und den inzwischen zurückgetretenen Bundestagspräsidenten Rainer Barzel (CDU) wenige Tage vor dem Wahlsonntag mit dem „Schlimmsten“, so war oft zu hören, gerechnet. Die Stabilität der Südwest-CDU auch nach den Bonner Turbulenzen wird jetzt vor allem der Rolle des Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Lothar Späth zugeschrieben. Späth hat es verstanden, bei allen Wirren in Bonn und in Stuttgart (hier vor allem in Sachen Katalysatoren und Tempolimit) die Unionsanhänger bei der Stange zu halten. Auch gelang es der südwestdeutschen CDU-Führung, beim Wähler deutlich zu machen, daß Stuttgart eben nicht Bonn sei und man hier durchaus den Ereignissen in der Bundeshauptstadt mit schwäbischer Skepsis begegne.

Ein Pyrrhus-Sieg?

Die Freien Wählervereinigungen (FWV), in Baden-Württemberg und Bayern bei Kommunalwahlen immer eine bedeutende Kraft neben den politischen Parteien, haben ihr Wahlziel nicht erreicht, erneut die erste Geige zu spielen. Erstmals war es der CDU im Lande vor vier Jahren gelungen, die führende Position, wenn auch nur geringfügig, dieser eher konservativen Gruppen zu übernehmen. Bei wechselnden Ergebnissen in einzelnen Städten mußte die FWV geringe Verluste hinnehmen. Landesweit dürfte sie nach den bisherigen Erkenntnissen etwa zwischen 17 und 18 Prozent (1980: 18,3 Prozent) liegen.

Bei den grünen Gewinnern beginnt die Erkenntnis zu wachsen, daß ihr zweifelloser Anstieg auch eine Art Pyrrhus-Sieg ist. Durch die Schwächung ihres möglichen Partners SPD bleibt vielerorts die CDU-Herrschaft unangestastet. Fraktionschef Fritz Kuhn erklärte deshalb am Montag mittag, künftig müßten die Grünen sich vor allem mit der CDU „politisch auseinandersetzen“.

An Rotation scheiden sich die Geister

Von C. GRAF SCHWERIN

Der Niedersächsische Landtag befaßt sich zur Zeit vor allem mit sich selbst. Der Austritt des FDP-Abgeordneten Hans Ludwig Freytag aus seiner Partei und die Diskussion über die Teilrotation der Grünen zeugen von der politischen Unruhe, die anderthalb Jahre vor der nächsten Landtagswahl zwischen den Fraktionen herrscht. Freytag verläßt seine Fraktion, die damit von zehn auf neun Abgeordnete reduziert ist, und sucht Anschluss bei der CDU. Obwohl die CDU-Fraktion nicht abgeworben hat, belastet dieser Vorgang das Verhältnis zwischen den beiden Parteien, die 1986 aufeinander angewiesen sein könnten. Übertritte von drei FDP-Abgeordneten zur CDU führten 1989 zum

Bruch der großen Koalition, zur Auflösung des Landtags. Solche Erinnerungen haben ihr Gewicht.

Was die Grünen verwehrt, fordert die FDP von Freytag: die Rückgabe seines Mandats. Dabei richtet sich die Enttäuschung des Abgeordneten, der dem Landesvorstand der Partei angehört, in erster Linie nicht gegen seine Fraktion, sondern gegen die Bundespartei. Wesentlich zu seiner Entscheidung beigetragen hätten das „Hickhack“ um Buschhaus, das „Gerangel“ um Gorleben und Dragahn, die falsche Diskussion um das Tempolimit. Die FDP sei zu einer „Vielzweckmünze“ geworden, die in jeden Automaten paßt, aber ihm passe das nicht.

Die Vorgänge in Bonn bestimmen die Querelen zwischen den Parteien in Hannover und dürften Auswirkungen auf die Landtagswahlen 1986 haben. Daß Ministerpräsident Ernst Albrecht die absolute Mehrheit, die er braucht, gegen den SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder, der ganz offen auf ein rot-grünes Bündnis setzt, erlangen wird, gilt in der CDU nicht mehr als sicher.

Die Grenze zwischen den Abgeordneten, die für oder gegen die Rotation der Grünen im Landtag stimmten, ging quer durch die Par-

Prozeß gegen Franke erst nächstes Jahr

hey, Bonn
Der ehemalige Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), sein damaliger Abteilungsleiter, Ministerialdirektor Edgar Hirt, und der Westberliner Rechtsanwalt Jürgen Stange werden sich voraussichtlich erst im nächsten Jahr vor dem Bonner Landgericht verantworten müssen. Die Staatsanwaltschaft hat sie wegen fortgesetzter Untreue und Urkundenunterdrückung beziehungsweise Beihilfe angeklagt. Jetzt wird vom Gericht eine 30seitige Verteidigungsschrift geprüft, die Hirts Anwalt übermittelt hat.

Die Ermittlungsverfahren waren am 1. März 1983 mit dem Ziel eingeleitet worden, den Verbleib von 5,56 Millionen Mark zu klären, Anklage wurde am 14. März 1984 erhoben. Hirt war der für humanitäre Fragen im innerdeutschen Verhältnis zuständige Leiter der Abteilung I und Stange von der Bundesregierung in Verhandlungen mit dem Ostberliner Anwalt Wolfgang Vogel über Freikauf von Häftlingen aus „DDR“-Gefängnissen eingeschaltet worden.

Der Bundestag hatte die Immunität von Franke aufgehoben, weil er „teilweise“ an strafbaren Handlungen „mitgewirkt“ haben soll.

Steuererleichterung schon im Januar?

HH, Bonn
Zur beschleunigten Einführung abgesamelter Autos werden die geplanten Steuererleichterungen wahrscheinlich bereits am 1. Januar 1985 wirksam. Das Kabinett entscheidet am 7. November. Da es sich um eine reine Ländersteuer handelt, ist die Bundesregierung offen für den Wunsch zahlreicher Länder, den Termin vorzuziehen. Wahrscheinlich tritt auch die Neufassung der Mineralölsteuer (zwei Pfennig Erhöhung für verbleibtes und zwei Pfennig Ermäßigung für unverbleibtes Benzin) gleichzeitig in Kraft.

DIE WELT (USPS 403-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 545.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 550 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 550 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

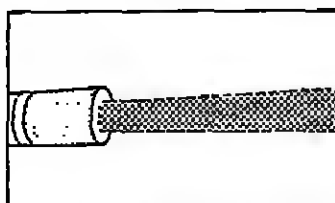
Noch nicht probiert?

Neu. Die erstaunliche Barclays.
Kräftige American Blend – bei nur 1 mg Kondensat und 0,2 mg Nikotin (Durchschnittswerte nach DIN)

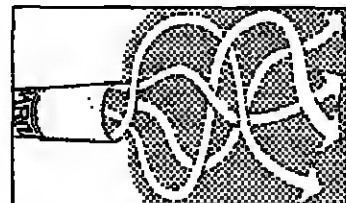
Schade.

Es soll immer noch Raucher geben, die Barclays nicht probiert haben. Schade.

Sie ist tatsächlich die erste Kräftige, die eine Leichte ist! Denn einerseits sorgen kräftige, hochwertige Qualitäts-Tabake und die einzigartige Actron-Technologie für wesentlich mehr Geschmacksentfaltung. Andererseits bieten die erstaunlich niedrigen Werte einen wirklich angenehm-leichten Rauchgenuß. Sie sollten Barclays wirklich mal probieren!

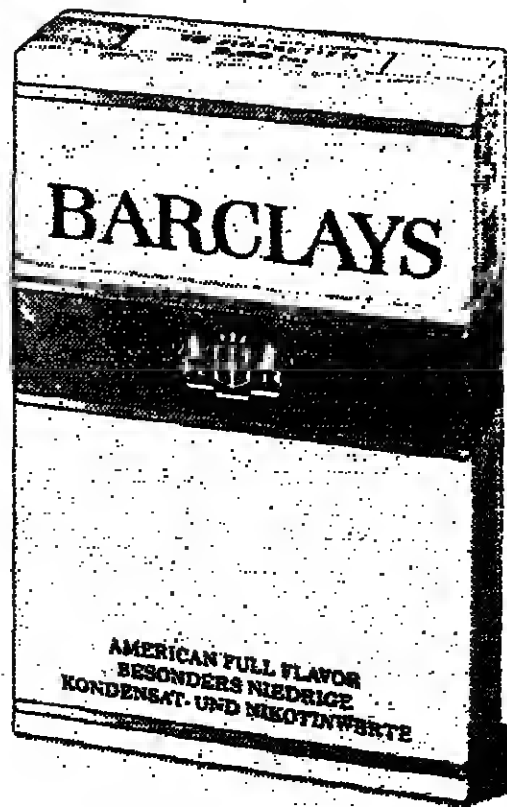


Bei herkömmlichen, verüllten Filterzigaretten strömt das Luft/Rauch-Gemisch als Strahl an den meisten Geschmacksnerven vorbei.



Bei Barclays mit der Actron-Technologie strömt die Luft durch vier seitliche Kanäle bis zu fünfmal schneller als der Rauch. So wird das Luft/Rauch-Gemisch im Mundraum stark verwirbelt und spricht dort sämtliche Geschmacksnerven an. Ergebnis: Mehr Geschmack.

Barclays.
Die erste Kräftige,
die eine Leichte ist



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,2 mg Nikotin und 1 mg Kondensat (Tar). (Durchschnittswerte nach DIN)

„Zuweilen ist schon von einer neuen Gründerwelle die Rede“

Vor Schweizer Bankiers würdigt Senator Kunz Kooperation von Forschung und Wirtschaft

hrk. Berlin
Vor führenden Repräsentanten weltbekannter Schweizer Banken und Unternehmen beschrieb Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU) vor einigen Tagen die wirtschaftliche Aufbruchstimmung in Berlin und wies auf die Vorteile eines Engagements in der Stadt hin: „Die Probleme sind nach wie vor immens, aber insgesamt gesehen hat Berlin wieder Tritt gefaßt“, sagte der Politiker.

Aber anders als früher spreche man jetzt weniger von den Nachteilen des Standorts Berlin als von seinen Vorteilen. „Zuweilen ist schon von einer neuen Gründerwelle die Rede.“ Kunz war von deutschen Generalkonsul in Zürich, Rupert Dirnacker, eingeladen worden und sprach vor einem ausgewählten Kreis von Spitzenkräften der Schweizer Wirtschaft. Kunz erklärte seinen Zuhörern:

„Alles in allem läßt sich sagen, daß die wirtschaftliche Situation, die wir heute in Berlin vorfinden, zwar keine Euphorie rechtfertigt und erst recht nicht dazu verleiten darf, die Hände in den Schoß zu legen. Vor allem die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit (rd. 78 000 Betroffene oder 8 Prozent, d. Red.) bedrückt uns. Aber die enge Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft, die allerorten praktiziert oder in die Wege geleitet wird, die Unterstützung der Wirtschafts- und Finanzpolitik dabei leisten, haben ein Klima der Tatkraft und des Optimismus begünstigt.“

Berlin liege heute in der Dynamik

der Investitionen und des Produktionswachstums über dem Bundesdurchschnitt, die Beschäftigtenzahl stabilisiere sich. Selbst hinsichtlich der Arbeitslosenquote, „die absolut gesehen noch immer unerträglich hoch ist“, schneidet Berlin im Vergleich mit den norddeutschen Ländern und Großstädten „noch am besten ab“. Berlin sei ein „geradezu optimaler Standort“ für eine Politik der wirtschaftlichen Erneuerung durch technologische Innovation.

Die Stadt besitze vor allem eine „hohe Konzentration an Forschungspotential“. Nahezu jeder 20. Arbeitnehmer in Berlin sei in der Forschung und ihrem Umfeld tätig. Diesen Vorteil Berlins wirtschaftlich noch stärker nutzen zu machen, Forschungsergebnisse umfassender und zügiger in neue Produkte und Verfahren umzusetzen, ist einer der zentralen Gedanken der Wirtschaftspolitik des Senats. „Kunz wies in seinem detaillierten und für Berlin verbindenden Vortrag auf die alte preussische und Berliner Tradition von „enger Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft“ hin: „Von Berlin aus traten zahlreiche technische Neuerungen ihren Siegeszug an.“

Der Gast aus Berlin machte darauf aufmerksam, daß Berlin seit dem Mauerbau bis 1983 – also auch unter dem CDU/FDP-Senat – insgesamt rund 156 000 Industrie-Arbeitsplätze verloren habe. Das sind 50 Prozent aller überhaupt in der Stadt vorhandenen gewerblichen Arbeitsplätze.

Im selben Zeitraum belief sich der Rückgang in der übrigen Bundesrepublik nur auf 15 Prozent.

Um die Stadt vor einer drohenden Auszehrung zu bewahren, seien „neue Weichenstellungen“ notwendig geworden. Der CDU/FDP-Senat verfolge als Leitlinie, „nicht Arbeitsplätze in Krisenbereichen um jeden Preis mit hohen Subventionen kurzfristig zu erhalten, sondern neue, qualifizierte und daher dauerhafte Arbeitsplätze in Zukunftssektoren zu schaffen. Nicht neue und höhere Subventionen, sondern neue Ideen sind gefragt.“

Vor seinen Schweizer Zuhörern am Weltbankplatz Zürich erläuterte der CDU-Politiker das jüngste, mit Bonner Hilfe über die Stadt hinausweisende Berliner Projekt: den Wiederaufbau der alten kaiserlichen japanischen Botschaft im Berliner Tiergartenviertel und ihre Ausgestaltung zu einem deutsch-japanischen und internationalen Begegnungszentrum von Wissenschaftlern und Künstlern.

Kunz hatte vor einem Jahr als Begleiter von Bundeskanzler Kohl die ersten konkreten Verhandlungen über dieses Vorhaben in Tokio geführt. Am 12. November steigt er in Begleitung des Präsidenten der Freien Universität, Dieter Heckmann, und von Senatsdirektor (Staatssekretär) Hermann Schuster (Wissenschaftsverwaltung) nach Japan, um die deutsch-japanische Vereinbarung unter Dach und Fach zu bringen.

Sperrvermerke für Etatsansätze der Bundeswehr

Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat über alle großen Beschaffungsvorhaben von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) zum Teil erhebliche Sperrvermerke verhängt. Wie der Vorsitzende des Ausschusses, Rudi Walthers (SPD), gestern in Bonn erläuterte, werde mit den finanziellen Sperrvermerken im Haushalt 1985 und für die Jahre danach deutlich gemacht, daß die Abgeordneten ihren Einfluß auf die Kosten der Bundeswehrplanung verstärken wollten. Betroffen seien zum Beispiel das Jagdflugzeug „Jäger 90“ sowie die Luftverteidigungsraketen „Roland“ und „Patriot“.

Von dem vorgesehenen Baransatz von 100 Millionen Mark für den „Jäger 90“ sperrte der Ausschuß 120 Millionen Mark. Die Verpfichtungserschließung von knapp 3,4 Milliarden Mark für die Jahre 1986 bis 1990 wurde voll gesperrt. Bis zu vollen Freigabe muß Wörner dem Ausschuß ausführliche Planungsunterlagen unterbreiten. Für die Beschaffung des Tornado wurde der Etatsansatz um 100 Millionen Mark gekürzt.

„Tatsachen wurden nicht akzeptiert“

Zu heftigen Wortwechseln ist es bei einer Begegnung zwischen dem Landesjugendring Bremen und dem an der israelischen Botschaft in Bonn tätigen Botschaftssekretär Aviv Shir-On gekommen. Nach Berichten von Teilnehmern ging es bei dem Treffen am 24. Oktober in Bremen um die Vorbereitung eines Jugendaustauschs. Der Landesjugendring hatte sich zuvor von einem PLO-Vertreter „informieren“ lassen und dann, in der Diskussion mit dem israelischen Diplomaten, die PLO-Aussagen einseitig als bare Münze dargestellt. Der israelische Diplomat sagte gestern gegenüber der WELT, einige Teilnehmer seien nicht bereit gewesen, die „geschichtlichen Tatsachen“ zu akzeptieren, zum Beispiel, daß die Juden ein Volk seien. Man habe sich „nicht sehr höflich verhalten“, teilweise sei man auch nicht bereit gewesen, Argumente anzuhören.

Kiel forciert die Aufforstung

Mit der Verdoppelung ihres Aufforstungsprogramms will die schleswig-holsteinische Landesregierung dem Waldsterben begegnen. Jährlich sollen statt 300 Hektar nun 600 Hektar Land aufgeforstet werden, kündigte Landwirtschaftsminister Günter Flessner gestern in Kiel an. Damit hoffe die Regierung, den Waldbestand zu erhalten, bis die Schadstoffbelastung der Luft deutlich verringert sei.

Kritische Fragen an Form und Inhalt des Kirchentages

„Eine Show für die Medien“ / Arbeitstagung protestantischer Christen in der CDU

HENK OHNESORGE, Wesseling

Die Kritik von protestantischen Christen innerhalb der CDU an Form und Inhalt des Deutschen Evangelischen Kirchentages verstärkt sich. ... der Kirchentag muß sich die Frage gefallen lassen, ob er sich nicht zum Resonanzboden jener Entwicklung verengt hat, die die politische Bewegung der „Grünen“ hervorgerufen hat. Soll hier wieder – o deutsche Romantiker – „Volkes Stimme Gottes Stimme“ werden?“, sagte Staatsminister Friedrich Vogel, stellvertretender Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, auf einer Arbeitstagung dieses Verbandes in Schloß Eichholz bei Wesseling.

Vogel beklagte, daß der neue Vorstand des Kirchentages mit dem Theologieprofessor Wolfgang Huber, der Sozialwirtin und Fachhochschulprofessorin Eleonore von Rotenhan und dem Bundesverfassungsrichter Helmut Simon „keineswegs mehr der Bandbreite des deutschen Protestantismus“ entspreche. „Und Helmut Simon hat aus dieser Tatsache ja auch nie einen Hehl gemacht.“ Der Staatsminister kritisierte die weitestgehenden Entscheidungen und Gestaltungsmöglichkeiten der hauptamtlichen Mitarbeiter über Kurs, Inhalte und Ablauf der Kirchentage in den Vorbereitungsgremien und sprach vom Kirchentag als von einem „massenmedial perfekt vorbereiteten Schauspiel der Superlative“.

Der Bielefelder CDU-Landtagsabgeordnete Gerhard Rüdiger meinte, die Anwesenheit vieler Politiker auf Foren fördere nicht die Diskussion, sondern sei „Show für die Medien“. „Eine Diskussion zwischen Eppler und Geißler ist eben unterhaltsamer als die korrekte Auslegung der Bibel.“ Und: „Wenn Politiker bei der Schlußkundgebung in der ersten Reihe sitzen, so reicht das.“ Der Kirchentag locke bestimmte Gruppen an, indem er ihre Utopien stärke und ihnen Selbstbestätigung gebe. Er trage nicht zur Konsensbildung innerhalb des deutschen Protestantismus bei.

Angesichts der massiven Medien-schelte seiner Vorredner versuchte der Journalist und Geistliche K. Rüdiger Durth, die Realität verständlich zu machen. Wer kann, um wirklich repräsentativ zu berichten, in der Zeit von vier Tagen rund 2000 verschiedene Veranstaltungen in Wort oder Bild schildern? Wie viele der angereisten Journalisten – fast 2000 beim Kirchentag in Hannover – besitzen auch nur die elementarsten kirchliche und theologische Sachkenntnis? Was würde der Leser, Hörer und Seher sagen, würde das Spektakuläre, das Politische in der Berichterstattung bewußt zugunsten des Stills, des Frommen ausgespart?

„Wir können nicht besser sein, als Kirche und Gesellschaft sind“, sagte Carola Wolf, als Pressereferentin Angehörige des fünfköpfigen hauptamtlichen Mitarbeitergremiums des Kir-

chentages. Sie schilderte die Auswahlkriterien für die beteiligten Cuppierungen und Einzelpersonen, rante „ein Verrechnen nach links und rechts, grün und rot makaber“ und äußerte die Hoffnung, auf „qualifizierte Teilnahme, nicht nur zum Zweck der eigenen Bestätigung“.

Was hätte anders gemacht werden können, um den Geist der Zeit, das evangelische Gespräch einzufangen? Ebbing Schwarz, stellvertretender Anstaltspräsident von Schleswig-Holstein, führendes Mitglied im Fangelischen Arbeitskreis der Union und seit Frühjahr 1984 im Leitungsgremium des Kirchentages, gab Rüststände zu und bat – wie zuvor schon Carola Wolf – um qualifizierte Kritik, wandte sich aber gleichzeitig gegen Globalkritik. Er zeigte auch die Chancen von Planung und Beeinflussbarkeit einer solchen Massenveranstaltung mit über 100 000 Teilnehmern und bis zu 20 000 an irgendeinem Projekt Beteiligten.

Das – vorläufige – Fazit: Es ist so gut wie unmöglich, den Kirchentag auf den primär frommen, aber nie ganz unpolitischen Charakter der ersten Nachkriegszeit zurückzuführen. Möglich, wenn auch nicht immer leicht zu erreichen, ist es aber für Kritiker, mit ihrer anderen Ansicht auf dem alle zwei Jahre durchgeführten Massentreffen des deutschen Protestantismus sowohl zu Wort als auch zur Darstellung eigener Vorstellungen zu kommen.

Die Bremer Schiffahrt atmet auf

Bonn zahlt 37 Millionen für den dringend notwendigen Ausbau der Mittelweser

W. WESSENDORF, Bremen

Binnenschiffer und Bremerhavener Experten atmen auf, denn sie können künftig mehr Ladung transportieren und in den Häfen im Unterweserum umschlagen. Dafür hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages gesorgt: Im Rahmen des Etats 1985 für den Bundesverkehrsminister stellte das Bundestagsgremium 37 Millionen DM für Anpassungsmaßnahmen der Mittelweser bereit. Mit dem schon lange geplanten Ausbau dieses Teiles der wichtigen Wasserstraße kann endlich das 2,5 Meter abgeladene sogenannte Europaschiff (1300 Tonnen) ab 1992 die hiesigen Häfen erreichen.

Die vollbeladenen Europaschiffe sparen erhebliche Transportkosten, damit wird die Konkurrenzfähigkeit Bremens, der niedersächsischen Unterweserschiffen und der Mittelregion verstärkt. Bislang ist der 136 Kilometer lange Wasserweg zwischen Minden und der Hansestadt nur begrenzt nutzbar. Die Mittelweser verbindet aber die an der Unterweser liegenden Seehäfen – vor allem Bremen – über den Mittellandkanal mit dem Binnen-

wasserstraßennetz der Bundesrepublik und darüber hinaus mit Berlin und der „DDR“.

Jahrzehntelang wurde um den Ausbau der Mittelweser gekämpft. „Ihr jetziger Zustand stellt einen bedeutenden Engpaß dar und muß als Sackgasse bezeichnet werden“, meinte der Weserbund E.V. Deshalb sei es unerlässlich, daß der Bund die Verkehrseinbindung für die Mittelweser dem Mindeststandard der nordwestdeutschen Binnenwasserstraßen anpasse. Die vorgesehenen Baumaßnahmen umfassen insbesondere den Ausbau von drei unteren Schleusenkanälen sowie die Vertiefung der Fahrrinne bis zu 50 Zentimeter in Teilschnitten der Mittelweser. Schwerwiegende Belastungen des Ökosystems sind laut Weserbund dabei nicht zu befürchten.

Der Bremer CDU-Abgeordnete und Vorsitzende des Gesprächskreises Küstenfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Reinhard Metz, hatte sich im Haushaltsausschuß für das gesamt- wie regionalwirtschaftlich wichtige Projekt starkgemacht.

Die Anpassung der Mittelweser war schon einmal im Bundeshaushalt vorgesehen, wurde aber unter der alten Bundesregierung fallengelassen.

Bei einer Bauzeit von vier bis fünf Jahren muß mit den Anpassungsarbeiten ab 1987 begonnen werden. Dabei bleibt für das Planfeststellungsverfahren der Zeitraum 1985/86. Dann könnte zeitgleich mit der Fertigstellung der Weststrecke des Mittellandkanals (Anbindung an das Ruhrgebiet, Dortmund-Ems-Kanal) im Jahre 1992 auch die Mittelweser zwischen Minden und Bremen für das Europaschiff (voll) befahrbar sein.

Die bewilligten 37 Millionen DM entsprechen zwei Drittel der Gesamtkosten des Ausbaus, das restliche Drittel muß Bremen aufbringen. Inzwischen hat das kleinste Bundesland sich bereit erklärt, die 12 Millionen DM in seine Haushalte einzuplanen. Allerdings gingen diesem Schritt schwere Kämpfe zwischen dem Senator für Schiffahrt, Häfen und Verkehr und dem Finanzsenator voraus, der mit allen Mitteln den kaputten Bremer Etat sanieren will.

Nach der Klausur mit einer Stimme

Rechtsexperten von CDU/CSU und FDP suchen den Konsens ohne die Öffentlichkeit

STEFAN HEYDECK, Bonn

Zwischen den 253 CDU/CSU- und den 35 FDP-Abgeordneten der Bonner Regierungskoalition, die in 20 Ausschüssen des Parlaments mit (oder gegen) SPD und Grüne Gesetze vorbereiten und die in ihren Arbeitskreisen und -gruppen im Vorfeld nach Problemlösungen suchen, muß es nicht die immer wieder klagten Differenzen geben. Erst recht kann vermieden werden, daß Auseinandersetzungen um strittige politische Frage spektakulär und aus Profilierungssucht vor der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Daß das möglich ist, beweisen jedenfalls seit geraumer Zeit die 13 CDU/CSU- und zwei FDP-Rechtsexperten.

Die haben nämlich ein „Geheimnis“, das sich fast als Modell für ihre auf anderen Feldern tätigen Kollegen anbietet: Sie ziehen sich – möglichst unter Beteiligung der zuständigen Justizminister – in rund halbjährigen Abständen zu Klausurtagungen zurück. Dabei werden dann Perspektiven und Zielsetzungen beraten. Es sei „wichtig“, sagte der FDP-Abgeordnete Detlef Kleinert der WELT, „daß

man sich außerhalb der Hektik, des Termindrucks und der Tagesaktualität hin und wieder vertraulich austauscht“. So meinte dann auch einer der Teilnehmer zu der erneut auf dem jüngsten Treffen in Wildbad Kreuth sichtbar gewordenen „Verständigungsbereitschaft“ und „Harmonie“ nicht ohne Blick auf die Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU- und FDP-Parlamentariern auf anderen Feldern: „Seitdem sind Meldungen über Streitigkeiten im Rechtsbereich verstummt. So einfach ist das.“

Die erste Klausur fand im Frühjahr dieses Jahres in Hannover statt. Dort hatte Herbert Helmrich, Vorsitzender der CDU-Arbeitsgruppe Recht, eingeladen. Zum nächsten Treffen hatte dann Max Wittmann von der CSU in die Hanns-Seidel-Stiftung (einschließlich eines Besuchs des Münchner Oktoberfests, natürlich) gebeten.

Bei diesen Gesprächen geht es den „Koalitionären“ aber nicht darum, mit lockerer Hand bei sogenannten einfachen Punkten sich auf eine gemeinsame Linie zu einigen. Vielmehr werden die Probleme zuerst beraten,

bi denen die Meinungen „am weitesten auseinandergehen“. So wurden zum Beispiel in Hannover im Frühjahr die Weichen gestellt, damit es in der Frage der Eherechtsreform besser und schneller weiterging.

Zu wichtigen Vorabklärungen kam auch in diesem Zirkel zum Beispiel in der Frage der strafrechtlichen Verfolgung bei der Verherrlichung von NS-Verbrechen wie der „Auschwitzlüge“ oder dem Zugang von Vertrauenswürdigkeit zu inhaftierten Terroristen während einer verhängten „Kontaktpause“. In Kreuth ging es hinter verschlossenen Türen zum Beispiel in die Lösung der bisher strittigen Frage des fälschungssicheren Personalausweises, das Problem der Parität von Auslieferungs- und Asylverfahren, die Neuordnung der Verwaltungsgerichtsordnung zur Beschleunigung von Großverfahren unter anderem gegen die Errichtung von Kernkraftwerken, Flughäfen und Autobahnen. Dabei zeigte sich – scheinbar beinahe schon zur Verleumdung der Rechtsexperten –, daß zwischen CDU/CSU und FDP auf engen Feldern kaum Probleme gibt.

Die Banken zur „Spitzentechnik“ Made in Germany – ein Wort aus guter alter Zeit

Made in Germany – einst unumstrittenes Gütezeichen, ist für viele nur noch ein Wort aus guter alter Zeit.

Andere Länder haben aufgeschlossen, und in einzelnen Bereichen fortgeschrittener Technik müssen wir uns sehr anstrengen, um Schritt zu halten. Unser Anteil am Weltexport von Produkten der Spitzentechnologie ist von 1972 bis 1983 von 26 auf 17 Prozent gesunken. Zugleich steigerten die USA ihren Anteil von 32 auf 37 Prozent; die Japaner schafften fast eine Verdoppelung von 13 auf 25 Prozent.

Wir Banken meinen: Made in Germany hat gleichwohl noch immer einen guten Klang. Die Bundesrepublik ist – nach den USA – Zweiter in der Weltrangliste der Export-Nationen,

und im Welthandel mit Industriegütern ist sie sogar die Nummer eins. Natürlich, das ist kein Grund, sich auf den Lorbeer traditioneller Leistungen auszuruhen. Aber noch weniger Grund haben wir, uns einen nationalen Minderwertigkeitskomplex einzureden.

Bundesverband deutscher Banken

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft:
Großbanken, Regionalbanken,
Privatbankiers, Hypothekenbanken.



Siles hungert aus Protest gegen Kokain-Resolution

Bolivians Opposition empört / Rauschgifthandel nimmt zu

WERNER THOMAS, Miami
Der Präsident trinkt lediglich Zikwerwasser. Er meidet Spaziergänge durch den Palast, um Kräfte zu heben. Er schläft in seinem Schlafschüssel. Der Leibarzt bestatigt dem 71-jährigen Mann nach wie vor eine „gut Gesundheit“. Er könne weiterhin normal seine Arbeit absolvieren.

Bolivians Staatschef Hernan Ses Zuazo befindet sich seit fünf Tagen im Hungerstreik. Politische Beobachter in der Hauptstadt La Paz befürchten, daß er diesmal länger fasten wird als in der Vergangenheit. Die erwartete Sympathiewelle blieb bisher aus. Die Oppositionsparteien kritisieren sein Verhalten oder lästern darüber.

Ex-Präsident Victor Paz Estenssoro, der Führer der „Nationalistischen Revolutionsbewegung“ (MNR), einst Freund und politischer Kampfgeselle des Streikenden, sprach während eines Washington-Besuchs von einer „theatralischen Geste zur Verwirrung der öffentlichen Meinung“.

Die „Nationalistische Demokratische Aktionspartei“ (ADN) Hugo Banzer, eines anderen Ex-Präsidenten, erklärte: „Wir lassen uns nicht erpressen.“ Und: „Der Präsident gefährdet die demokratischen Fundamente des Landes.“ Beide Parteien besitzen eine Mehrheit im Parlament.

Siles Zuazo hungert, um gegen eine Parlamentsresolution zu protestieren, die seiner Regierung schwere Vorwürfe bei der Rauschgiftbekämpfung vorwirft. Besonders scharf wurde eine Entscheidung verurteilt, Verhandlungen mit prominenten Kokainhändlern über ein Ende des Rauschgiftschmuggels aufzunehmen.

Paz Estenssoro behauptet, daß sich die Kokainproduktion während der zweijährigen Amtszeit des Präsidenten verdoppelt hat. Seinen Schätzungen zufolge brachte der Kokainexport 1983 der bolivianischen Uferwelt zwei Milliarden Dollar.

Der Präsident ist als Hungerkünstler bekannt. Während seiner ersten Präsidentschaft (1956 bis 1960) konnte er einmal ein wirtschaftliches Austeritätsprogramm gegen den Widerstand der Oppositionsparteien durchsetzen. Im Gegensatz zu diesmalingen damals jedoch Zehntausenden Menschen für ihn auf die Straße. In jenen Jahren genoß der Politiker noch eine große Popularität.

Die zweite Präsidentschaft verlief dagegen chaotisch. Bolivien befindet sich in der schlimmsten wirtschaftlichen Krise seiner Geschichte. Die Nation kann ihre Auslandsschulden von 4,6 Milliarden Dollar nicht mehr abtragen. Die Inflationsrate erreicht wahrscheinlich 1000 Prozent bis Ende des Jahres, ein Weltrekord. Mehr als 60 Prozent der Bevölkerung sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Siles Zuazo liegt im Dauerlinch mit dem Parlament, das fast alle Gesetzesvorlagen der Regierung blockiert.

Die USA haben eine weitere Wirtschaftshilfe für Bolivien davon abhängig gemacht, daß energische Maßnahmen



Präsident einer Krisenaktion: Hernan Siles Zuazo

FOTO: LOCHON/STUDIO X

nahmen gegen die Rauschgift-Mafia ergriffen werden. Diese Hilfe wäre umso wichtiger, als die internationalen Banken Bolivien gegenwärtig keinen Kredit mehr gewähren.

In La Paz kursierten häufig Putschgerüchte. Im Juni schien die Entmachtung des Präsidenten zu drohen, als ihn junge Offiziere aus dem Palast entführten. Die Rebellen konnten sich jedoch nicht die Unterstützung der Armeeführung sichern. Siles Zuazo wurde nach zehnstündiger Gefangenschaft freigelassen.

Bisher hat Bolivians Staatschef nicht mitgeteilt, wie lange er hungern möchte. Die Opposition nimmt an, daß er spätestens in zwei Wochen seine Zuckerwasserdiät beendet. Am 19. November kommt hoher Besuch: das spanische Königspaar. (SAD) Seite 2: Ein Präsident hungert

Spanien und Portugal weiter „mit dem Rücken zueinander“

EG-Beitritt deckt Gegensätze auf / Angst Lissabons vor dem mächtigen Nachbarn

ROLF GÖRTZ, Madrid
Seiten tritt der historische Gegensatz zwischen Spanien und Portugal so deutlich zutage wie jetzt, wo beide ein gemeinsames Ziel, die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, anstreben. In beiden Staaten regiert ein sozialistischer Ministerpräsident, und beide sind Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale.

Aber nach wie vor leben Portugiesen und Spanier „mit dem Rücken zueinander“ – die Portugiesen dem Atlantik zugewandt, die Spanier in ihrem Bemühen, das einst selbstgewählte Gefängnis Iberischer Isolation zu sprengen. Die einzige ausländische Macht, die der Zorn der Revolution von 1974 traf, war Spanien, dessen Botschaft in Lissabon geplündert und in Brand gesteckt wurde.

Natürlich sind die Politiker beider Länder bedacht, den Gegensatz abzubauen. Natürlich gibt es auch in der jüngeren Geschichte Beispiele gemeinsamer Aktionen, so im spanischen Bürgerkrieg (1936 bis 1939), als eine portugiesische Freiwilligentruppe auf Seiten Francos gegen die Kommunisten kämpfte – was Francos Heißsporne nicht hinderte, nach dem Sieg zu rufen: „Und jetzt auf nach Lissabon.“

Im Zweiten Weltkrieg stand das Portugal Salazars mehr auf Seiten der Alliierten, weshalb es auch zu den Gründern der NATO gehört und Franco-Spanien mehr auf Seiten der Achsenmächte. Beide nutzten ihre Position zum gegenseitigen Informationsaustausch im Sinne einer iberischen Politik.

Ibero-Pakt als Anfang
Der Ibero-Pakt der ausstehenden Salazar-Franco-Ära war bereits ein gemeinsamer Weg in Richtung Europa mit dem Nebenziel, die atlantisch-mediterrane Südfanke zu stärken.

Aber nichts beunruhigte die Portugiesen mehr, als daß Spanien – ebenso wie Portugal inzwischen eine Demokratie – ebenfalls dem Atlantischen Bündnis beitreten könnte. „Dann müssen wir auf einer Verstärkung unserer Landstreitkräfte bestehen“, meinte der damalige Verteidigungsminister, ein Christdemokrat. Portugal fürchtete nichts mehr als ei-

nen spanischen Einmarsch zur „Unterstützung“ der eigenen Streitkräfte bei einer drohenden Gesamtsituation.

Man könnte das Verhältnis mit dem Vergleich, das Griechen und Türken belastet, wenn nicht so viele Gemeinsamkeiten die Geschichte beider Völker begleitet hätten. Jahrhunderte kämpften sie gemeinsam gegen die islamischen Heerscharen, die im 8. Jahrhundert die Iberische Halbinsel besetzten. Die Sprachen ähneln sich sehr.

Der Grund für die Vorsicht der Portugiesen gegenüber ihrem mächtigeren Nachbarn liegt 400 Jahre zurück, so merkwürdig das klingen mag. Als 1580 der greise Kardinal Henrique den portugiesischen Thron kinderlos hinterließ, schickte Spaniens König Philipp II. den Herzog Alba mit seinen Truppen nach Lissabon, um dort seine Thronansprüche – Philipp war immerhin Enkel und Urenkel portugiesischer Könige – zu vertreten. 60 Jahre blieben die Spanier portugiesischer Herrscher, bis sich die Portugiesen schließlich erhoben und die Spanier vertrieben.

Diese Affäre wäre als Episode nicht so schwerwiegend gewesen, wenn nicht zwei Jahre zuvor die portugiesische Nation einen Schicksalsschlag erlitten hätte, der sich bis in die Gegenwart löhnd auf alle Aktivitäten auswirkt: die restlose Vernichtung des portugiesischen Kreuzfahrers in Alcazar el Quivir in Marokko bei einer Schlacht, in der auch der junge König Sebastian verschollen blieb.

Mit ihrer mythischen Sehnsucht nach einer Rückkehr des Königs Sebastian verbinden die Portugiesen noch heute ihre Hoffnung auf eine Rettung aus Notzeiten – wie sie jetzt herrschen. Die Sehnsucht also nach dem starken Mann. Der im täglichen Sprachgebrauch durchaus lebendige Begriff „Sebastianismus“ umreißt heute das eigene, nur heimlich eingestandene Versagen bei politischen oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Es ist dies die besondere Art des portugiesischen Fatalismus. Um so argwöhnischer beobachtet man auch heute noch den eigenmächtigen Zeugen dieses nationalen Tiefstandes: Spanien.

Bei den derzeitigen Verhandlungen um den EG-Beitritt versichern sich Madrid und Lissabon gegenseitig, gemeinsam vorzugehen. Dennoch verzichtet das portugiesische Auswärtige Amt keineswegs auf die Vorteile des zeitlichen Vorsprungs, wie er sich aus den Daten der Beitrittsanträge beider Länder ergibt.

Bei dem Besuch von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vor zwei Wochen in Lissabon entstand jenes „Constat d'Accord“, eine Absichtserklärung des Europas der Zehn, Portugal „unwiderruflich in die EG aufzunehmen. Notfalls also auch ohne Spanien. Kein einklagbares Recht, aber doch ein verpflichtendes Instrument bei den jetzt anlaufenden Schlussverhandlungen zwischen Portugal und der EG in Brüssel.

Rolle der NATO

Die Zurückhaltung der Portugiesen gegenüber ihrem spanischen Nachbarn im Rahmen der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft geht über das historische „König-Philipp-II.-Syndrom“ hinaus. Nicht nur die Ibrigen im spanischen Bewußtsein völlig unverständliche „Bedrohung“ spielt eine Rolle, sondern die mit dem spanischen Beitritt automatisch verbundene Abwertung des portugiesischen NATO-Beitrages.

Gewiß sind die Azoren im atlantischen Konzept von unschätzbbarer Bedeutung. Die Amerikaner bestehen deshalb auf einem bilateralen Abkommen zur Nutzung des Stützpunktes Lajes und bezahlen es wahrhaft fürstlich mit klingender Münze. Für die NATO wird ein zweiter Luft- und Seestützpunkt auf der schwach besiedelten Insel Porto Santo im Madeira-Archipel eingerichtet. Auf Madeira selbst verfügen übrigens auch die Franzosen über besondere Landrechte für ihre Luftstreitkräfte.

Auf dem Festland aber können NATO-Basen in Galicien und Tarragona die Bedeutung Portugals und damit die Gegenleistungen erheblich schmälern. Ein gemeinsames Ibero-Kommando, wie es sinnvoll gewesen wäre, scheitert am portugiesischen Widerstand. Für Spanien bleibt ein britisch-spanisches Kommando über die Seegebiete vor, in und hinter der Straße von Gibraltar mit einem spanischen Oberbefehlshaber übrig.

(SAD)

Noch zögert Kabul, Akbari hinzurichten

Komitees kämpfen um Gnade für den Atomphysiker

WALTER H. RUEB, Bonn

Afghanistans einziger international bekannter Atomphysiker sitzt in Kabul im Gefängnis und wartet auf seine Hinrichtung. Am 23. Mai 1984 war Mohammed Junos Akbari von einem Revolutionsgericht wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer illegalen politischen Organisation zum Tode verurteilt worden. Das Gericht warf ihm ferner vor, aus der Volksrepublik China Geld zum Kauf von Waffen für den konterrevolutionären Kampf entgegengenommen zu haben.

In Großbritannien, wo Akbaris jüngerer Bruder Noor lebt, entfaltet sich eine Gesellschaft, eine lebhaftige Kampagne mit dem Ziel, die Begnadigung des Wissenschaftlers zu erreichen. Seit kurzem sind Bestrebungen im Gange, die Kampagne auf das Festland auszuweiten; in der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich und der Schweiz ist die Bildung von Komitees „Gnade für Akbari“ geplant.

Der 40-jährige Atomphysiker verdankt sein Leben nach Meinung von Kennern der Geflohenheiten in Kabul nur der Tatsache, daß es seinem Bruder in London rechtzeitig gelang, Öffentlichkeit, Medien, Wissenschaft und Politik zu mobilisieren. Fernseh- und Radiostationen, Zeitungen und Persönlichkeiten der Wissenschaft, Menschenrechts-Organisationen und Amnesty International wurden alarmiert und mit einer Fülle von Briefen überschwemmt.

Zahlreiche Komitees wandten sich mit Bittschriften, die von weltberühmten Atomphysikern unterzeichnet waren, an die UNO, die UNO-Menschenrechtskommission, an den britischen Unterhaus-Ausschuß für Menschenrechte, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, an die Herrscher im Kreml und an Moskaus Statthalter in Kabul, Babrak Karmal. Die Londoner „Times“ druckte Briefe und Bittschriften ab.

Im Rahmen der Kampagne zur Rettung von Akbari wurden nicht nur die Briefe, sondern auch Prominente aus Wissenschaft, Politik und Kultur in ganz Europa, Kanada, den USA, Brasilien, Mexiko, Costa Rica, Iran, Afrika und sogar in der Sowjetunion aufgefordert, Briefe und Karten an UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar, Babrak Karmal, den Prä-

sidenten der UNO-Menschenrechtskommission und an seine sechs Vizepräsidenten zu schicken. Amnesty International stellte Kontakte zwischen Bürgern und zahlreichen internationalen Organisationen in ganz Europa her und veranlaßte Zehntausende von Menschen, die verantwortlichen Männer der Organisationen anzurufen. Außer mit Telefon-Anrufen wurden die bereits genannten Adressaten mit Telegrammen bombardiert.

Nur die Kampagne zur Rettung des sowjetischen Bürgerrechtlers Andrej Sacharow schlug höhere Wellen als die zugunsten von Akbari. Das Engagement Zehntausender von Menschen zeigte dem auch einen fast unerwarteten Erfolg: Die Bestätigung des Todesurteils durch den obersten afghanischen Revolutionsrat blieb bisher aus. Dies ist auch die Erklärung dafür, warum das Todesurteil noch nicht vollstreckt wurde.

Akbari stammt aus dem seit Jahren hartnäckigsten Pandschirtal. Er ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Studium und Promotion zum Doktor der Naturwissenschaften schaffte er als Unesco-Stipendiat in Moskau. 1971 kehrte er in die Heimat zurück, lehrte zunächst an der Universität Kabul, ab 1974 an der neuen Universität in Jallalabad.

Zusammen mit zahlreichen anderen Akademikern wurde Akbari 1979 von seinem Posten suspendiert, 1981 und 1982 verhaftet. Der afghanische Geheimdienst Khad hatte jedoch keine Beweise für konterrevolutionäre Aktivitäten in der Hand, so daß Akbari jeweils nach wenigen Wochen wieder freigelassen werden mußte.

Im April 1983 aber verschwand der Atomphysiker hinter den Mauern von Pol-e-Charki, dem berüchtigsten Gefängnis Afghanistans, in dem nach hauseigenen Vergrößerung 30 000 Häftlinge untergebracht werden können. Amerikanische Satellitenaufnahmen haben dem Gefängnis zu trauriger Berühmtheit in der ganzen Welt verholfen.

Fast ein Jahr lang wurde Akbari der Kontakt mit seiner Familie untersagt. Ein Mitangeklagter kam beim anschließenden Prozeß mit 20 Jahren Gefängnis davon. Die Richter belohnten mit dem milden Urteil seine Bereitschaft, auszusprechen und mit dem Khad zusammenzuarbeiten.

Unsere Antwort auf die Formaldehyd-Diskussion um die Spanplatte heißt „FF“ – formaldehydfrei verleimt.

Das Formaldehydproblem ist für die deutsche Spanplatte gelöst. Wir, die Werke von GLUNZ produzierten Holzspanplatten der strengsten Emissionsklasse E1. Frei von Geruchsbelastigung, frei vom Verdacht der Gesundheitsgefährdung.

Unser E1-Programm für die Möbelindustrie und für die Bauwirtschaft erfüllt die schärfsten Umweltauflagen an Qualitätsmöbel und Innenausbau. Heute und in der Zukunft.



AGEPAN



GRECO



Triangel



Für biologisches Bauen und für extrem sensible Bereiche, die bis jetzt durch keine Emissionsnorm erfaßt sind, bieten wir noch mehr: die völlig formaldehydfrei verleimte Holzspanplatte. Wir nennen sie „FF“ – die umweltfreundlichste Spanplatte aus den Werken von GLUNZ.

GLUNZ

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verfehlte Therapie

Die neue Medizin: Drei Überfahrten für einen Arzt? WELT vom 6. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren, die derzeitige Ausbildung zum Arzt ist aufgrund der hohen Studentenzahlen nicht die ideale, die geplante zweijährige Verlängerung stellt jedoch leider auch keine Verbesserung dar. Für 5000 Assistenzärzte sollen 15 000 „Ärzte im Praktikum“ eingestellt werden, d. h., daß der Prozentsatz der Überfahrten gegenüber den schon praktisch gelübten Ärzten gewaltig ansteigt. Die wenigen älteren Kollegen werden in stärkerem Maße der Weiterbildung der jungen Kollegen widmen, wobei die Patientenversorgung leiden würde, oder die „Ärzte im Praktikum“ bleiben weitgehend sich selbst überlassen.

Wenn Herr Geißler sich eingehend mit dem Ausbildungsstand der frisch approbierten Ärzte befaßt hat, weiß er, daß zwar ein gewisses angelegtes theoretisches Potential vorhanden ist, wir am Krankenbett allein jedoch oft recht unsicher sind und noch etwas Beistand brauchen. Dann weiß er aber auch, daß schon im Praktischen Jahr (dem letzten Jahr der jetzigen Ausbildung) die Kapazität der Ärzte oft nicht ausreicht, die Fragen und Schwierigkeiten der PJler (das sind die Medizinstudenten im Praktischen Jahr) zu bewältigen.

Wenn jetzt zu den ein bis zwei PJ-Studenten noch zwei oder drei nicht viel erfahrenere „Ärzte im Praktikum“ hinzukommen, ist der Stationsarzt hoffnungslos überfordert, ganz zu schweigen von dem Gedränge am Krankenbett. Kennen Sie das Gefühl, wenn Sie die Narbe an der Brust oder den Abszess am Po einem ganzen

Schwarm von Zuschauern vorführen sollen? Wie sollen da Scham und Angst der Patienten gemildert werden? Gibt es unter diesen Umständen noch so etwas wie Takt- und Feingefühl? Ich bezweifle stark, daß die Ausbildung auf diese Weise verbessert würde.

Einen Effekt hätte man allerdings erreicht: Das Medizinstudium würde unattraktiver werden, da es statt bisher sechs dann acht Jahre dauern würde, von denen im Endeffekt zwei Jahre unbezahlt und ohne BAföG abgeleistet würden. Im Praktischen Jahr bekommt der Medizinstudent keinen Pfennig (!). Gibt es das in einem anderen Beruf? In den anschließenden zwei Jahren bis zur endgültigen Approbation ist geplant, ein halbes Assistenzarztgehalt zu zahlen.

Wenn erreicht werden soll, daß das Studium unattraktiver wird, wäre es dann nicht sinnvoller, ein praktisches Jahr voranzustellen, in dem die Studenten das schlecht besetzte Pflegepersonal gegen ein geringes Entgelt unterstützen?

Schon jetzt bekommen nicht alle jungen Ärzte eine Weiterbildungsstelle. Wie stellt Herr Geißler sich die Entwicklung vor, wenn noch 5000 Stellen gestrichen werden? Wie wäre es, wenn der Reformvorschlag erst einmal zu Ende gedacht würde?

Ich selbst habe meine Approbation im Mai erhalten, bin also nicht mehr unmittelbar von den Neuerungen betroffen. Aber ich finde es sehr schade, wenn Tausende nach einem sechs- und mehrjährigen Studium arbeitslos bleiben.

S. Starck, Berlin 42

Berliner Schauspiele

Sehr geehrter Herr Doktor Zehm, in der WELT vom 19. Oktober 1984 lassen Sie Heribert Sasse in einem Interview mit Lothar Schmidt-Mühlisch sagen: „Gobert verpflichtet aber für seine letzten Inszenierungen unzählige Gäste, 15 allein für „Wallenstein“. Tatsächlich sind von siebzehn (!) bisher im „Wallenstein“ mit dem Regieteam Klaus Emmrich/Heiner Müller besetzten Rollen fünfzehn (!) mit Ensemble-Mitgliedern der Staatlichen Schauspielbühnen Berlins besetzt.

Wie Sie beiliegendem Telegramm entnehmen können, hat Heribert Sasse seine Aussage Herrn Gobert gegenüber bereits korrigiert – ein Mißverständnis? Auch für Schmidt-Mühlisch?

Zur Glosse von Lothar Schmidt-Mühlisch. Dort heißt es: „Wenn ich mich recht entsinne, hat Gobert bei seinem eigenen Amtsantritt rund zehn Inszenierungen von seinem Vorgänger Hans Lietzau übernommen. Schoo vergessen?“ Aus der Erinnerung heraus unterstellt Schmidt-Mühlisch zuvor „Blauäugigkeit oder

blanken Zynismus“. Ich möchte Herrn Schmidt-Mühlisch bei seinen Erinnerungen behilflich sein. Vier Inszenierungen konnten wir bei unserem Amtsantritt 1980 übernehmen. Im Schiller-Theater die Farce „Beltracchioni“ von Georges Feydeau (mehrere Rollen wurden umbesetzt), im Schloßpark-Theater „Schwingen“ von Arthur Kopit (mehrere Rollen wurden umbesetzt), „Der zerbrochene Krug“ von Kleist (eine Hauptrolle wurde umbesetzt) und „Leib und Seele“ von James Saunders. Das war's – Wer also hat „schon vergessen“?

Sehr geehrter Herr Doktor Zehm, es ist bedauerlich, daß es in den letzten Tagen zu Verdächtigungen gekommen ist, die in einigen Zeitungen bereits als „Theater-Krieg“ hochinterpretiert wurden. Im Interesse des Theaters und einer von uns gewollten sachlichen Übergabe an Heribert Sasse und sein Team möchte ich Sie bitten, richtigstellend mitzuhelfen.

Beste Grüße
Eberhard Witt,
Berlin 12

Freundschaft

„Enttäuschung in Athen über Besuch aus Bayern“, WELT vom 18. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren, über den Artikel „Enttäuschung in Athen über Besuch aus Bayern“ war ich sehr erstaunt. Das Treffen unter der Leitung des CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Jost war während der drei Tage von großer Freundschaft und Sachlichkeit gekennzeichnet. Der Beitrag des Vorsitzenden des Bundestagsverteilungsausschusses, Alfred Biehle, betraf nur einen kleinen Teil der Gesamtdiskussion am letzten Besuchstag. Die einzige Kontroverse entzündete sich an der Äußerung Alfred Biehles als besorgter Ausschussvorsitzender, daß er Bedenken gegen die Sperrung eines Teils des Luftraums vor der Ägäis durch Griechenland während der NATO-Manöver habe.

Leider haben Sie nicht darauf hingewiesen, daß die deutsche Delegation ausdrücklich ihre Unterstützung für die Wahrung und Durchsetzung der Rechte Griechenlands zugesagt hatte und dies von den griechischen Teilnehmern teilweise überschwenklich, anerkannt wurde.

Mit freundlichem Gruß
Orwin Lowack, MdB, CSU

Marathon

„Mogel“, WELT vom 18. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren, in Ihrem oben genannten Beitrag ist Ihnen offenbar selbst eine „kleine Mogel“ unterlaufen, denn weder ist die Strecke der heutigen Marathonläufe von Marathon nach Athen historisch noch hat sie eine Länge, die durch die Entfernung der beiden Orte bestimmt wird.

Der „erste“ Marathonlauf des Boten von Marathon nach Athen im Jahre 490 nach dem Sieg der Athener über die Perser ist historisch nicht belegt und taucht wohl erstmals bei einem gewissen Lukian (ca. 120 bis 190 n. Chr.) auf. Die Streckenlänge von 42,195 Kilometer gilt erst seit der Olympiade London im Jahre 1908.

Als Quellen möchte ich nennen: Müller-Benedict: Der Schwindel vom ersten Marathonlauf in der WELT vom 14. 6. 1980 und Steffy: Marathon-Training, 1979, S. 11 ff.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. E. Kalthoff,
Kaarst 2

Wort des Tages

„Ich habe Leute vor Kummer sterben sehen, weil man ihnen nicht die Ämter gab, die sie hätten ausschlagen müssen, wenn man sie ihnen angeboten hätte.“

Charles Baron de Montesquieu; franz. Schriftsteller und Rechtsphilosoph (1689–1755)

Verdächtigungen

„Johannes Paul II. erlaubt wieder Massen in Latein“, WELT vom 17. Oktober

Es machte sich vortrefflich, daß Ihre Zeitung den Artikel von Friedrich Meichner, Rom, über die Wiederlassung der lateinischen Messe repräsentativ auf das Hauptblatt setzte.

Anderes als negative Erwägungen gegenüber der Neuregelung war in Reaktionen aus sogenannten maßgeblichen liturgischen Kreisen nicht zu erwarten. Nicht anders wird es auch – wenn nicht alles täuscht – weitergehen sollen, denn gerade bei progressivsten Gesonnenen macht sich eine widersprüchlich wirkende Statistik bemerkbar, wenn in der Kirche die Respektierung dogmatisch-dynamischer Gemeinschaften erforderlich wird.

Historiker werden demnächst in Beachtung solchen Verhaltensmusters einen Satz aus der „Geschichte der Päpste“ Ludwig von Pastor wiederholen können: „Nur mit tiefer Trauer kann man jener Zeit der Furcht, des Mißtrauens und der Verworfenheit gedenken, wo Männer künstlich in den Verdacht der Abirrung von katholischen Glauben gebracht wurden, die ihm in Wirklichkeit mit ganzer Seele zugetan waren.“ (Band VI, Verlag Herder, Freiburg, 13. Auflage, Seite 527) Heute ist leider sogar zu vermuten, daß nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Heranwachsende der Mitglieder der lateinisch zelebrierten Messe wegen auf das übelste verdächtigt und gewissermaßen verfolgt werden.

Mit freundlichen Grüßen
W. Dräger,
Ahaus

Spürbare Folge

„Achtzehn Monate“, WELT vom 17. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren, die Verlängerung des Wehrdienstes um drei Monate ist die erste sichtbare und spürbare Folge der gewollten Kinderlosigkeit (38 Prozent kinderlose Ehepaare), welche die nachwachsende Generation trifft. Außerdem markiert sie den allmählichen Beginn einer Gerontokratie (= Herrschaft der Alten) und das wahrscheinliche Ende der Mehrheitsdemokratie. Eine deutliche Mehrheit der Alten wird die Jungen in untragbarer Weise majorisieren.

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der moralischen Begründung der Wehrdienstverlängerung. Will die Elterngeneration, begünstigt durch eine jahrzehntelange Familienpolitik, die diesen Namen kaum verdient, und das völlige Fehlen einer realistischen Bevölkerungspolitik zu einem großen Teil auf Kinder verzichtet hat, sollen Wehrpflichtige länger Dienst leisten? In der politischen und öffentlichen Diskussion wird dieses Problem großzügig übergegangen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. F. J. Breyer,
St. Ingbert

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Tempolimit und Emotionen

Sehr geehrte Damen und Herren, Tempo 100, Vernunft oder sozialer Neid?

Das Thema Geschwindigkeitsbeschränkung scheint in der etwa 88jährigen Automobilgeschichte schon immer mehr emotional als rational behandelt worden sein. Anfangs mußten Läufer mit einer roten Fahne vor den Autos einherrennen. Die später gebauten Schnellstraßen entfielen dann immer wieder die Diskussion um ein Tempolimit mit wechselnden Begründungen: Innerhalb der 60er Jahre war es die „Gleichberechtigung“, Anfang der 70er die Senkung der Verkehrstoten, 1973, zur Zeit des Ölshocks, die Energieeinsparung, und heute, 1984, ist es ganz urplötzlich der Wald, obwohl sich die Erkrankung des Waldes schon seit 15 Jahren abzeichnet.

Tatsächlich soll hier erst gehandelt und dann nachgedacht werden (wie es Ministerpräsident Bernhard Vogel kürzlich ausdrückte), um Tempo 100 auf Autobahnen durchzusetzen.

Dabei bestehen auf 90 Prozent unserer Straßen schon Tempolimits und auf den Autobahnen werden im Schnitt ohnehin nur 115 km/h gefahren.

Bis vor kurzem war der Wald kein Thema. Glücklicherweise wurde jetzt per Gesetz die einzige Möglichkeit zur wirklichen Schadstoffminderung eingeführt, der Katalysator. Trotzdem wollen nun manche Politiker und Organisationen das Tempolimit nachschleichen. Das würde in nüchternen Berechnung nur ca. 10 Prozent Schadstoffminderung bringen gegenüber den über 80 Prozent durch den Katalysator, dafür aber eine Menge neuer Gefahren, weil beim Autofahren eben die bessere Einsicht fehlte.

Der Verkehrsfluß auf den Autobahnen würde durch die nahezu gleiche Geschwindigkeit gebremst. Es bildeten sich viel häufiger Staus, die seltener als bisher aufgelöst würden. Dadurch wiederum entstehen die Gefahren größerer Ermüdung am Steuer, Frustration und Aggression, die zu größerer Unfallhäufigkeit führen werden.

Hier sind unsere Politiker zur Vernunft, nämlich der Anwendung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit der Mittel, aufgerufen.

Wenn der Januar 1985 beginnende erste wirkliche Großflächentest durch den TÜV beweisen sollte, daß die Einführung eines Tempolimits bis zum Wirksamwerden der Katalysatoren eine so große Schadstoffeinsparung bewirkt, daß man sich über die oben genannten Bedenken hinwegsetzen sollte, wird sich die überwältigende Mehrheit der Autofahrer auch wirklich an ein solches Tempolimit halten.

Ohne ein solches Testergebnis aber gäbe es nur mehr Staat, mehr Polizei, mehr Radarfallen und mehr Verkehrsstrafen auf den Autobahnen.

Mit freundlichen Grüßen
G. Huber,
Sevetal 11

In der Tschechoslowakei und in gewissen Gebieten Deutschlands stirbt der Wald. In Athen zerfällt die Akropolis, ähnlich wie die Kulturdenkmäler in den deutschen Städten zerfallen – meist dort, wo der Autoverkehr am größten ist. Außerdem nehmen die Krankheiten (Lungenkrebs usw.) zu, weil die Luft verpestet ist.

Die Ursachen sind im einzelnen noch nicht bekannt und die Gutach-

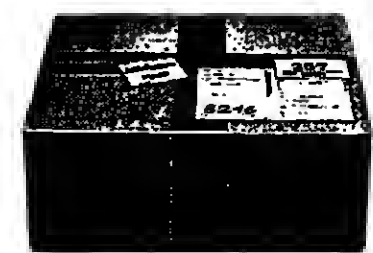
ter widersprechen sich, je nach ihrem Auftraggeber und ihrer Qualifikation. Sicher ist aber, daß die Fabriken, die menschlichen Siedlungen und die Autos an diesen Schäden beteiligt sind. Daher muß etwas getan werden. Selbst ein „falscher“ Entschluß ist besser als alle weiteren Reden und verlogenen Beschwichtigungen, zumal hier nichts verdorben werden kann.

Daher müssen die Emissionen der Industrie, der Wohngebiete und des Verkehrs verringert werden – durch Filteranlagen in den Betrieben, in den Wohnhäusern und in den Autos, wie letzteres in den USA und in Japan bereits geschieht; außerdem durch Geschwindigkeitsbegrenzungen, die alle europäischen Staaten außer der Bundesrepublik schon eingeführt haben; und schlimmstenfalls auch noch durch eine Reduzierung des Kraftfahrzeugverkehrs, die der unverzichtbaren Eisenbahn zugute käme. Denn das Auto, welches ursprünglich als Symbol der Freiheit galt, weil es den Menschen aus dem Zwang räumlicher Bindung löst, versklavt ihn nun durch seine Massenhaftigkeit. Es ist, ähnlich wie das unkontrollierte Wirtschaftswachstum, zum Feind des Menschen geworden, weil wir uns in unserem ungezügelter Materialismus mit menschenfeindlichen Entwicklungen zufriedengeben.

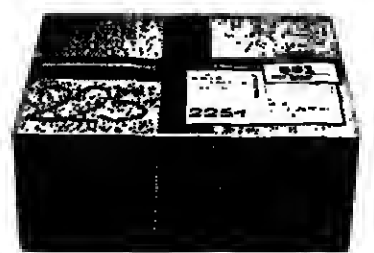
Wo bleibt die deutsche Gründlichkeit und unser Verantwortungsbewußtsein? Wie können wir wegen einer falschen Wirtschaftspolitik (z. B. wegen der Arbeitslosigkeit) unsere Umwelt und damit unsere gesamten Existenzgrundlagen aufs Spiel setzen? Wenn wir nicht umdenken, werden uns die Grünen das Fürchten lehren und das Chaos bringen.

Dr. R. Ackermann,
Weinheim

„Wer garantiert mir, daß meine Kunden auch samstags beliefert werden?“ fragte der Unternehmer. „Wir“, antwortete der Kundenberater der Post, „wer sonst?“



Zugestellt
Samstag 13⁰⁰ Uhr
Winkmoosalm



Zugestellt
Samstag 10⁰⁰ Uhr
Hallig Hooge



Eingeliefert
Samstag 9⁰⁰ Uhr
bei Ihrem Postamt

GEBURTSTAGE

Professor Dr. Ernst Wolf, früherer Direktor des Instituts für Arbeitsrecht und ehemaliger Ordinarius für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und Rechtsphilosophie der Universität Marburg, wurde am 26. Oktober 70 Jahre alt. Die Universität würdigte den Wissenschaftler mit einer Festschrift, an der sich in- und ausländische Gelehrte beteiligt hatten. Professor Wolf war während der nationalsozialistischen Zeit zweimal inhaftiert worden. Nach dem Kriege

Anzeige

Wenn die
Konjunktur
für Sie
ein Thema ist:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten:
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-
bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-
datum) zurück zu widerrufen bei:
DIE WELT,
Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30,
2000 Hamburg 36

Bestellchein

Bitte befür Sie mir zum nächstmöglichen
Termin bis auf weiteres die WELT. Der monat-
liche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Ausland
35,00, Luftpostzuschlag auf Anfrage), entgelt-
lich Versand und Zustellkosten sowie Mehrwert-
steuer eingeschlossen.

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beruf: _____

Telefon: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung inner-
halb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen-
ständiglich zu widerrufen bei: DIE WELT,
Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: _____

Personalien

nach einer Lehrtätigkeit an der Universität Frankfurt, erhielt er 1955 einen Ruf nach Marburg. Er wurde unter anderem bekannt durch sein mutiges Eintreten für die Freiheit von Forschung und Lehre. Unter seiner maßgeblichen Mitwirkung entstand 1968 das von 1700 deutschen Hochschullehrern unterschriebene „Marburger Manifest“ gegen die Politisierung der Hochschulen.

Staatsminister a. D. Dr. Rudolf Eberhard, Erster Vorsitzender des Fremdenverkehrsverbandes Franken, wird am 1. November 70 Jahre alt. Der Nürnberger wurde 1957 Staatsminister der Finanzen in der bayerischen Landesregierung. Ein Jahr später avancierte er außerdem zum Stellvertreter des bayerischen Ministerpräsidenten. Zwei Begriffe aus jener Zeit haben in seinem Bereich „Nachkriegsgeschichte“ gemacht: der Eberhard-Plan zur Verbesserung der Finanzkraft und zur Stärkung des Selbstverwaltungsrechtes der bayerischen Gemeinden und die Eberhard-Kommission, die dem Bundesfinanzminister 1971 ihr Gutachten zur Vorbereitung einer umfassenden Steuerreform vorlegte. Mit Eberhards Ernennung zum Präsidenten der Bayerischen Staatsbank begannen 1984 die schwierigen Arbeiten zur Umwandlung dieser Bank in eine Aktiengesellschaft und zur Fusion mit der Bayerischen Vereinsbank. 1954 hatte ihn bereits die Mitgliederversammlung des Fremdenverkehrsverbandes Franken zum Ersten Vorsitzenden gewählt. Dies blieb er bis heute. 1967 wurde er Präsident des Deutschen Fremdenverkehrsverbandes und 1968 Präsident der Deutschen Zentrale für Tourismus. Im Beirat für Tourismusfragen beim Bundesminister für Wirtschaft fungiert Eberhard als gemeinsamer Sprecher aller fünf Spitzenverbände des deutschen Fremdenverkehrs.

DIPLOMATEN

Niels Hansen, der deutsche Bot-

schafter in Israel, gehört zu den wenigen Diplomaten des Auswärtigen Amtes, die auf Auslandsposten aus ihrer musikalischen Talente mit einsetzen können. Botschafter Hansen wurde von dem „Musikinstitut Johann Sebastian Bach“ in Givatjim, einem Vorort von Tel Aviv, zum ersten Flötisten ernannt. Die „Jerusalem Post“ wußte bereits zu berichten, daß der Botschafter am 10. November sein Solisten-Debüt gibt. Auf dem Programm stehen zwei Bach-Sonaten für Flöte und Klavier. Begleitet werden soll Niels Hansen von der israelischen Pianistin Varda Nishri.

ERNENNUNGEN

Ulrich Parsany, Jugendpfarrer, wurde neuer Generalsekretär des Christlichen Vereins Junger Männer (CVJM). Mit 260 000 Mitgliedern ist es der größte christliche Jugendver-



Auf dem Diplomatenparkett nur selten vereint: die Fischer-Brüder in Bonn. Dr. For Fischer, links, geht als Botschafter nach Peking. Dr. Gerhard Fischer, rechts, ist Botschafter in Bern. Zum Wiedersehen kam es beim Empfang, den For Fischer in der Diplomatschule gab. Unter vielen Gästen waren For Fischers Nachfolger im AA, Dr. Werner Ungewitter, Leiter der Abteilung Außenwirtschaftspolitik, Staatssekretär Klaus Bloch, Präsidialrat, und der frühere Staatssekretär Bernd von Staden sowie der SPD-Politiker Egon Bahr. FOTO: SVI KBL

band in Deutschland. Landesbischof Dr. Edward Löhe, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, führte den neuen Generalsekretär in Kassel in sein neues Amt ein. In der Stadt Kassel befindet sich heute die Zentrale des CVJM, der vor 102 Jahren gegründet wurde.

Professor Dr. Johannes Siegrist, Leiter des Instituts für medizinische Soziologie an der Universität Marburg, ist vom Nationalen Gesundheitsinstitut der USA in Washington eingeladen worden, auf der diesjährigen Konferenz der deutsch-amerikanischen Medizin-Studiengesellschaft in Bethesda über seine Forschungsarbeiten sozialer Stress und vorzeitige Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu berichten. Professor Siegrist wird Leiter der internationalen Konferenz der Weltgesundheitsorganisation zum Thema „Soziale Ungleichheit und Gesundheit“. Die Konferenz findet Anfang Dezember in Kopenhagen statt.

Über 18.000 Annahmestellen der Post nehmen Ihre Pakete und Päckchen auch am Samstag an. Und das Tolle für den Empfänger: auch samstags liefert die Post aus. Auf die Airm in 2.000 m Höhe, die kleine Insel, Meilen vorder Küste, und bis ins entlegenste Dorf. Warum? Weil die Post nach wie vor ihrem gemeinwirtschaftlichen Auftrag verpflichtet ist. Und weil sie eine starke, gewachsene Organisation ist – mit umfassendem Service. Nur wer die Wege und vielfältigen

Angebote der Post kennt, kann sie optimal nutzen. Mehr sagt Ihnen gerne unser Kundenberater, wenn Sie uns den Beratungs-Coupon zusenden.



Beratungs-Coupon
Wir wünschen spezielle Beratung für unsere Paketversand.

Thema: _____
Vorgeschlagene Terminangabe: m/d _____
Postort/Nummer: _____
Unserer Anschrift: _____
Straße und Haus-Nr. oder Postfach: _____
Postleitzahl: _____
An die Deutsche Bundespost, PTZ W 23-24,
1000 Berlin 10, 10000 Düsseldorf
4.693.036 BBS

Wir machen Schule. Damit Sie kein Lehrgeld zahlen müssen.

Unser Alter – immerhin bestimmen wir seit 1835 das Geldgeschehen entscheidend mit – ist darauf zurückzuführen, daß wir immer jung geblieben sind. Offen für Ideen und Innovationen, engagiert, flexibel und reaktionsschnell. In dieser Tradition wächst bei der HYPO-BANK heute die Banker-Generation von morgen heran – engagiert und motiviert.

Denn wir helfen unserem Nachwuchs auf die Beine. Mit einem breitgefächerten Ausbildungs- und Schulungsprogramm. Mit Fach- und Führungsseminaren und mit zukunftsweisender Kommunikations- und Informationstechnik.

So machen wir aus schlauen Füchsen alte Hasen. Damit diese sich mit Sachverstand und Ideen um Ihre Probleme kümmern können.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.


Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Hildegard Müller
HYPO-BANK



Handeln die schiitischen Terroristen allein, oder sind sie Instrumente staatlicher Willkür und Macht? In der dritten Folge der Artikelreihe über den Terror der Shia breitet der Autor die Indizien aus, die dafür sprechen, daß die Selbstmordbefehle von Schiitzentren staatlicher Macht ausgehen.

Von ROLF TOPHOVEN

Die internationale Fachwelt wertet die schweren Bombenattentate unter Einsatz von Kamikaze-Tätern gegen die Marines, Paras und Israelis im Herbst letzten Jahres als Schlüsselereignis für die Beteiligung von Regierungen. Denn die Kommandos waren keine Durchschnitsterroristen. Planung, Vorbereitung, Auswahl der Akteure, Ausspähen der Objekte sowie die Durchführung der Operationen grenzen an Professionalismus erster Qualität. Nur mit massiver Hilfe staatlicher Geheimdienste sind Terroristen nach Ansicht von Fachleuten in der Lage, derart brisante Sprengladungen zu basteln. Beim Attentat gegen die Marines in Beirut

Die syrisch-iranische Connection arbeitet nur mit Profis

blies eine 5456 Kilogramm schwere Bombe aus TNT, Hexogen (eine hochexplosive Komponente), verbunden mit einem Gaszylinder zur Erhöhung der Explosionswirkung das Gebäude der Amerikaner in die Luft. Syrien und Iran, so US-Experten, haben die Tat mit vorbereitet. Amerikanische Zeitungen unschreiben die syrisch-iranische „Connection“ sarkastisch mit den Worten: „Die Iraner lehren Religion, die Syrer militärische Kenntnisse!“

Ein Beweisstück für die Beteiligung nationaler Regierungen an der neuen Form des schiitischen Terrorismus sieht Israels Experte Nummer eins, Ariel Merari vom „Center for Strategic Studies“ in Tel Aviv, im Fehlen jeglicher Täterspuren. Für Merari reicht die Stimme am Telefon, die auf eine bisher nicht bekannte Organisation „Islamischer Heiliger Krieg“ als Tätergruppe hinweist, nicht aus. „Terroristen erklären gewöhnlich glaubwürdig ihre Absichten und Ziele. Wenn dies

nicht geschieht, steht meist ein Staat dahinter. Offen können Staaten jedoch ein Attentat in Beirut nicht erklären, denn das wäre der Casus belli.“

Die Beteiligung Teherans an den Aktivitäten des schiitischen Terrorismus begann bereits vor dem Libanonkrieg 1982. Damals entstand eine Gruppe mit dem Namen „Volkstront für die Befreiung des Golfs“. Mitglieder dieses Kadets infiltrierten die Golfstaaten, bauten Sabotage-Zellen auf und verbreiteten Hetzparolen unter den lokalen schiitischen Minderheiten. Die Unterstützung der gegenwärtigen Welle des Shia-Terrors durch Iran wird noch durch andere handfeste Fakten belegt. Während des Libanonkrieges schickte Teheran 1500 „Revolutionsgardisten“ in den Norden des Landes, um an der Seite der PLO und syrischer Verbände gegen Israel zu kämpfen. Nach Kriegsende zogen einige von ihnen wieder ab. Bis heute blieb ein Großteil in der Gegend von Baalbeck. Ihre

Aufgabe im Umfeld der libanesischen Schiiten: Umwandlung der Moscheen in Zentren politischer Agitation, Indoktrination der schiitischen Bevölkerung mit der Ideologie Khomeinis, Ausbildung der Kommandos an Waffen und mit Sprengstoffen, Hilfe bei der Vorbereitung von Anschlägen.

Zahlreiche Mitglieder radikaler schiitischer Gruppen lernten das Handwerk des Terrors bei den Avantgardisten Khomeinis. Umgekehrt leistete die PLO vor ihrer Vertreibung aus Beirut und der Zerschlagung ihrer militärischen Struktur in Südlibanon großzügige Ausbildungshilfe für iranische revolutionäre Gardien. So wurde zum Beispiel jenes Kommando, das 1979 die US-Botschaft in Teheran besetzte und das dortige Personal in eine entwürdigende Geiselhaft nahm, zuvor in Libanon bei der PLO speziell auf diesen Anschlag vorbereitet.

Gravierend ist derzeit auch die aktive Unterstützung schiitischer Ter-

rorguppen in Libanon durch die offizielle Vertretung Irans in Beirut. Erstaunlicherweise machen die „Diplomaten“ dabei kaum Anstalten, ihre terroristische Sponsoraktivität zu verbergen. Israels Truppen in Südlibanon entdeckten zum Beispiel Briefe mit dem Kopf der iranischen Botschaft in Beirut, in denen die Schiiten aufgefordert wurden, den Terror gegen Israels Armee zu forcieren. Die Botschaft Irans in der libanesischen Metropole schickt den Kadern Geld zur Unterstützung der Familien gefangener Schiiten. Witwen getöteter Terroristen erhalten Hilfe aus einem Sonderfonds in Teheran.

Aus Iran kommen via Beirut auch Tonbandkassetten mit ideologischen Propagandaaufrufen und vor allem taktisch-operative Anweisungen für den aktiven Widerstand gegen die israelischen Truppen. Handgranaten, von schiitischen Terroristen gegen Patrouillen und Beobachtungsposten der Armee Israels geschleudert, tragen die Wünsche und Grüße des

Ayatollah aus Teheran. Denn um den äußeren Kern der Handgranaten, die sich in einer Plastikbox befinden, sind Fotos mit dem Konterfei Khomeinis und seinen Segenssprüchen für die Täter gewickelt.

Eine bedeutende Rolle im Kontext des schiitischen Terrors in Südlibanon spielen auch einige religiöse Führer. Wenn die Gläubigen zum Freitagsgebet in die Moscheen strömen, ruft mancher Imam zu den Waffen. Die Predigten dieser Geistlichen rechtfertigen den Terror, segnen die Gewalttäter und übermitteln Grußworte des Ayatollah Khomeini. Bis jetzt sitzen zwei hohe Geistliche aus Südlibanon im Gefangenenlager von Ansar. Bei ihnen fanden die Israelis die operativen Pläne zur Durchführung von Gewaltaktionen. Auch an den notwendigen finanziellen Zuwendungen mangelt es nicht. Der „Schiitische Islamische Rat“ in Iran beschloß, die militanten Glaubensbrüder in Libanon mit jährlich 50 Millionen US-Dollar zu unterstützen.

Die Hilfe, Duldung und Steuerung des Shia-Terrors durch Syrien gewinnt vor allem durch die Tatsache an Glaubwürdigkeit, daß alle Hauptquartiere, Camps und Trainingslager der militanten Khomeini-Anhänger in Libanon im syrisch besetzten und von Syrien kontrollierten Gebiet des Landes liegen. Nichts geschieht dort ohne ausdrückliche Zustimmung der Behörden in Damaskus. Westlichen Geheimdienstberichten zufolge sollen schiitische Terrorkader ihre Anschläge auf Ziele in Libanon in der syrischen Stadt Zabdani, etwa 30 Kilometer nördlich von Damaskus, planen. Dieses Camp diene den Kommandos als logistischer Stützpunkt, von dem aus Waffen, Sprengstoff, aber auch Freiwillige aus dem Iran zu den Nestern des schiitischen Terrors in Libanon geschleust würden.

Als Chefplaner mancher von Schiiten initiierten Terrorangriffe vermuten britische Nachrichtendienste einen Iraner mit dem Decknamen „Abu Musieh“. Dieser, so heißt es, operiere von Baalbeck aus und unterhalte enge Kontakte zu oppositionellen Elementen der Shia in Irak.

Dynamischer Fortschritt durch Spitzentechnik: 190/190 E

Das kompakte Vergnügen, Mercedes zu fahren.



Mit den Automobilen der kompakten Mercedes-Klasse wird das Fahren ein uneingeschränktes Vergnügen. Handliche Beweglichkeit gerade auch in schwierigen Verkehrssituationen. Kurvenstabilität und Geradeauslauf für ein Höchstmaß an aktiver Fahrsicherheit – auch bei flotten Fahren oder wenn Sie einmal schnell reagieren müssen.

Jedesmal, wenn Sie einsteigen, haben Sie Freude an der straffen

Kraftstoffverbrauch 190 E nach Richtlinie 80/1268/EWG bei 90 km/h 6,4 l/100 km (5,8 l), bei 120 km/h 8,3 l/100 km (7,8 l) und im Stadtzyklus 10,3 l/100 km (10,3 l). In Klammern Werte für 5-Gang-Getriebe als Sonderausstattung.

Linie mit dem Strömungsheck. Beim Start erleben Sie die Präsenz

der kraftvollen Motorleistung schon im niedrigen Drehzahlbereich. Und Sie fahren entspannt und sicher durch den vorbildlichen Komfort und die reichliche Bewegungsfreiheit.

Hinter dieser Fülle positiver Ergebnisse steht umfassende und fortschrittliche Spitzentechnik – ausgereifte Innovationen, die für viele Jahre Leitfunktion im Automobilbau haben werden: das revolutionisierende Fahrwerk mit der Raumlenker-Hinterachse, die hochstabile Mercedes-Leichtbauweise, das weiterentwickelte Sicherheits-system und die vorbildliche Aerodynamik.

Getragen wird dieser neueste Stand der Technik durch die klassische Mercedes-Wertschöpfung. Langlebigkeit, Funktionssicherheit, Sparsamkeit, die erstklassige

Betreuungs-Qualität – und nicht zuletzt Spitzenwerte beim Wiederverkauf schaffen diese bisher unerreichte Gesamtwirtschaftlichkeit, die das kompakte Mercedes-Fahren zum langjährigen ungetrübten Vergnügen macht.

Auch das ist technischer Fortschritt bei Mercedes-Benz mit Hilfe der Elektronik: Das erste ausgereifte Anti-Blockier-System (ABS) und der Mercedes-Airbag, die Sie zu jedem Typ unseres Programms bekommen können. Und der Gurtstraffer, der für alle unsere Limousinen serienmäßig ist. Weltweit einzigartiger Beitrag zur Verkehrssicherheit unter dem Zeichen des Sterns, nur möglich durch Nutzung moderner Technik und Elektronik.

Sinn, Wert und echter Fortschritt entscheiden in Zukunft.

☐ Ich bin an einer Probefahrt interessiert und erwarte einen Terminvorschlag.
☐ Senden Sie mir vorab Informationsmaterial über das Mercedes-Pkw-Programm.
☐ Informieren Sie mich über das Privat-/Geschäftsleasing-Angebot.

Name:

Straße/Nr.:

Telefon:

PLZ/Ort:

Bitte senden Sie diesen Coupon an:
Daimler-Benz AG, Abteilung VOM/VP-F
Postfach 202, 7000 Stuttgart 60



Mercedes-Benz.
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Bonn will mehr Qualität an Hochschulen

Fortsetzung von Seite 1

tor - wählen, ist nun sichergestellt, genauso wie die Mitgliedschaft kraft Amtes der Dekane im Akademischen Senat. Bei Berufungen sowie Entscheidungen über Promotion und Habilitation werden künftig also die Professoren eine gesetzlich garantierte Mehrheit haben. Das heißt, daß dann auch nicht mehr - wie in der Vergangenheit mehrfach geschehen - Universitätsleiter gegen den Willen der Professoren von einer bunt zusammengewürfelten Mehrheit aus Studenten, Mittelbau und einzelnen Hochschullehrern gewählt werden können.

Zu den Schwachpunkten des neuen HRG gehört allerdings, daß hier nur vorsichtige Schritte der Reform unternommen werden, wesentliche Bereiche aber ausbleiben und weitgehend unverändert übernommen werden. Zwar ist unter den Bildungspolitikern und Hochschulpraktikern weitgehend unumstritten, daß eine grundlegende Reform der Gruppenuniversität keinen positiven Effekt brächte, sondern statt dessen nur eine langjährige, lähmende Unruhe an den Hochschulen. Aber dies reicht als Begründung nicht dafür aus, daß beispielsweise das Problem der Studienfinanzierung in der Novelle überhaupt nicht angesprochen wird. Dabei weiß die Bildungsministerin, wie sie auch vor wenigen Tagen in einem kleinen Kreis mit Managern in Köln andeutete, daß sie sich dieser Frage annehmen muß. Nach Angaben von Teilnehmern hat sie dabei auch nicht ausgeschlossen, im Zuge einer umfassenden Regelung dieser Frage auch vor dem ebenfalls wettbewerbs- und qualitätssteigernden Mittel von Studiengebühren nicht generell zurückzuschrecken.

Neue Anstöße für gemeinsame Sicherheitspolitik der EG

Kohl und Mitterrand wollen europäischen Einigungsprozeß vorantreiben

B. CONRAD, Bad Kreuznach. Einen wesentlichen Schritt nach vorn in der deutsch-französischen und der europäischen Zusammenarbeit erhofft sich die Bundesregierung von den zweitägigen Konsultationen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand, die gestern nachmittag in Bad Kreuznach begannen. Im Vordergrund der Beratungen steht die Außen- und Sicherheitspolitik, die bisher im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) nur Gegenstand unverbindlicher Konsultationen war und nun auf Wunsch von Paris und Bonn innerhalb der EG auf eine neue Grundlage gestellt werden soll.

Außerdem werden von dem Gipfeltreffen zumindest Vorentscheidungen über europäische Weltraumprojekte und eine Beteiligung an einer amerikanischen Raumstation sowie neue Anstöße zur Förderung des Deutsch- und Französisch-Unterrichts erwartet.

Auf Adenauers Spuren

Mitterrand wurde am Nachmittag vom Bundeskanzler, dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und Landtagspräsidenten Albrecht Martin auf dem Militärluftflughafen Pflersfeld begrüßt. Vor dem Kurhaus in Bad Kreuznach, in dem 1958 der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle den Elysée-Vertrag konzipiert hatten, fand dann der offizielle Empfang mit militärischen Ehren statt. Anschließend setzten sich Kanzler und Staatspräsident zu einem Gespräch unter vier Augen sowie die Fachminister zu Parallelbera-

tungen zusammen. Später traf Kohl auch Premierminister Laurent Fabius. Den Abschluß des ersten Tages bildete ein Bankett im Ovalen Saal des Kurhauses.

Schon vor dem Eintreffen der Chiefs hatten Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner in einer gemeinsamen Beratung mit Außenminister Claude Cheysson und Verteidigungsminister Charles Hernu die Konsultationen eingeleitet. Die vier Minister hatten gerade erst zusammen an der Ministerratssitzung der Westeuropäischen Union (WEU) in Rom teilgenommen. Befriedigt von der dort beschlossenen Stärkung des „europäischen Pfeilers“ der NATO, berieten sie nun über aktuelle zweiseitige sicherheitspolitische Fragen und eine bessere außen- und sicherheitspolitische Koordinierung innerhalb der EG.

Staatssekretär Peter Boenisch hatte zuvor in Bonn darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung und die französische Regierung sich im Wunsch nach europäischer Fortschrittlichkeit auf das Machbare - und das sehen die Außen- und Sicherheitspolitik - konzentrieren wollten. Die deutsch-französischen Beziehungen hätten immer eine gewisse Leitfunktion für neue Anstöße zum europäischen Integrationsprozeß gehabt.

Außer Kohl, Genscher und Wörner nahmen auf deutscher Seite noch Finanzminister Gerhard Stoltenberg, Wirtschaftsminister Martin Bangemann, Forschungsminister Heinz Riesenhuber, Postminister Christian Schwarz-Schilling und die Beauftragte für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Helga Wex, an den Konsultationen teil. Der französische Delegation gehören neben Mit-

terrand, Fabius, Cheysson und Hernu auch die Minister Edith Cresson (Industrie), Roland Dumas (Europa), Pierre Bérégovoy (Finanzen und Wirtschaft), Hubert Curien (Forschung) und Jack Lang (Kultur) an.

Zur Vorbereitung des Gesprächs thematisierte „Zusammenarbeit in Forschung und Technologie“ war der Bundeskanzler am Freitag mit den Ministern Genscher, Riesenhuber, Bangemann, Stoltenberg und Wörner zusammengetroffen.

Gespräch über „Ariane“

Offenbar ist die Bundesregierung bereit, sich an der Weiterentwicklung der Trägersysteme „Ariane“ als möglicher Grundlage für eine eigene europäische Raumfahrt zu beteiligen, plädiert aber auch für die Beteiligung an amerikanischen Weltraumprojekten, um den Anschluß an die Spitzentechnologie zu halten. Bei der Finanzierung gibt es anscheinend noch erhebliche Meinungsunterschiede.

In Bad Kreuznach soll auch über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Großgeräten, dem Bau von Schnellbahnen, über den Airbus, die Entwicklung von Telefonsystemen und Medientagen beraten werden.

Heute vormittag werden die Kreuznacher Konsultationen zunächst im kleinen Kreis und später mit einer Plenarsitzung fortgesetzt. Den Abschluß bildet eine Pressekonferenz. Dann fliegen Kanzler und Staatspräsident nach Koblenz, um der Rückgabe der zuletzt im Pariser Invalidendom verwahrten Kanone „Vogel Greif“ aus dem Jahre 1524 beizuwohnen. Nachmittags verabschiedet Kohl seinen Gast auf dem Militärluftflughafen Pflersfeld.

Scargills Libyen-Kontakte stoßen auf heftige Kritik

Das Treffen mit Khadafi kann zur Wende im Streik führen

WILHELM FURLER, London

Die Empörung über die am Wochenende bekannt gewordenen Kontakte und Treffen zwischen der Führungsspitze der britischen Bergleute-Gewerkschaft NUM und dem libyschen Regime mit Staatschef Khadafi schlägt immer höhere Wellen. Beobachter glauben bereits, daß diese Affäre der Führung der Bergarbeiter-Gewerkschaft unter dem linksradikalen Scargill denart schaden wird, daß es möglicherweise schon bald zu einem Ende des langen Kohlestreiks kommen könnte.

Entsetzt über das Treffen des NUM-Chefs Scargill mit einem vertrauten Khadafis, der vom französischen Geheimdienst als „Zahlmeister des Regimes“ bezeichnet wird, sowie über das Treffen eines Top-NUM-Funktionärs mit Khadafi selbst zeigen viele Teile der Bevölkerung sowie Kabinettsmitglieder und Politiker der gemäßigten Parteien. Auch die führenden Politiker der Labour Opposition und Gewerkschaftsfunktionäre haben das Vorgehen von Scargill und Windsor, dem Hauptgeschäftsführer der NUM, inzwischen scharf verurteilt.

Als besonders empörend und beschämend empfanden die Briten Fernsehbilder, auf denen die Begrüßung von Windsor durch Staatschef Khadafi und dabei lange Umarmungen und Verbrüderungen der beiden festgehalten wurden. Diese Aufzeichnungen des libyschen Fernsehens aus Tripolis wurden am Sonntagabend vom britischen Fernsehen ausgestrahlt.

Noch immer stehen die Briten unter dem Eindruck der Ereignisse vor sechs Monaten, als aus den Räumen der libyschen Volksvertretung im Herzen Londons die junge Polizeibeamtin Yvonne Fletcher erschossen worden war, weil auf dem Platz vor dem Gebäude eine kleine Gruppe gegen das Khadafi-Regime demonstriert hatte. Seitdem sind die politischen Beziehungen zwischen London und Tripolis abgebrochen.

Die Bestätigung über die beiden Treffen der Führung der Bergarbeiter-Gewerkschaft mit Oberst Khadafi und dessen Vertrauten ist vor allem bei führenden Vertretern der britischen Gewerkschaftsbewegung auf

Wut und Empörung gestoßen. Über die beiden Reisen - Scargill und Windsor am 8. Oktober nach Paris, Windsor am 22. Oktober nach Tripolis - ist nicht einer von ihnen vorab informiert worden. Die Mehrheit steht voll hinter den Worten von Oppositionsführer Kinnock, der die Idee der Bergleute, vom „niederrichtigen“ Regime Libyens möglicherweise Geld angeboten zu bekommen, als eine Beleidigung gegen alles bezeichnet hatte, wofür die britische Gewerkschaftsbewegung einstehe.

Obwohl Scargill inzwischen mehrfach versichert hat, daß seine Gewerkschaft finanzielle Hilfe aus Libyen weder erhalten noch darum gebeten habe, werden diese Beziehungen zu Tripolis von hohen Gewerkschaftsfunktionären wie David Bassett als „äußerst töricht und für das Ansehen der Gewerkschaftsbewegung sehr schädlich“ bezeichnet. Schon heißt es, daß jetzt der Druck auf die Bergarbeiter-Gewerkschaft von Seiten vieler Gewerkschaften wachsen wird, endlich den Konzeptionen zur Beendigung des achtmonatigen Kohlestreiks zuzustimmen.

Bassett soll sogar behauptet haben, daß sich Windsors Freitagsnachmittag in Tripolis als „leueste und folgenschwerste Reise eines Gewerkschaftsfunktionärs seit langer Zeit“ herausstellen werde. Denkbar ist, daß die oberste Führungsspitze des Gewerkschaftsdachverbandes TUC aufgrund der jüngsten Vorkommnisse zusammentritt und selbst einen akzeptablen Kompromiß zur Beendigung des Kohlestreiks ausarbeitet.

Zwar könnten Scargill und seine Funktionäre nicht zu einer Annahme gezwungen werden, aber an einer Forderung der TUC-Spitze, eine Urabstimmung unter den Bergleuten über einen solchen neuen Kompromiß abhalten zu lassen, kämen sie wohl nicht vorbei.

Energieminister Walker wurde gestern im Unterhaus zu den Libyen-Kontakten der Bergleute-Gewerkschaft befragt. Nach Ansicht des Ministers hat die Gewerkschaft von Scargill einen schweren Fehler begangen. „Sie müssen einen Mann immer an seinen Freunden messen“, meinte er.

KPF: Moskau verhielt sich „unkorrekt“

v. K. Paris

Das magere Ergebnis des von der KPF und ihrer Gewerkschaft CGT organisierten „Friedensmarsches“ am Sonntag in Paris sowie die „unkorrekte“ Haltung der KPDSU im Fall Abouchar werden auf der zweitägigen Sonderkonferenz des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs zur Sprache kommen, die sich seit gestern mit der Vorbereitung des 25. Parteitag im kommenden Frühjahr befaßt. Zu beiden Aspekten haben sich im Vorfeld der 25. Sitzung führende Kommunisten kritisch zu Wort gemeldet.

Zu dem offiziell vom „Appell der Hundert“, einer Vereinigung von Pazifisten aus Kultur, Politik und Wissenschaft, einberufenen Friedensmarsch hatten sich bei regem Interesse am Sonntag nur etwa 20 000 Menschen im Osten der Hauptstadt versammelt. Die Zahl weicht weit unter den Erwartungen der kommunistischen Parteiführung, die noch im Vorjahr mit gut 80 000 Teilnehmern bei einer ähnlichen Veranstaltung in Ostparís ein weithin beachtetes Ergebnis erzielt hatte. Diesmal blieben Kommunisten und Gewerkschafter unter sich, ihr Umzug verlief durch leere Straßen.

Ausgesprochen erbot haben Frankreichs Kommunisten auf die Tatsache reagiert, daß der aus afghanischer Haft freigelassene Fernsehjournalist Abouchar seine Freiheit jetzt ganz offensichtlich sojwjetischem Betreiben zu verdanken hat, während die KPF sich in ihren Protesten ausschließlich an die afghanische Bruderpartei gehalten hatte. „Die KPDSU hat sich in diesem Fall unkorrekt benommen“, sagt Politbüro-Mitglied Maxime Gresset. Die Sache werde beim nächsten Treffen mit sojwjetischen Genossen mit Sicherheit zur Sprache kommen.

Kampagne erfolglos

JGG, Bonn

Die auf Hochtour laufenden Kampagne Warschau gegen die Bundesregierung findet bei der Bevölkerung offensichtlich nur geringe Beachtung. So schlägt das Organ der polnischen Nationaldemokraten („Gesellschaftsordnung“) Alarm: „Es ist geradezu überaus bedauerlich, daß viele Polen geneigt sind, die deutsche Bedrohung zu minimalisieren“. Argumentiert werde mit dem Hinweis, daß nur „die ganze Generation“ sowie „ein geringer Teil der Umsiedler“ in der Bundesrepublik Deutschland Grenzfordernungen an Polen stellen. „Das ist eine gefährliche Illusion, mit der man sich das Weltbild je nach Wunsch und Sympathie gestaltet“, schreibt das Blatt. Und zu dieser Einstellung hätten nicht nur die Gesandtschaften aus der Bundesrepublik, sondern auch Äußerungen des Regimekritikers, Jan Jozef Lipiński, beigetragen. Lipiński hatte in Beiträgen für westliche Presseorgane geschrieben, aus innenpolitischen Gründen sei die „Revanchismus“-Kampagne Warschaus inszeniert worden.

Gomulka-Vertrauter Pilichowski tot

JGG, Bonn

Der Vorsitzende der „Hauptkommission für die Erforschung von NS-Verbrechen in Polen“, Czesław Pilichowski, ist im Alter von 70 Jahren gestorben. Das KP-Organ „Trybuna Ludu“ hebt in einem langen Nachruf hervor, daß Pilichowski bereits vor dem Krieg eine gewichtige Rolle in polnischen Organisationen spielte, die die Annexion Schlesiens und Ostpreußens vorbereiteten. Später wurde er Mitglied der KP und Mitarbeiter des „Ministeriums für die wiedergewonnenen Gebiete“ unter Wladyslaw Gomulka.

„Nie Geld von Flick bekommen“

ns, Bonn

Der SPD-Politiker Karl Wienand hat gegenüber der WELT erklärt, er habe kein Geld vom Flick-Konzern bekommen. In der Liste des früheren Chefbuchhalters von Flick, Diehl, war unter dem Namen von Wienand ein Betrag von 40 000 Mark aufgeführt. Wienand sagte, er „habe nie Geld von Flick bekommen“. Dies habe ihm das Unternehmen in einem Brief im Herbst 1962 bestätigt.

Heereman wiedergewählt

AP, Bremen

Konstantin Freiherr Heereman ist gestern in Bremen einstimmig in seinem Amt als Präsident des Deutschen Bauernverbandes bestätigt worden. Alle 257 abgegebenen Stimmen der Delegierten wurden für Heereman abgegeben. Heereman steht seit 1960 an der Spitze des Verbandes.

Kritik am Weltkirchenrat

„Blind für Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa“

Ida, London

Mangelndes Eintreten für die Menschenrechte in Osteuropa hat der Leiter des englischen Östlichen Forschungsinstitutes „Keston College“, Pfarrer Michael Bourdeaux (Keston bei London), dem Weltkirchenrat vorgeworfen. In einer Rede vor dem königlichen Institut für internationale Angelegenheiten in London wies Bourdeaux gestern darauf hin, daß seit der Aufnahme der russisch-orthodoxen Kirche in die ökumenische Organisation die Kritik an der Christenverfolgung in der Sowjetunion allmählich verstummt sei.

Seit 1963 seien nur noch Maßnahmen getroffen worden, die „in voller Übereinstimmung mit der sowjetischen Außenpolitik“ stünden, sagte Bourdeaux. So kammere das Antirassismus-Programm des Weltkirchenrates die Unterdrückung sojwjetischer Minderheiten, etwa der Juden, bewußt aus. Die Vertreter aus der UdSSR im Zentralkomitee des Weltkirchenrates hätten gegen jedes gemeinsame und öffentliche Eintreten für die Menschenrechte im Ostblock ihr Veto eingelegt“, Bourdeaux hält die Weltkirchenrats-Politik gegenüber der Sowjetunion für gescheitert. Sie habe die anderen Mitgliedskirchen im Blick auf die wirkliche Situation sojwjetischer Christen „in

die Irre geführt“. Der Pfarrer tritt demgegenüber dafür ein, daß der Weltkirchenrat ein eventuelles Ausschneiden der offiziellen russisch-orthodoxen Vertreter in Kauf nehmen sollte, um gemäß seiner eigenen Richtlinien auch die osteuropäischen Christen „moralisch, materiell und politisch“ zu unterstützen. Bourdeaux: „Dieser Kurs würde sich in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Gläubigen in Osteuropa befinden und das Auftreten ihrer Vertreter gegenüber der Regierung stärken.“

Nach Bourdeaux Worten besteht in Osteuropa unterhalb des kirchlichen Überbaus, der mit den Regimen kollaboriere, ähnlich wie im Dritten Reich in Deutschland eine „bekenkende Kirche“. Wenn man jede Möglichkeit nutze, um Beziehungen mit ihr zu pflegen, wäre dies - so Bourdeaux - „der Weg zu echtem Frieden“. Allein die daraus resultierende Publizität würde Druck auf die Sowjetregierung ausüben, so daß sie Liberalisierungs-Maßnahmen treffen müßte.

Pfarrer Bourdeaux ist in diesem Jahr Träger des angesehenen „Templeton-Preises für Fortschritte in der Religion“. Nach Angaben seines Instituts sind in der Sowjetunion zur Zeit 338 Personen aus religiösen Gründen in Haft.

Neue Kontakte in Korea

Nach langer Pause wieder Gespräche über humanitäre Fragen

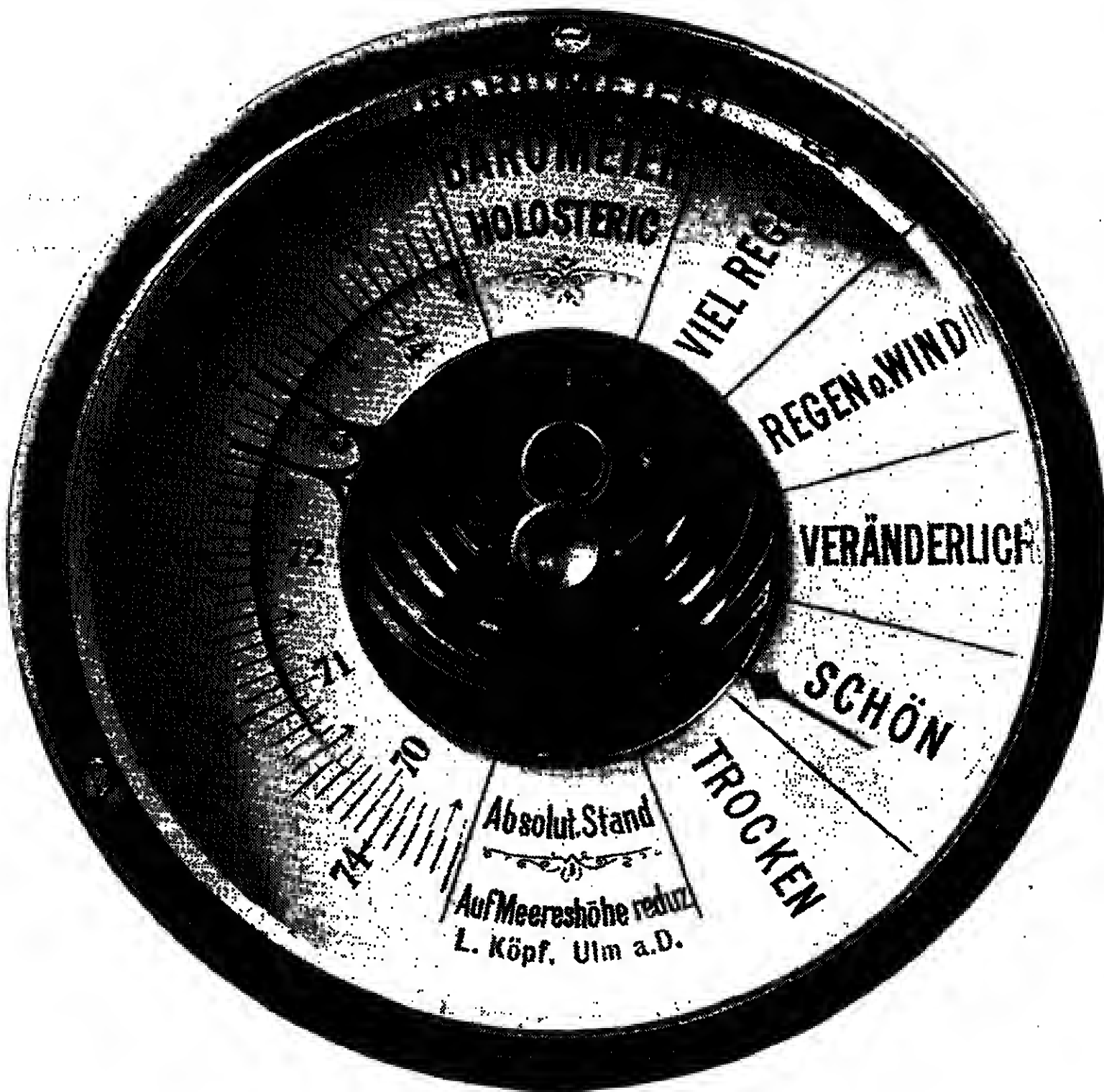
DW, Pjöngjang

Nordkorea hat sich nach einer Pause von elf Jahren jetzt zur Wiederaufnahme der Gespräche über humanitäre Fragen mit Südkorea bereit erklärt. Als Termin für einen ersten vorbereitenden Kontakt, bei dem Themen und der weitere Fahrplan festgelegt werden sollen, hat der Staatsrat der Radio Pjöngjang gestern den 20. November vorgeschlagen. Die Verhandlungen sollen von den Vertretern des Roten Kreuzes beider Staaten geführt werden. Damit verstärken sich Hinweise darauf, daß beide Seiten an einer Entspannung interessiert sind.

Eine erste Serie von Gesprächen unter der Federführung des Roten Kreuzes hatte es in den Jahren 1972 und 1973 in Pjöngjang und Seoul gegeben. Hauptthema war damals die Familienzusammenführung auf der geteilten Halbinsel gewesen. Etwa zehn Millionen Menschen sind im Zweiten Weltkrieg und später im Korea-Krieg von ihren Verwandten getrennt worden. Ihre Zusammenführung dürfte auch jetzt im Mittelpunkt der angekündigten neuen Gespräche stehen. Vor elf Jahren hatte sich Nordkorea aus politischen Gründen vom Konferenzstisch zurückgezogen. Auch auf anderen politischen Ebe-

nen wollen beide Staaten die Kontakte wieder intensivieren. Für den 15. November ist ein erstes Gespräch über die Möglichkeiten zur Aufnahme von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen vereinbart worden. Noch vor zwei Monaten war eine solche, vom südkoreanischen Staatschef Chun Doo-Hwan gegebene Anregung von Nordkorea scharf abgelehnt worden. Die jetzt gegebene Zustimmung deutet auf einen Stimmungsumschwung der kommunistischen Regierung in Pjöngjang hin - offensichtlich haben sich zur Zeit dort jene Politiker durchgesetzt, die für eine entspanntere Atmosphäre auf der Halbinsel plädieren.

Ein erstes hoffnungsvolles Signal hatte es Ende September gegeben, als Nordkorea Hilfsgüter für die Opfer der Flutkatastrophe in Südkorea zur Verfügung stellte. Unbestätigt sind bislang allerdings Meldungen geblieben, wonach es auch Geheimgespräche über die Bedingungen für eine Teilnahme Nordkoreas an den Olympischen Sommerspielen 1988 in Südkorea geben soll. Allerdings gab es in der vergangenen Woche in Peking am Rande einer internationalen Sportkonferenz eine Begegnung zwischen nord- und südkoreanischen Sportfunktionären.



Investitionskredite sind unser Beitrag zu einem besseren Konjunkturklima.

Ihr Berater empfiehlt:

Der dauerhafte Erfolg ist oft auch eine Frage der richtigen Finanzierung. Deshalb brauchen Unternehmer einen starken und erfahrenen Geldgeber. Sprechen Sie mit uns.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse



Wichtige Reform

J. Sch. (Paris) - Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Bergeyovoy nutzt jede Gelegenheit, sein liberales Image zu festigen. Nachdem er die Devisenkontrollen stärker gelockert hatte, als dies sein Amtsvorgänger Delors wagen wollte, kündigte er jetzt die Liberalisierung der quantitativen Kreditbeschränkungen an.

Der Zeitpunkt dafür ist günstig. Denn zum ersten Mal seit Einführung dieses Systems vor 12 Jahren können die Banken die ihnen beibehaltenen Kreditkontingente nicht mehr voll nutzen. Wegen der schlechten Konjunktur, aber auch deshalb, weil die Unternehmen ihre Selbstfinanzierung verbessert haben, hat sich die Kreditnachfrage zurückgebildet. Das kann sich allerdings wieder ändern.

Damit kommt der Reform grundsätzliche Bedeutung zu. Sie soll vor allem den Wettbewerb zwischen den Banken fördern. Bisher machten sie sich wenig Konkurrenz, weil sie über ihre voll ausgenutzten Kontingente keine neuen Kredite bereitstellen konnten.

Nun will Bergeyovoy die Kreditentwicklung durch ein neues, an den verteilten Krediten ausgerichtete Mindestreservesystem kontrollieren. Wie dieses aussehen wird, bleibt noch abzuwarten. Im-

merhin beweist Bergeyovoy mit dieser Reform Mut. Der Lohn dafür könnte in einer Kreditverbilligung bestehen, die nach dem derzeitigen System nicht zu erwarten wäre. Allerdings bedarf es dazu auch einer weiteren Reduzierung der Inflationsrate. In dieser Beziehung stehen die konkurrenzfördernden Maßnahmen noch aus.

Lose Milch

hät. - Trotz aller Rückbesinnung auf nostalgische Vertriebsformen, die bundesdeutschen Verbraucher halten nicht viel von lose verkaufter Milch. Auch Appelle an die Vernunft, hier doch überflüssige Verpackung einzusparen, haben bisher wenig gefruchtet, ebenso wenig wie die vereinzelt eingeführte von Milch-Selbstverpackungen. Wie nämlich die Absatzstatistik der Landesvereinigungen der Milchwirtschaft in Nordrhein-Westfalen deutlich macht, wurden in diesem Bundesland im ersten Halbjahr 1984 nur noch 5,2 Prozent aller Konsummilch los verkauft, noch weniger als die 5,7 Prozent des Vorjahres. Zu Beginn der sechziger Jahre waren es immerhin noch mehr als 41 Prozent. Der Unterschied zwischen Theorie und Praxis im Verbraucherverhalten wird damit wieder einmal sehr deutlich. Gewisse Parallelen im Verhalten zum Auto und zu Geschwindigkeitsbeschränkungen sind dabei sicher nicht zufällig.

Luftfahrt im Aufwind

Von GERD BRÜGGEMANN

Die internationale Luftfahrt hat Aufwind. Seit Mitte des vergangenen Jahres wachsen nicht nur Passagierzahlen und Frachtmengen, auch die Erträge haben sich so verbessert, daß die Branche zum ersten Mal seit 1979 wieder einen Gewinn vorzeigen kann. Damit geht eine fünfjährige Rezessionsphase zu Ende, während der die internationale Luftfahrt in finanzielle und verkehrspolitische Turbulenzen geriet, deren Folgen noch lange nachwirken werden.

Wie aus dem Rechenschaftsbericht der International Air Transport Association (IATA) hervorgeht, der gegenwärtig auf der 40. Generalversammlung des Verbandes in Montreal diskutiert wird, stiegen die Verkehrslösungen 1984 gegenüber dem Vorjahr um knapp zehn Prozent. Das ist erheblich mehr, als noch vor einigen Monaten für möglich gehalten wurde.

Auch die Ladefaktoren sind deutlich erhöht und das Frachtergebnis zweistellig zuwachsen aufweist, hat sich die Lage des Luftverkehrs deutlich gebessert, ohne daß Passagiere und Verleger mit höheren Preisen dazu beitragen mußten. Bei der IATA besteht Hoffnung, daß sich diese Entwicklung in nächsten und möglicherweise auch noch im übernächsten Jahr fortsetzen wird.

Über die Lage der einzelnen Fluggesellschaften geben solche Globalzahlen natürlich keine Auskunft. Während einige Unternehmen wie etwa Lufthansa oder Swissair die Jahre des Niedergangs relativ unangefochten überstanden, haben andere trotz gestiegener Nachfrage und höherer Erträge unverändert mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

Es wird geraume Zeit dauern, bis in den Bilanzen der Fluggesellschaften wieder normale Relationen hergestellt sind. In den langen Rezessionsjahren hat sich eine Gesamtverschuldung von mehr als zehn Milliarden Dollar aufgebaut, die jährliche Zinsleistungen von 1,8 Milliarden Dollar erfordert.

Trotz erheblich verbesserter Verkehrsergebnisse bleibt die wirtschaftliche Basis des Luftverkehrs mithin anfällig. Geringe Veränderungen in Kapazitäten, Kosten und Erträgen können die Lage sofort verändern. Die Luftfahrtindustrie verdient nicht annähernd genug, um neben der Kostendeckung auch noch genügend Mittel für dringend notwendige Investitionen, vor allem für

die Flottenerneuerung bereitzustellen", sagt Knut Hammarskjöld, langjähriger IATA-Generaldirektor, der Mitte 1985 aus dem Amt scheidet. Gute Aussichten, der Nachfolger zu werden, hat Lufthansa-Verkaufsvorstand Günter Eser.

Die IATA schätzt den Investitionsbedarf ihrer 134 Mitglieder im Jahrzehnt bis 1995 auf 150 bis 200 Milliarden Dollar. Die Rezessionsjahre haben neben der Gefährdung der wirtschaftlichen Grundlage auch den Trend zur Desintegration des Weltluftverkehrs verstärkt, der zuerst zu Beginn der siebziger Jahre sichtbar wurde, als durch die Einführung der Großraumflugzeuge plötzlich erhebliche Überkapazitäten entstanden.

Dadurch kam es auf wichtigen Verkehrsgebieten zu einem Tarifchaos, in dem die Ordnungsfunktion, die die IATA bis dahin ausgeübt hatte, unterging. Tatsächlich ist der Verband nie das böse Preiskartell gewesen, als das er immer denunziert wurde; seine Existenz hat vielmehr einen weltweit integrierten Luftverkehr erst ermöglicht.

Zwar gewann die IATA gerade in dieser Zeit eine ganze Reihe neuer Mitglieder, aber immer mehr Regierungen, offenbar veranlaßt durch die Fluggesellschaften, suchten sich den Unbilden der Zeitläufe durch nationale und bilaterale Vereinbarungen zu entziehen. Daneben gab und gibt es immer wieder Versuche, regionale Interessen auch regional zu lösen.

Es liegt auf der Hand, daß dadurch der Linienluftverkehr insgesamt gefährdet wird. Er kann auf Dauer nur funktionieren, wenn er multilateral organisiert ist. Wer sich davon abschließt, mag kurzfristig gewinnen. Aber schon auf mittlere Sicht wird ein System bedroht, ohne das internationale Luftverkehr nicht gehen kann.

Es besteht Hoffnung, daß die Besserung der wirtschaftlichen Lage den Druck von den Unternehmen nimmt, sich durch Alleingänge vermeintliche Vorteile zu verschaffen. Aber mehr als eine Hoffnung ist es vorerst nicht. Die Erholungsphase muß schon lang und nachhaltig sein, um den Verfall der Sitten im internationalen Luftverkehr aufzuhalten und zu geordneten Regeln zurückzuführen. Den Nutzen hätten Fluggesellschaften und Passagiere.

WELTSPARTAG / Sparkassen-Präsident rechnet mit weiteren Zinssenkungen

Geiger sieht Konjunktorentwicklung optimistischer als Forschungsinstitute

Sparkassen-Präsident Helmut Geiger schätzt die konjunkturelle Entwicklung optimistischer ein als die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. Er rechnet mit einer Fortsetzung des Wachstumsprozesses 1985 in einer ähnlichen Größenordnung wie in diesem Jahr. Im Hinblick auf 1986 hält er jedoch eine umfangreichere Steuerreform für notwendig als jene, die von der Bundesregierung geplant ist. Weitere Zinssenkungen seien wahrscheinlich.

Aus Anlaß des 60. Weltspartages wies der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, in Bonn darauf hin, daß die Wirtschaftsinstitute in ihrem Herbstgutachten, in dem sie für das nächste Jahr mit einem Wachstum von zwei Prozent rechnen, die konjunkturelle Entwicklung „etwas zu pessimistisch“ einschätzen. Zwar gebe es gewisse Risiken, wie die sich abflachende Baukonjunktur und die nachlassende Dynamik in den USA. Trotzdem seien die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen günstig.

„Aufgrund der relativ guten Ertragslage der Unternehmen, der günstigen Refinanzierungsbedingungen, der zunehmenden Technologieimpulse und dem Zwang zu weiteren Rationalisierungsinvestitionen kann mit einer anziehenden Investitionskonjunktur gerechnet werden“, meinte Geiger. Der deutsche Stabilitätsvorsprung und die Abwertung der Mark gegenüber dem Dollar hätten zudem die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessert. Daher dürfe die Exportdynamik dieses Jahres 1985 nicht wesentlich abschwächen, zumal da die westeuropäischen Länder, in die der größte Teil der deutschen Ausfuhr fließt, in der Konjunktur stabilisierend nachhaken und auch im nächsten Jahr für Produkte aus der Bundesrepublik aufnahmefähig bleiben.

Die wirtschaftliche Entwicklung 1985 könne sich in einem weitgehend störungsfreien Umfeld vollziehen: niedrige Preissteigerungsrate, geringerer Anstieg der öffentlichen Ausgaben, normalisiertes Zinsniveau. Dies werde den unternehmerischen Kreditbedarf begrenzen; hinzu komme der sinkende Kapitalbedarf am Wohnungsmarkt. Demgegenüber dürfe das Kapitalangebot, das weit überwiegend aus der Ersparnisbildung der privaten Haushalte stammt, bei einer leichten Zunahme der Reallohn kommen und unter der Voraussetzung einer etwa gleichbleibenden Sparquote das diesjährige Niveau leicht überschreiten. „Für das kommende Jahr ist mit einer weiter entspannten monetären Situation zu rechnen“, betonte Geiger.

Sorge bereite der hohe Dollar-Kurs, weil dadurch falsche Kapazitäten aufgebaut werden und sich eine Verzerrung der Unternehmensstruk-

tur entwickeln könnte. Belastend wirke auch die Unsicherheit in der Bauwirtschaft. Das Auslaufen der Investitionsrücklage und der Umsatzsteueroption bei Baubereitmodellen habe bereits zu einer sinkenden Bau-nachfrage geführt. Deshalb sei eine Neuordnung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die eigengenutzten Wohnungen besonders dringlich.

Unter dem Strich seien die Aussichten für 1985 noch relativ gut. Die Wirtschaftspolitik müsse sich jedoch bereits an den Entwicklungslinien für 1986 orientieren, wenn sich die weltwirtschaftliche Expansion abschwächen sollte. Geiger hält daher eine umfangreichere Steuerreform, als die von der Bundesregierung geplante, zum 1. Januar 1986 für notwendig.

Privatpersonen hätten in den ersten neun Monaten 1984 5,8 Milliarden Mark bei den Sparkassen gespart, verglichen mit einem Rückgang der Ersparnisbildung um 1,8 Milliarden Mark bei den Sparkassen, wovon rund zehn Milliarden auf Zinssparungen entfallen dürften. Die gesamte Ersparnis in der Bundesrepublik veranschlagt Geiger in diesem Jahr auf 143 Milliarden Mark, fünf Prozent mehr als 1983. Dadurch dürfe die Sparquote von 12,5 auf 12,7 Prozent steigen.

AUF EIN WORT



„Auch wenn die Wirtschaft wenig Zeit zu verlieren hat, sollte sie den Erwartungshorizont für eine grundlegende Wende in der Wirtschaftspolitik nicht zu hoch ansetzen. Es braucht eben seine Zeit, den geschaffenen Beton der Inflexibilität demokratisch aufzubrechen. Jedenfalls hat die Wirtschaft wieder ihren Stellenwert, wenn nicht sogar Priorität.“

Gustav G. Hebold, Präsident der Industrie- und Handelskammer Stade. FOTO: DIE WELT

Türkei will privatisieren

VWD, Istanbul

Die türkische Regierung unter Turgut Özalp wird ab Anfang kommenden Jahres insgesamt 263 Staatsunternehmen, darunter 40 Großbetriebe, privatisieren. Dies wird der öffentlichen Hand voraussichtlich Sondereinnahmen von rund drei Mrd. Dollar bringen und zu einer Wiederbelebung des türkischen Wertpapiermarktes führen, der noch immer am Kollaps von Hunderten von Brokerfirmen vor drei Jahren laboriert. Zu den zu privatisierenden Unternehmen zählen Turkish Airlines, Turkish Petroleum Co., die Eisenbahn, die Tee-, die Kohle- sowie die Post-, Telegraf und Telefon-Administration.

KAPITALMARKT

Christians sieht Chancen für gutes Börsenjahr 1985

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Allmählich steigende Gewinne haben den deutschen Unternehmen wieder bessere Möglichkeiten der Selbstfinanzierung gebracht, so F. Wilhelm Christians (Deutsche Bank), Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Wertpapiersparen mbH (DWS), Frankfurt. Es bestehe aber die Gefahr, daß im Aufschwung das Problem der zu geringen Eigenkapitalausstattung vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen zu schnell wieder vergessen werde.

Ein wichtiges Mittel zur Verbesserung der Situation sei nach wie vor der Gang an die Börse. Er sollte keineswegs als kurzfristige Moderscheinung betrachtet werden. Im Gegenteil: Die Entwicklung, die 1983 mit 12 Emissionen begonnen und sich in diesem Jahr mit einer gewachsenen Zahl fortgesetzt habe, dürfe nicht abreißen. Christians: „Diese

Aufgabe wird uns noch Jahre beschäftigen halten.“

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein gutes Aktien- und Rentenjahr 1985 sind nach Einschätzung des Deutschen Bank-Sprechers gegeben. Der derzeitige Konjunkturzyklus zeige - nicht zuletzt als Folge der Streiks im ersten Halbjahr - keine Neigung zum Überhitzen, benötige also auch keine Konjunkturbremse. Der ruhige Verlauf, begleitet von niedrigen Inflationsraten und einer soliden Haushaltspolitik, erbreite die Aussicht auf einen weiteren Zinsrückgang.

Der Aktienmarkt profitiere allerdings nicht nur von der höheren Kaufbereitschaft vor allem ausländischer Anleger im Gefolge der Zinssenkungserwartungen wie auch der Dollarspekulation, sondern wesentlich auch von einer lebhaften Inlandsnachfrage, nicht zuletzt vom regen Interesse breiter Kreise an den Neuemissionen.

AGRARWIRTSCHAFT

Genscher fordert höhere Subventionen für Bauern

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundesaussenminister Hans-Dietrich Genscher fordert höhere Subventionen für die Bauern. Nur so könnten die Härten beseitigt werden, betonte er in zahlreichen Rundfunkinterviews, die durch die Quotenregelung entstanden sind.

Dabei machte er noch einmal seine Bedenken gegen die Garantierungsgenossenschaft, wie die Kontingentierung offiziell genannt wird, geltend. Diese Regelung sei von der CDU/CSU und dem Deutschen Bauernverband durchgesetzt worden. Die FDP hatte sich für eine differenzierte Erzeugermitverantwortung eingesetzt. Allerdings war die Partei mit ihren Vorstellungen gescheitert. Marktwirtschaftlich wäre dies jedoch der richtige - und gerade für die bäuerlichen Familienbetriebe und geringeren Einkommen vorteilhafte - Weg gewesen, meinte Genscher.

Die Entscheidung sei nach einer

Anhörung des Bauernverbandes und seiner Landesverbände im Kanzleramt gefällig. Jetzt gehe es darum, aus der Entscheidung das Beste zu machen. Es werde notwendig sein, sich auf Hilfen zu verständigen, die vor allem den Familienbetrieben im unteren Einkommensbereich zugute kommen. Über die Höhe der Hilfen sagte Genscher noch nichts.

Gleichzeitig wandte sich Genscher entschieden gegen den Erblast-Vorwurf der Union. Denn er könne sich nach an Aussprachen im Bundestag erinnern, in denen der frühere Landwirtschaftsminister Josef Ertl (FDP) von der CDU/CSU dafür gerügt wurde, weil er die Entwicklung innerhalb der EG in Grenzen halten wollte. Genscher begründete seine Kritik damit, daß Unionspartner damals mehr verlangt hätten und nicht weniger. Mit anderen Worten: „Der Vorwurf an Josef Ertl ist unbegründet.“

INSTITUT DER WIRTSCHAFT

Patent- und Lizenzverkehr: Bundesrepublik holt auf

HEINZ HECK, Bonn

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat davor gewarnt, aus dem Defizit in der deutschen Patent- und Lizenzbilanz unmittelbare Rückschlüsse auf die technologische Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu ziehen. Denn die Bilanz erfasse ausschließlich den entgeltlichen Teil des Patent- und Lizenzhandels, berücksichtige also nicht den Know-how-Export, der durch die Ausfuhr technologieintensiver Produkte und Anlagen sowie durch Direktinvestitionen und Ausbildungsmaßnahmen zustande komme.

Während das Defizit der Patent- und Lizenzbilanz der Bundesrepublik 1983 rund 1,5 Milliarden Mark betrage, ergebe sich „bereinigt“ (ohne Unternehmen mit maßgeblicher ausländischer Kapitalbeteiligung) sogar ein Überschuss von 577 Millionen Mark.

Der Umsatz der deutschen Patent- und Lizenzbilanz hat mit 4,5 Milliarden Mark (1983) nur einen unbedeutenden Anteil am gesamten Dienstleistungsumsatz von rund 248 Milliarden Mark in der Zahlungsbilanzstatistik. Dennoch werde diese Teilbilanz „mit großer Aufmerksamkeit beobachtet“, da sie häufig als Indikator technologischer Leistungsfähigkeit interpretiert werde. Die Einnahmen sind seit 1973 mit 9,7 Prozent im Jahresdurchschnitt deutlich stärker gewachsen als die Ausgaben mit 6,2 Prozent. Diese stetige Entwicklung habe das relative Defizit im deutschen

Know-how-Handel spürbar verbessert, und die Defizitquote (also das Bilanzdefizit als Anteil des Patent- und Lizenzumsatzes) sei von 47 Prozent 1973 auf rund 33 Prozent 1983 zurückgegangen. Das Institut werte diese Tendenz als „ein deutliches Zeichen dafür, daß die Bundesrepublik als Vergabeland von Patenten und Lizenzen an Gewicht gewonnen hat“.

Es überrascht, daß Japan nicht unter den fünf wichtigsten „Lieferanten“ im Know-how-Geschäft mit der Bundesrepublik erscheint: Rund 92 Prozent der Ausgaben für Patente und Lizenzen entfielen 1983 auf die USA (56,3 Prozent), die Schweiz (17,3), die Niederlande (11,6), Frankreich (4,6) und Großbritannien (2,3).

Japan ist mit Ausgaben von 4,3 Milliarden Mark der weltweit größte Importeur von Patenten und Lizenzen. Seine Know-how-Bilanz schloß 1982 mit einem Fehlbetrag von 2,9 Milliarden Mark. Auf Platz zwei folgt die Bundesrepublik mit Ausgaben von 3,0 Milliarden, gefolgt von Italien und Frankreich.

Mit Abstand größter Exporteur sind die USA mit Einnahmen von knapp 19,6 Milliarden Mark, denen nur Ausgaben von rund 1,4 Milliarden gegenüberstehen, so daß sich 1983 ein Überschuss von mehr als 18 Milliarden Mark ergab. Die USA kassieren damit aus dem Patent- und Lizenzverkehr mehr als doppelt so viel wie die übrigen fünf in die Untersuchung einbezogenen Industrieländer zusammen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG-Industrieproduktion auf Hochniveau

Brüssel (VWD) - Die industrielle Produktion in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft erreichte im August den höchsten Stand seit vier Jahren. Das statistische Amt der EG (Eurostat) teilte am Montag mit, daß der Index der EG-Industrieproduktion auf 118,4 stieg und damit um 4,7 Prozent höher lag als im August des Vorjahres mit 113,1. Gegenüber Juli dieses Jahres mit 117,2 war die Industrieproduktion um ein Prozent höher. Zu dem deutlichen Produktionsanstieg trugen vor allem Italien, Dänemark und Irland bei.

Video-Exportrekord

Tokio (VWD) - Japans Video-Industrie hat im September neue Produktions- und Exportrekorde aufgestellt. Wie der Herstellerverband am Montag in Tokio mitteilte, stieg die Produktion in diesem Zeitraum gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 51 Prozent auf 2,7 Mill. Videorekorder und die Ausfuhr dieser Geräte um knapp 50 Prozent auf 2,2 Mill. Während der Export in die USA erneut um fast 130 Prozent in die Höhe schnellte, gingen die Lieferungen in die EG im September um 19,6 Prozent auf 366 000 Geräte zurück.

Neue Agraroptionen

Chicago (VWD) - Mit der Zulassung neuer Agraroptionen zum Handel an sechs Rohstoffbörsen in den USA wird heute gerechnet. Die Commodity Futures Trading Commission (CFTC) wird damit das seit einem halben Jahrhundert geltende Verbot des Handels mit solchen Optionen beenden. Heute soll der Optionsterminhandel in Chicago mit Lebend-Rindern, in New York mit Baumwolle, in Minneapolis mit hard spring wheat, in Kansas City mit hard red winter wheat und an der Mid-America Commodity Exchange mit soft winter wheat wieder aufgenommen werden. Der normale Terminhandel mit diesen Agrarprodukten läuft an diesen Börsenplätzen bereits. In Chicago wird außerdem am Mittwoch die Aufnahme des Terminoptionshandels für Sojabohnen erwartet.

Zinssenkung in Japan

Tokio (VWD) - In Übereinstimmung mit der Zinssenkung für die

November-Emission von Regierungsanleihen um 0,3 Prozentpunkte geben die Sätze in fast allen Bereichen um diese Rate auf 7,5 Prozent zurück. Die Wertpapierhäuser in Japan bemühen sich derzeit bei den Verhandlungen für neue Industrieleihen ebenfalls um eine Verringerung der geplanten Kupons um 0,3 Prozentpunkte. Für ihre Wandschuldverschreibungen wollen die Wertpapierhäuser ebenfalls bei allen Novemberausgaben die Zinssätze um 0,2 bis 0,3 Punkte zurücknehmen. Eine Anleihe über 30 Mrd. Yen mit zwölf Jahren Laufzeit und einem Kupon von 7,2 Prozent unterzeichnete die Inter-American Development Bank (IADB) unmittelbar nach der Zinssenkung. Die IADB hatte die Emission zunächst verschoben und auf bessere Bedingungen am japanischen Kapitalmarkt gewartet.

Verschuldung wächst

Jerusalem (dpa/VWD) - Die Auslandsschulden Israels sind im ersten Halbjahr 1984 um 1,1 Mrd. auf 23,8 Mrd. Dollar (rund 64,3 Mrd. Mark) gestiegen. Wie aus gestern veröffentlichten Zahlen der staatlichen Bank of Israel hervorgeht, entspricht das einer Pro-Kopf-Verschuldung von 8 800 Dollar (15 700 DM). Die Devisenreserven des Landes seien, so die Bank, auf einen Tiefstand gesunken und könnten nur noch die Importe von 40 Tagen decken.

Lufthansa nach Seoul

Köln (dpa/VWD) - Mit der morgen stattfindenden Aufnahme einer Direktverbindung zwischen Frankfurt und Seoul zieht die Lufthansa die Konsequenz aus dem gestiegenen Verkehrsaufkommen und den zunehmenden Wirtschaftsbeziehungen mit Südkorea. In den vergangenen sieben Jahren hat sich das Frachtaufkommen zwischen beiden Ländern verzehnfacht und das Passagieraufkommen verdreifacht. Nach Schätzungen der Lufthansa wird der Fernost-Verkehr für die deutsche Fluggesellschaft möglicherweise bald die Bedeutung des Nordatlantik-Verkehrs übertreffen. Heute beträgt der Fernost-Anteil am Jahresertrag des Unternehmens bereits 30 Prozent, derjenige über den Nordatlantik noch 24 Prozent. Die Lufthansa fliegt jeden Mittwochabend um 17.10 Uhr mit einer Boeing 747 über Anchorage nach Seoul.

Die Marke Ihres Erfolges

BAUME & MERCIER
GENEVE
1830

Quarz, wasserdicht,
Stahl-Gold,
3 Größen für Damen
und Herren

Quarz, wasserdicht,
Stahl-Gold,
als Damen- und
Herrenuhr

Quarz, wasserdicht,
Stahl, Stahl-Gold oder Gold,
4 Größen für Damen
und Herren

Verkaufsnachweis und Farbbroschüre erhalten
Sie durch:

BAUME & MERCIER GmbH
Postfach 639/W - 6050 Offenbach/Main

DIREKTINVESTITION

Kaum negative Konsequenzen

dpa/VWD, Essen
Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in fremden Ländern haben nach Erhebungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) kaum negative Konsequenzen für Beschäftigung und Wachstum im Inland. Insbesondere exportstarke Branchen zogen aus Auslandsinvestitionen überwiegend Vorteile für den Wettbewerb auf den internationalen Märkten. Nur in einigen Bereichen seien auch Nachteile erkennbar.

Branchen mit ausgeprägter Investitionsneigung haben nach Feststellung des RWI ihre Außenhandelsbalancen meist stärker als andere Zweige verbessert. Es gebe keinen Hinweis, daß durch Direktinvestitionen die

Sie haben sich selbständig gemacht? Und Ihren Firmenwagen nicht geleast?

Hansa Automobil Leasing GmbH

Hansa Automobil Leasing GmbH
Bismarckweg 5 · 2000 Hamburg 50
Telefon 040 833 06 02 · Telex 02 12138

Exporte der Bundesrepublik in erheblichem Umfang ersetzt oder die Importe merklich stimuliert worden seien. Nur in einigen Wirtschaftszweigen seien negative Auswirkungen durch Auslandsinvestitionen zu beobachten - etwa in standortschwachen Branchen wie Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie. Doch diese Wirtschaftszweige hätten einen vergleichsweise unbedeutenden Anteil an den Direktinvestitionen, und im Gefüge der Volkswirtschaft spielten sie eine eher untergeordnete Rolle.

Die Bundesrepublik hat sich laut RWI seit 1974, unmittelbar nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen, von einem Kapitalimport zu einem Kapalexportland gewandelt. Die ausländischen Vermögensanlagen deutscher Unternehmen haben sich seit den 70er Jahren bis 1982 auf 76,1 Mrd. DM erhöht.

OPEC-KONFERENZ / Die Teilnehmer haben sehr unterschiedliche Ansichten über Vermeidung eines Preiskriegs

Nur einige Länder zur Produktionskürzung bereit

IRENE ZÜCKER, Genf
In Genf hat am Montag die Opec-Sonderkonferenz begonnen mit den drei Zielen: erstens den bestehenden Richtpreis von 29 Dollar für leichtes Rohöl (Arabian Light) zu verteidigen, dies durch eine vorübergehende Drosselung der Produktionsmenge. Zweitens die Mitglieder wieder auf die Befolgung der Opec-Richtlinien zu verpflichten, womit vor allem Nigeria gemeint ist, und drittens die Problematik der Preisunterschiede (Differenzial) zwischen den verschiedenen Erdölqualitäten anzugehen.

Minister der 13 Opec-Staaten sowie die beiden Nicht-Mitglieder Ägypten und Mexiko als Beobachter hatten bei der Konferenzöffnung sehr unterschiedliche Ansichten, wie ein internationaler Preiskrieg verhindert werden kann. Doch die Opec, welche rund 40 Prozent des Ölverbrauchs der nichtkommunistischen Welt deckt, hofft, daß mit einem vorübergehenden Produktionsstopp die Preise wieder stabilisiert werden können.

Als mögliche Produktionsreduktion nannte der algerische Energieminister Nabi am Sonntag rund 1,5

Mill. Barrel (ein Barrel = 159 Liter) pro Tag, auch Saudi-Arabien sprach sich für eine Produktionskürzung aus, doch zur Zeit sind die Saudis die einzigen, die einen substantiellen Produktionsstopp wirtschaftlich verkraften können und sich bereits verbal dazu verpflichtet haben (1 bis max. 1,5 Mill. Faß). Andere Opec-Mitglieder haben bis jetzt nur Solidaritätsbezeugungen geleistet. Doch hinter verschlossenen Konferenztüren werden Zahlen diskutiert: Im Prinzip soll Algerien zu einer temporären Produktionsreduktion von täglich 50 000 Faß bereit sein, Libyen, Venezuela und Mexiko zu je 100 000 Barrels, Kuwait 100 000 bis 150 000 Faß, während sich Ägypten zur Einhaltung des bestehenden Richtpreises verpflichtet hat und sich auch Indonesien engagieren will.

Solche Zugeständnisse sind für das schwer verschuldete Nigeria aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich. Nach den Worten seines Energieministers Tam David-West wäre jeder Produktionsstopp Selbstmord für sein Land, dessen finanzielle Basis zu

über 90 Prozent auf dem Export von Rohöl beruht. Doch Nigeria will sich weiterhin an die ihm zugewandene Produktionsquote von 1,4 Mill. Faß täglich halten, obschon das Land an der Genfer Konferenz als Sonderfall behandelt werden möchte und längerfristig eine Quote von 1,8 anstrebt. Um nicht aus dem Markt geworfen zu werden, hält Nigeria zur Zeit auch an seiner Preiskürzung von zwei Dollar auf 28 Dollar je Faß fest, wäre jedoch zu einer Preiserhöhung bereit, wenn dies eine neue Marktsituation erlauben würde.

Das große Problem dieser Konferenz sind die Preisunterschiede zwischen den einzelnen Erdölqualitäten. Die Preiskürzungen von Norwegen, England und Nigeria beweisen die nachgefragte Nachfrage des qualitativ hochwertigen leichten Rohöls (Light Crude). Wegen dieser Änderung in der Nachfrage ist der offizielle Preis für leichtes Erdöl zur Zeit zu hoch im Verhältnis zum schweren Rohöl.

Da die Opec zur Zeit den bestehenden Richtpreis von 29 Dollar je Faß für leichtes Rohöl verteidigen will,

müßte das schwere Erdöl um rund einen Dollar heraufgesetzt werden. Gegenwärtig wird in Genf darüber diskutiert, ob längerfristig der offizielle Verkaufspreis für schweres arabisches Öl von 28 auf 27 Dollar heraufgesetzt wird und die mittlere Qualität von 27,4 Dollar auf 28, während leichtes Rohöl offiziell weiterhin 29 Dollar kosten soll.

Doch bei dieser Preisveränderung entstünde die Schwierigkeit, daß mittelschweres saudisches Öl zum gleichen Preis wie das leichte nigerianische Spitzöl verkauft würde. Aus diesem Grund versucht der saudische Erdölminister Ahmed Zaki Yamani mit allen Mitteln, die Nigerianer zu einer Rücknahme ihrer Preiskürzung zu bewegen.

Auch für die Vereinigten Arabischen Emirate sind die gegenwärtigen Preisunterschiede ein zentrales Problem. Ölminister Dr. Mana Said Al Otaibi erklärte in Genf, sein Problem mit den Differenzialen müsse gelöst werden, sonst werde er nach seiner Rückkehr das Problem selbst lösen (Preissenkung).

GROSSBRITANNIEN / Neue Konjunktur-Prognose

Arbeitslosenzahl wird steigen

WILHELMFÜLLER, London
Nicht sonderlich optimistisch über die Aussichten für die Konjunktur-Entwicklung in Großbritannien bis zu den nächsten Parlamentswahlen 1988 gibt sich die London Business School in ihrem jüngsten Lagebericht. Pessimismus äußert das angesehenste Institut, das der monetaristischen Wirtschaftstheorie sehr nahe steht, insbesondere bei der Entwicklung der Arbeitslosenzahl. Sie werde weiter steigen und bei der nächsten Wahl offiziell 3,3 Millionen erreicht haben. Derzeit liegt die offizielle Zahl bei 3,1 Millionen.

Noch in ihrer letzten Studie im Sommer hatte die London Business School einen langsam fallenden Arbeitslosen-Trend für die nächsten Jahre vorausgesagt. Der jetzige Arbeitsmarkt-Pessimismus des Instituts kommt trotz einer moderaten Wachstums-Vorausage, wonach die volkswirtschaftliche Gesamtleistung in Großbritannien bis 1988 im Schnitt um jährlich rund zwei Prozent steigen wird.

Doch dies reiche für eine Umkehr des Arbeitslosen-Trends nicht aus.

Der Hauptgrund für den Arbeitsmarkt-Pessimismus der LBS liegt in der Bereinigung der Unternehmen, weiterhin relativ hohen Lohnabschlüssen zuzuschreiben. Diesem Kostenanstieg versuchen sie durch erhöhte Produktivität und damit der anhaltenden Kürzung von Arbeitsplätzen zu begegnen, vor allem in der verarbeitenden Industrie. Eine zunehmende Beschäftigung in anderen Bereichen genüge nicht, die neu an den Arbeitsmarkt Kommenden zu absorbieren.

Relativ optimistisch bleibt das Bild, das die London Business School über die Inflations-Entwicklung zeichnet. Ihrer Ansicht nach wird die Preissteigerung bis 1987 bei rund fünf Prozent pro Jahr verharren, bevor sie im Jahr darauf leicht fallen werde.

Ebenfalls leicht optimistisch beurteilt das Institut die weitere Entwicklung der Verbrauchsausgaben, die für die gegenwärtige Konjunktur-Belebung nahezu ausschließlich verantwortlich sind. Sie würden aufgrund der steigenden Bezüge bis 1988 um den gegenwärtigen Satz von etwa 2,8 Prozent steigen.

JAPAN / Farbtonung der neuen Banknoten soll Fälschern das Handwerk erschweren

Eine Schönheitsoperation für den Yen

FRED de LA TROBE, Tokio
Die japanische Währung wird sich am 1. November einer Schönheitsoperation großer Ausmaße gefällig lassen. Von diesem Stichtag an werden die bisherigen Banknoten im Nennwert von 10 000 Yen, 5000 Yen und 1000 Yen von neuem Papiergeld abgelöst. Die Aktion erfolgt von den vier im Umlauf befindlichen Notenarten lediglich die 500-Yen-Scheine nicht. Neue Banknoten im Wert von 20 Bill. Yen (250 Mrd. DM) - die den normalen Bedarf von fünf Monaten decken - liegen in den Depots der Filialen der Bank von Japan zur Ausgabe bereit. Der gegenwärtige Wechselkurs der japanischen Währung liegt bei knapp 80 Yen für eine Mark.

Die bisherigen Scheine der drei Nennwertreihen bleiben bis auf weiteres gültig. Die Bank von Japan wird diese Noten aber allmählich aus dem Verkehr ziehen und einstampfen. Die Notenpressen des Finanzministeriums und der Zentralbank haben mit der Produktion des neuen Geldes schon Ende 1982 begonnen.

Die Herstellungskosten einer neuen Banknote belaufen sich einschließlich des Papiers auf 19 Yen. Der Aufdruck der neuen Scheine hat die Staatsmänner vergangener Jahrhunderte auf den Vorderseiten durch je einen japanischen Philosophen, Erzieher und Schriftsteller ersetzt.

Neue 500-Yen-Scheine wurden zuletzt 1969 ausgegeben, die drei anderen Scheine sind jedoch seit 20 bis 25 Jahren im Umlauf. Neben dem Erneuerungsbedarf ist der Schutz vor Fälschung ein wichtiger Grund für die Ausgabe der neuen Zahlungsmittel. Die Druckkopiertechnik hat in den letzten Jahren erstaunliche Fortschritte erzielt.

Besonders Farben, deren Tönung auch unter Einsatz elektronischer Kopiermaschinen nicht zu erreichen sind sowie der Gebrauch der Zwischentöne von violett bis zu hellen Gelbgrün, die die Fälschungen äußerst erschweren. Statt der Dichte von fünf bis sechs Linien je Millimeter auf den bisherigen Scheinen haben die neuen Noten eine Linienbreite von zehn bis elf.

Das neue Papiergeld ist auch kleiner als das bisherige, das etwas größer als entsprechende Banknoten in der Bundesrepublik oder in den Vereinigten Staaten ist. Die Verkleinerung beträgt zwischen neun und 17 Prozent. Eine wichtige Änderung ist außerdem eine runde unebene Markierung in der linken Ecke jeder Note, die es Blinden ermöglicht, die einzelnen Nennwerte festzustellen.

Die Umstellung des Papiergeldes wird beträchtliche Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben haben. So müssen Hunderttausende von Wechsel-, Bargeld- und Verkaufsautomaten der Banken, Bahnhöfe, Kaufhäuser, Geschäfte und Supermärkte geändert werden. Die Geschäftsbanken Japans rechnen hierfür mit Aufwendungen von etwa zwölf Mill. DM, die Staatsbahnen sehen Kosten von 45 Mrd. DM für die Erneuerung der Fahrzeuginsensensoren voraus. Muster und Erkennungskarten der neuen Noten sind bereits an ausländische Banken und Hotels versandt. (SAD)

NAMEN

Rainer Treits (35), ist per 1. Oktober zum Verkaufsleiter und Mitglied der Geschäftsleitung von Alfa Romeo Deutschland ernannt worden. Sein Nachfolger als Leiter der Region Mitte in Düsseldorf wurde Karl Ludwig Gerber, bisher stellvertretender Regionalleiter der Region Süd.

Dr. Günther Fritzsche, Vorsitzender der Geschäftsführung der Wabco Westinghouse Fahrzeugbremsen GmbH, Hannover, und Group Vice President der Wabco Europe Automotive Products ist Mitte-Oktober von beiden Posten zurückgetreten. Er bleibt Aufsichtsratsvorsitzender. Zum Nachfolger als Vorsitzender der Geschäftsführung wurde Horst Hinrichsen ernannt.

Julius Langenstein und Albert Pfeiffer wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden der Industrievereinigung Gartenbedarf (IVG) eV gewählt. Eberhard Kastner wurde als Vorsitzender wiedergewählt.

Karl Helms Biekenberg, Vorstandsmittel der Dierig Holding AG, Augsburg, ist zum Vizepräsidenten der Deutschen Marketing-Vereinigung gewählt worden.

EG / Handelsgespräche mit der japanischen Regierung

Weiter großes Ungleichgewicht

WILHELMHADLER, Brüssel
In entspannter Atmosphäre haben gestern in Brüssel die halbjährigen Konsultationen zwischen der EG-Kommission und der japanischen Regierung begonnen. Noch immer besteht ein beträchtliches Ungleichgewicht in den europäisch-japanischen Handelsbeziehungen, doch hat sich die Tendenz zu ständig wachsenden Defiziten der Gemeinschaft im zwischen abgeschwächt.

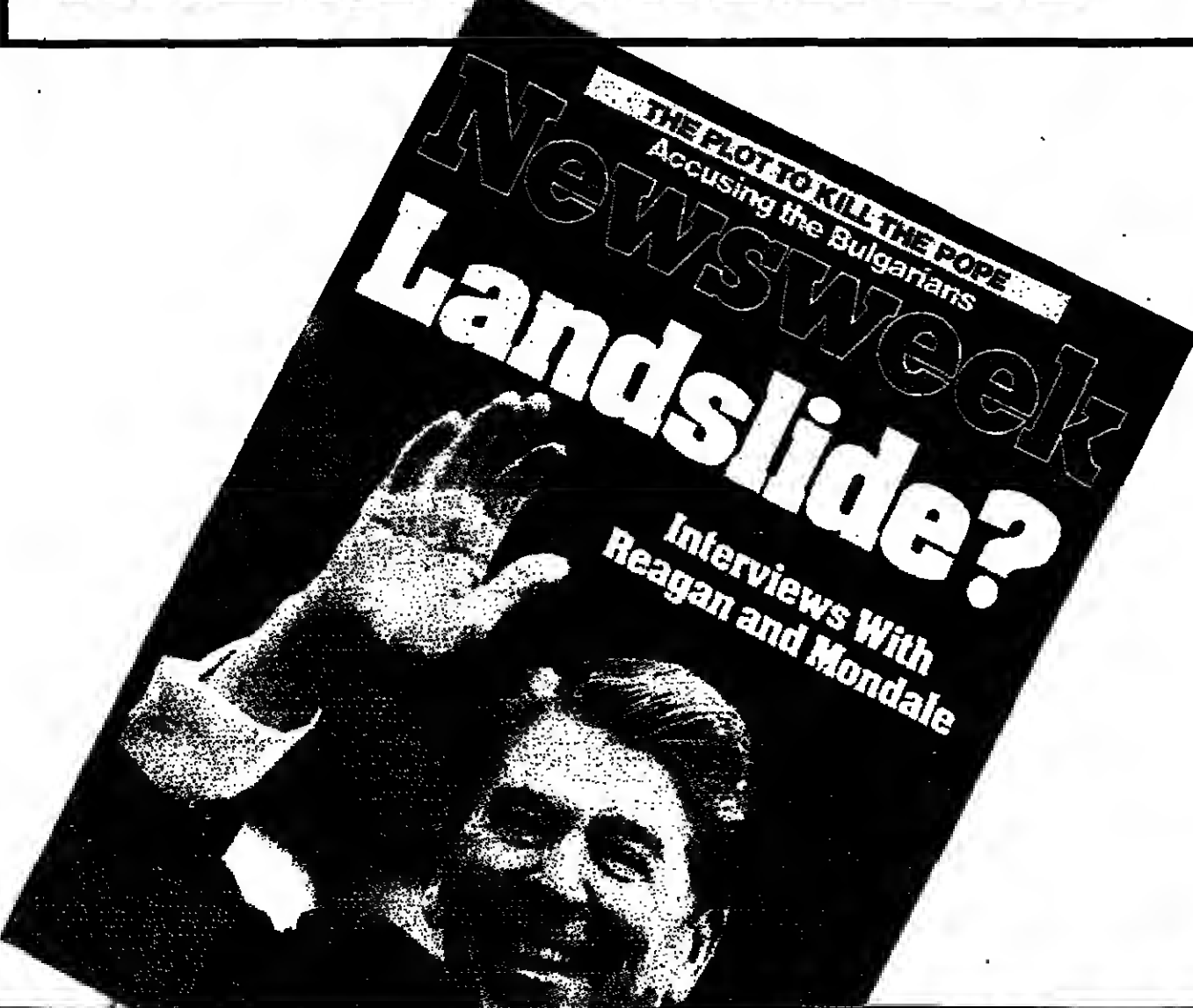
Die dreitägigen Gespräche, die unter Leitung des Brüsseler Generaldirektors für Außenbeziehungen, Leslie Fielding, und des stellvertretenden japanischen Außenministers Reishi Teshima stattfinden, geben Gelegenheit zu einem breiten Meinungsaustausch über Probleme der Weltwirtschaft und der bilateralen Beziehungen; formelle Beschlüsse sind nicht vorgesehen.

Nach den Unterlagen der EG-Kommission muß die jüngste Entwicklung des Warenverkehrs nach wie vor mit Vorsicht interpretiert werden. Zwar hat sich im ersten Halbjahr 1984

die Schere zwischen Import und Export in der Gemeinschaft weiter geöffnet, doch ist die Entwicklung vornehmlich dadurch eingetreten, daß die EG ihre 1982 und 1983 unterbundenen Lieferungen von Schweinefleisch wieder aufnehmen und eine erhebliche Menge von Gold exportieren konnte. Die Öffnung des japanischen Marktes hat nach Meinung der EG-Experten noch keine hinreichenden Wirkungen gezeigt.

Andererseits hat Japan seine Zusage zur Mäßigung beim Export „sensibler“ Erzeugnisse nur teilweise eingehalten: Für drei Warengruppen ist das Importvolumen der Gemeinschaft im ersten Halbjahr 1984 zurückgegangen: Videorecorder (minus 13 Prozent), Fernsehgeräte (minus 13 Prozent) und Motorräder über 50 ccm (minus 23 Prozent). Bei allen anderen Erzeugnissen, die freiwilligen Beschränkungen unterliegen, stiegen die EG-Einfuhren zwischen acht Prozent (Personenwagen) und 51 Prozent (bestimmten Maschinen).

CAN MONDALE HEAD OFF A REAGAN STAMPEDE?



Outside views. Inside information.



Der erste Satellit, der unser Sonnensystem verließ, Pionier 10, wurde von TRW gebaut, und auch auf der Erde finden elektronische Komponenten von TRW hunderte von Anwendungen. Zum Beispiel in Computern und in Fernsehgeräten.



Fabrikationsanlagen rund um die ganze Erde fertigen eine Vielzahl von KFZ-Ausrüstungen: von Ventilen und Sicherheitsgurten bis zu kompletten Lenk- und Fahrwerksteilen.



Flugzeuge aller namhaften Hersteller sind mit TRW Teilen ausgestattet. Und TRW Kugellager, Werkzeuge und Befestigungsteile tragen zur weltweiten Produktivitätssteigerung bei.

© TRW Inc. 1984
TRW ist der Firmennamen der TRW Inc.
TRW Inc., Cleveland, Ohio, USA

TRW

STEUERBERATERTAG 1984 / Gastredner Späth

„Investoren belohnen“

WERNER NETZEL, Stuttgart
Die Förderung der Leistungsbe-
reitschaft sollte hierzulande höchste
Priorität erhalten. Diese Forderung
erhob in Stuttgart anlässlich des Deut-
schen Steuerberaters 1984 Ver-
bandspräsident Dieter Krüger. Er
verwies in diesem Zusammenhang
darauf, daß als Folge der zu stellen
Tarifprogression der Lohn- und Ein-
kommensteuern der Anteil der Steuer-
berater an der Gesamtsteuereinnahme
auf 48 Prozent ansteigen wird.

Ein überproportionaler Anstieg
dieser Steuern schmälere die Lei-
stungsbereitschaft und schwäche in-
besondere die Wachstumsimpulse
der gesamten Wirtschaft. Aus diesem
Grunde sei die von der Bundesregie-
rung geplante Tarifänderung, auch
wenn es sich nicht um Steuererhö-
hungen, sondern nur um eine Kor-
rektur handele, zu begrüßen.

Für bedenklich hält es Krüger, daß
die Tarifvergünstigungen für Ehepa-
re mit Kindern sich hauptsächlich

erst ab 1988 auswirken. „Wir haben
keine Zeit zu verlieren, solche Tarif-
vergünstigungen sind möglichst bald
einzuführen.“ Im Hinblick auf die
Unternehmensbesteuerung meinte
Krüger, man sollte endlich zu einem
Steuersystem kommen, das nur noch
das Besteuernde, was tatsächlich ver-
braucht werde und nicht die Beträge,
die im Grunde genommen der Volks-
wirtschaft dienen.

Hier knüpfte auch der ba-
den-württembergische Ministerpräsi-
dent Lothar Späth in seinem Festvor-
trag vor den rund 700 Steuerberatern
an. Er plädierte für die Schaffung ei-
nes völlig neuen Abschreibungs-
rechts, das Kern der Umstrukturie-
rung der Wirtschaft sein solle. Der
Investor müsse belohnt werden. Das
derzeitige Steuerrecht fördere die
Konzentration und arbeite gegen den
Mittelstand. Die Infrastruktur von
morgen sei der Ausbau von Wissen-
schaft, Forschung und Technologie.
Späth hält den Anteil moderner
Technologien am deutschen Export
für zu gering. Es würden noch in zu
hohem Maße traditionelle Güter
exportiert.

Mauser Waldeck
deutlich erholt

J. G. Düsseldorf
Die Verluststrähne, die ausgerech-
net im Börseneinführungsjahr 1980
begann, soll sich in 1983/84 (30. 9.) mit
der Erwartung auf ein „annähernd
ausgeglichenes Ergebnis“ ihrem En-
de nähern. Diese Ankündigung
macht der Büromöbelhersteller Mau-
ser Waldeck AG, Waldeck, nachdem
sie sich der drei Jahre hindurch gesun-
kene Umsatz 1983/84 um immerhin 17,9
Prozent auf 96 Mill. DM erholt hat.

Aus den seit Herbst 1983 eingelei-
teten Strukturverbesserungen in den
Werken sowie aus Programm-Moderni-
sierungen besonders für Comput-
er-Arbeitsplätze erwartet der Vor-
stand für 1985 „ein gutes Möbels-
geschäft“ mit entsprechender Ertrags-
steigerung. Überdurchschnittlich gut
liefe in der Berichtszeit das Büromö-
belgeschäft (zwei Drittel des Gesamt-
umsatzes) mit 25 Prozent Umsatz-
plus. Hingegen war das Geschäft mit
Sicherheitsanordnungen und Teilen der
Lager- und Betriebsanordnungen
noch nicht befriedigend. Die Be-
schäftigtenzahl blieb bei 814 (820)
fast unverändert, der Export stieg um
33,9 Prozent auf 8,7 Mill. DM.

Befriedigende
Ausschüttung

VWD, Köln
Mit einer wieder befriedigenden
Ausschüttung rechnet die Deutsche
Centralboden-Kredit-AG, Köln, für
1984. Wie es im Zwischenbericht für
den ersten neun Monate heißt, gibt die
bisherige Entwicklung der Ertragsla-
ge Anlaß dazu. Der Zinsüberschuß ist
auf 126,3 (96,5) Mill. DM und der
Gesamtüberschuß auf 132,1 (115,3)
Mill. DM gestiegen. Den Zinserträgen
von 1,42 (1,34 Mrd.) standen dabei
Aufwendungen von 1,3 (1,24) Mrd.
DM gegenüber, wozu ein Überschuß
aus dem Einmalgeschäft von 5,8 (18,8)
Mill. DM kam. Das Teilbetriebsergeb-
nis stieg auf 98,1 (82,8) Mill. DM. Die
Bilanzsumme nahm gegenüber dem
Jahresende 1983 auf 25,26 (23,87) Mrd.
DM zu.

Das Neugeschäft hat sich im drit-
ten Quartal, wie es im Zwischenber-
icht weiter heißt, im Vergleich zum
ersten Halbjahr zwar etwas belebt,
doch betrug der Rückgang im Hypo-
thekengeschäft gegenüber der Vor-
jahreszeit noch immer 28 Prozent. Bis
zum Jahresende rechnet der Vor-
stand nicht damit, den Rückgang im
Hypothekengeschäft aufzuholen.

ZÜNDAPP-KONKURS / Gleich zwei chinesische Delegationen wollten die Produktionsanlagen erwerben

Provinzen erhalten immer mehr Freiheiten

KAREN SÖHLER, Bonn
In Wirtschaftskreisen lösten Ende
letzter Woche die Verhandlungen um
die in den Konkurs gegangenen Zün-
dapp-Werke GmbH, München, Ver-
wunderung aus. Nachdem der Ver-
trag mit iranischen Interessenten an-
nulliert worden war, weil Zeichnungs-
und Zahlungsfristen nicht ein-
gehalten worden waren, bemühten
sich gleich zwei chinesische Dele-
gationen um den Erwerb der Produk-
tionsstätten – eine aus Peking und
eine aus der Hafenstadt Tianjin, die
die Werke schon Anfang Oktober be-
gutachtet hatte und dann in die Heim-
at zurückgekehrt war, um die Kauf-
genehmigung einzuholen.

Schon am 19. Oktober lagen die
vereinbarten 18 Mill. DM bei einem
Münchener Kreditinstitut bereit. Es
fehlte allerdings ein Chinese, der
Vollmacht hatte, den Vertrag zu ratifi-
zieren. Aus diesem Grund hatten die
Iraner zunächst den Zuschlag erhal-

ten, konnten dann aber nicht die Zah-
lungsfrist bis zum 24. Oktober einhal-
ten. Danach nahm Konkursverwalter
Eckhart Müller-Heydenreich die Ge-
spräche mit den Tianjin-Chinesen
wieder auf.

Daß spontan eine in der Bundes-
republik weilende Vertretung aus
Peking großes Interesse bekundete
und damit in einen Wettbewerb mit
den eigenen Landsleuten trat, sei Zu-
fall gewesen, beteuert ein Sprecher
der chinesischen Botschaft in Bonn.
Auch das Bundeswirtschaftsministe-
rium vertritt die Auffassung, daß in
den vergangenen Jahren so viele ver-
schiedene, aus unterschiedlichen
Provinzen stammende Delegationen
die Bundesrepublik besucht hätten,
daß vermutlich keiner einen genaueren
Überblick darüber habe, welche
Gruppe welchen Unternehmen seine
Aufmerksamkeit zuwenden. Wahrscheinlich
sei daher, daß die Peking-Delegation
vor zwei Jahren schon einmal die Zün-

dapp-Werke besichtigt hatten, von
den Verhandlungen mit Tianjin
nichts wußten.

Die Übersicht wird zusätzlich da-
durch erschwert, daß den Provinzen
in kleinen Schritten immer mehr
Freiheit zugestanden wird. Hatte Pe-
king bis vor kurzem noch alle Fäden
in der Hand, so sind es jetzt die Pro-
vinz-Regierungen, die eigenständig
entscheiden, was sie importieren und
welche Industrie in Zukunft an-
gesiedelt werden soll.

Über Käufe dürfen die einzelnen
Regionen bis zu einem von der Zen-
tralregierung vorgegebenen Betrag
selbst entscheiden. So kann es dann
natürlich kommen, daß zwei chinesi-
sche Interessenten gleichzeitig an ei-
nem Ort auftauchen. Bis zu welchem
Punkt die Peking-Zentralregierung
in so einem Fall marktwirtschaftliche
Prinzipien erlaubt, weiß auch die Bot-
schaft nur ungenau zu sagen. Das ge-
trennte Werben um Zündapp läßt

noch keine Rückschlüsse zu, da ver-
schiedene Aussagen bestätigen, daß
die Peking-Delegation sich schnell
wieder zurückzog.

Zwei Ursachen kann das Interesse
der Chinesen an motorisierten Zwei-
rädern haben: Erstens ist es Politik
der Chinesen, sich um in Schwierig-
keiten geratene Unternehmen zu be-
mühen, sofern sie zum produzierenden
Gewerbe gehören. Denn Fabriken
und Know-how lassen sich auf diese
Weise günstig erwerben. Die Pro-
duktion erfolgt dann freilich im
eigenen Land, wie auch bei Zündapp
geplant, um die Nachfrage im Inland
zu befriedigen, ohne wertvolle Devi-
sen zu verbrauchen. Zweitens wollen
die Chinesen die Motorisierung vor-
antreiben. Das Auto aber wäre zu
teuer. Daher kommt es auch, daß die
etwa 2,3 Mill. Fahrzeuge – von denen
ohnehin nur 80 000 Pkw sind – fast
ausschließlich Taxi-Unternehmen
oder Behörden-Fuhrparks gehören.

WEST-LB / Französische Position wird verstärkt

Firmen-Ehen gefördert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die vor 25 Jahren als erste deut-
sche Bank in Frankreich gegründete
Banque Franco-Allemande (BFA), ei-
ne Tochter der Westdeutschen Landes-
bank Girozentrale (West-LB), plant ei-
ne starke Ausweitung ihres auf die
deutsch-französischen Handelsbezie-
hungen gestützten Geschäfts. Zu die-
sem Zweck soll das Kapital der Bank
von 88 Mill. Franc in den nächsten
zwei bis drei Jahren um 240 Mill.
Franc erhöht werden.

Dies kündigte der Vorstandsvor-
sitzende der West-LB, Friedel Neuber,
anlässlich des BFA-Jubiläums in Pa-
ris an. Diese bedeutenden Mittel wür-
den vor allem zur Aktivierung des
Dienstleistungsbereichs der Tochter-
bank verwendet. Deren Produktpa-
LETTE soll wesentlich erweitert wer-
den mit dem speziellen Ziel, deutsch-
französische Firmen-Ehen zu fördern.
Gegenwärtig betreut die BFA rund
1200 Firmen beider Länder.

Die BFA wird Anfang 1985 außer-
dem einen eigenen Investmentfonds
(Sicav) mit einem Anfangskapital von
100 Mill. Franc schaffen und eigene
Anleihe-Emissionen über 100 bis 140
Mill. Franc durchführen. Die West-
LB selbst plant die Ausgabe einer

ECU-Anleihe auf dem französischen
Kapitalmarkt. Sie hat ihrer Tochter
bisher schon 175 Mill. Franc Eigen-
mittel verschafft, die zum Teil aus der
Entschädigung für ihre Beteiligung an
dem inzwischen verstaatlichten
Saint-Gobain-Konzern stammen.

Trotz seiner hohen Auslandsver-
schuldung hält der West-LB-Vor-
stand Frankreich für einen „erstklas-
sigen Schuldner und eine gute Adres-
se“. Die Weiterentwicklung der
deutsch-französischen Wirtschaftsbe-
ziehungen (Warenverkehr und Inves-
titionen) werden zuvörderst be-
trachtet. Schon heute sei die BFA eine
der wichtigsten Positionen im inter-
nationalen Geschäft der West-LB.
Unter den ausländischen Tochter-
banken steht sie an zweiter Stelle
nach der West-LB International SA,
Luxemburg.

In den letzten vier Jahren hat die
BFA ihre Bilanzsumme von 2,17 auf
7,12 Mrd. Franc und ihr Geschäfts-
volumen von 2,34 auf 7,38 Mrd. Franc
ausgeweitet. Für 1983 wurde ein
Reingewinn von 13,88 Mill. Franc aus-
gewiesen.

Die BFA ist als Depositen- und
Handelsbank tätig und beschäftigt
rund 200 Mitarbeiter.

HOECHST / Hervorragendes Fasergeschäft

Kapazitäten voll ausgelastet

INGE ADHAM, Frankfurt
Allenfalls eine Beruhigung des der-
zeit hervorragend laufenden Faserges-
chäfts erwartet die Hoechst AG,
Frankfurt, im kommenden Jahr. Vor-
erst signalisieren Auftragsbestände
und vor allem gute Exportchancen
bis in das zweite Quartal 1985 eine
„weiterhin gute Beschäftigungslage“.

Nach Angaben von Justus Mische,
Leiter des Faserverkaufs, sind die
Hoechst-Faserkapazitäten zur Zeit
mit 93 bis 95 Prozent praktisch voll
ausgelastet.

Die unerwartet positive Produk-
tionsentwicklung in der europäi-
schen Textilindustrie – erstmals seit
1979 zeigte die Produktion im letzten
Zwölf-Monats-Zeitraum mit plus 5
Prozent deutlich nach oben – hat
Hoechst im Konzern in den ersten
neun Monaten dieses Jahres knapp
1,8 Mrd. DM Chemiefaserverkauf be-
schert. Das sind 15 Prozent mehr als
im Vorjahr; auf das Inland entfallen
davon rund 600 Mill. DM.

Rund ein Drittel des Zuwachses ist
preisbedingt. Weltweit stieg das Fa-
sergeschäft um 18 Prozent auf knapp
2,9 Mrd. DM. Auch die Hoechst-Pro-
duktionsstätten in den USA, Süd-
afrika und Brasilien entwickeln sich
also positiv. Das gilt auch für die Ge-

winnentwicklung: Alle Produkt-
gruppen haben mit schwarzen Zahlen
gearbeitet, betont Mische, der den
„dreistelligen Millionengewinn“ im
Faserbereich nicht nennen möchte.

Damit hat sich für Hoechst im Fa-
serbereich das Bild innerhalb von
drei Jahren völlig gewandelt, beglei-
tet wurde diese Entwicklung freilich
mit scharfen Schnitten in der Kapazi-
tät und deutlichem Beschäftigtenab-
bau. Derzeit arbeiten in Westeuropa
noch rund 9000 Beschäftigte im Fa-
sersektor von Hoechst. Dazu kom-
men etwa 2000 Mitarbeiter in den
USA, 1200 in Brasilien und rund 300
Beschäftigte in Südafrika. Mische er-
innert daran, daß man in den letzten
Jahren und besonders in den letzten
Monaten alle Chancen für Struk-
turverbesserungen genutzt habe, re-
gional und auch produktbezogen.

Ein Ausdruck dieser Entwicklung
ist der Abbau der Abhängigkeit vom
stark konjunkturabhängigen Beklei-
dungsbereich, der im Konzern jetzt
nur 40 Prozent des Fasergeschäfts be-
streitet, ohne absolut kleiner gewor-
den zu sein. Denn Hoechst hat den
Anteil technischer Fasern kräftig aus-
gebaut und auch bei Faservproduk-
ten (wie Polyester-Chips für Kunst-
stoff-Flaschen) zugelegt.

KRAUSS-MAFFEI

Weiterer Partner
im Gespräch

München
Das mittelständische Maschinen-
und Flugzeugbauunternehmen Grob
will sich neben dem Luft- und Raum-
fahrtkonzern Messerschmitt-Bö-
low-Blohm (MBB) GmbH, Otto-
brunn, an dem Panzerhersteller
Krauss-Maffei AG, München, betei-
ligen. Die Grob-Werke GmbH & Co.
KG, Mindelheim, gab bekannt, man
stehe „derzeit in Gesprächen über
den Erwerb einer Beteiligung an der
Krauss-Maffei AG“. Einzelheiten
würden aber nicht veröffentlicht.

Als weiterer Partner bei der geplan-
ten Übernahme von Krauss-Maffei
wird in Industriekreisen die Baye-
rische Vereinsbank genannt. Der Nürn-
berger Panzerketten- und Waffenpro-
duzent Diehl scheint dagegen, wie es
Ansätze

Wird schnell und zuverlässig:
bei Sodbrennen
Bullrich-Salz

In Apotheken und Drogerien: 50 Gramm DM - 50

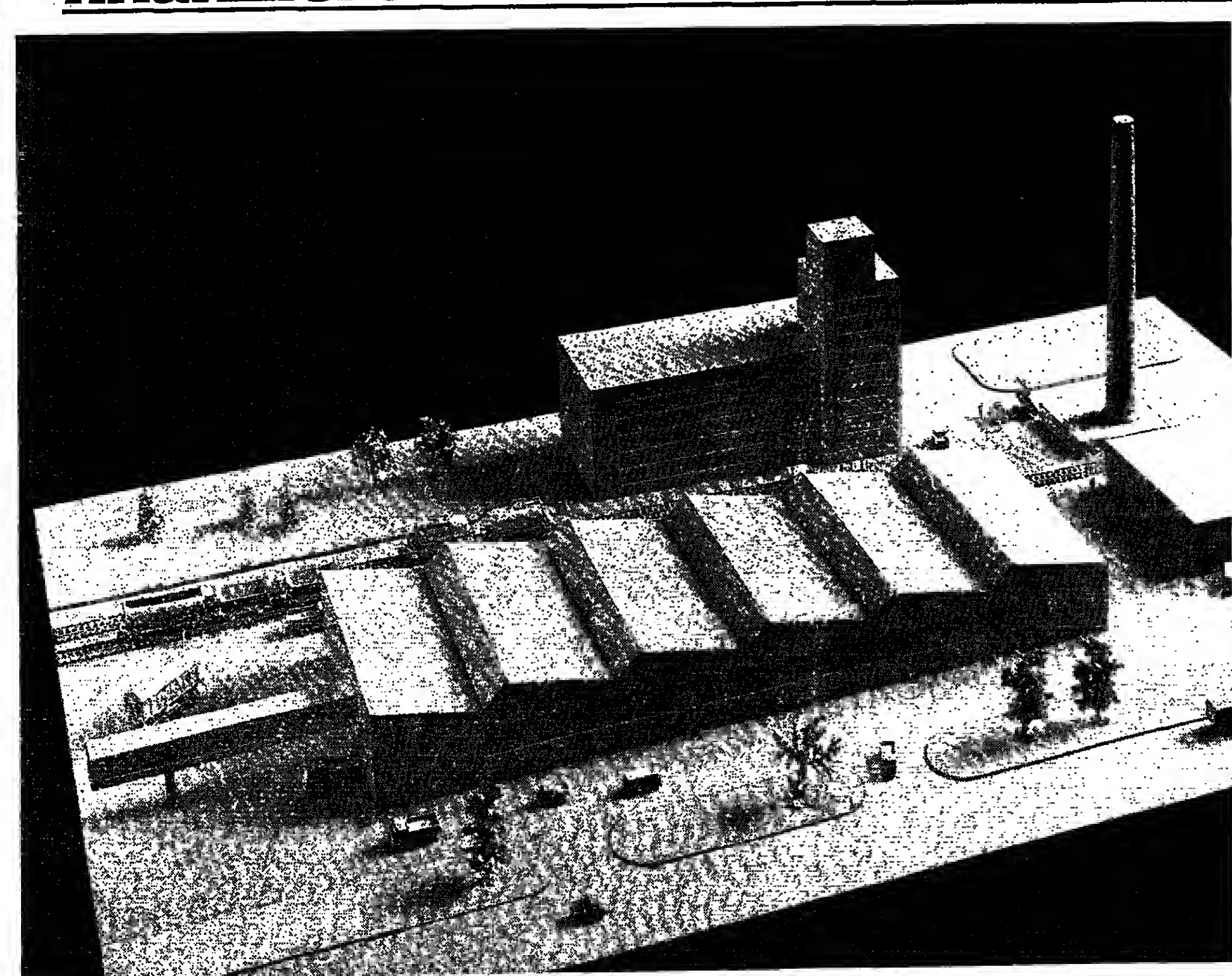
(unveränderte Preisangabe)

Bullrich-Salz gegen Sodbrennen: Kapseln und Pulver
Neutracen überschlüssige Magensäure. Ein anästhetisch
beschwerendes Anästhetikum. Dosis: 1 Kapsel, 1 Teelöffel.

weiter hieß, nicht mehr für eine Betei-
ligung in Frage zu kommen. Der Auf-
sichtsrat von MBB wird wahrschein-
lich am 26. November darüber ent-
scheiden, ob Krauss-Maffei dem
Flick-Kartellamt hat bereits Beden-
ken angemeldet.

Zum Stand der Gespräche über
Krauss-Maffei wollte sich Grob nicht
äußern, da dies im derzeitigen Stadi-
um „verfrüht“ sei. In Industriekrei-
sen wurde eine Beteiligung des Un-
ternehmens als gelungene Abrund-
ung des geplanten Technologiekon-
zerns aus MBB und Krauss-Maffei be-
zeichnet.

Grob zählt zu den Spitzenun-
ternehmen des deutschen Werkzeug-
maschinenbaus und stellt vollauto-
matische Fertigungsanlagen her, dar-
unter auch Montagestraßen für die
Automobilindustrie. Der Flugzeu-
bau ist nach Angaben des Unter-
nehmens weltweit führend in der Kunst-
stoff-Fertigung von Segelflugzeugen
und Motorsiegeln. Alleiner Inhaber
der Firma ist Diplom-Ingenieur Burk-
hard Grob. Er besitzt Tochterunter-
nehmen in Brasilien und den USA.
Die Gruppe erreicht rund 180 Mill.
DM Umsatz und beschäftigt weltweit
etwa 1500 Arbeitnehmer.

Ihr Vorteil: Wenn die Konkurrenz noch überlegt,
finanzieren wir bereits Ihre Ideen. mietfinanz.®

Nutzen Sie die Gunst der Stunde. Die Erfol-
greichen der Wirtschaft starten durch. Starten Sie
mit! Mit unternehmerischem Mut. Und mit neuen
Konzepten: Mietfinanzieren Sie Ihre Investitionen.
Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht
an den Produktionsmitteln.

mietfinanz heißt Know-how. In Investitions-
finanzierung und vielem anderen. Wir finanzieren
Ihre Maschinen, Anlagen, Einrichtungen usw. Sie
zahlen nicht für die Produktionsmittel, sondern
nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann
inzwischen anderweitig von Ihnen eingesetzt
werden.

mietfinanz bietet dabei Vorteile, die Ihnen
gerade jetzt Pluspunkte im Wettbewerb ver-
schaffen: solide Kalkulation, über die gesamte
Laufzeit fest vereinbarte Mietraten, überscha-
bare Risiken, maßgeschneiderte Anpassung an
Ihre individuellen Bedürfnisse.

mietfinanz. Ihrer Erfahrung, ihrem Wissen
und ihrer Flexibilität vertrauen viele in der Wirt-
schaft. Wir finanzieren Investitionen in Deutsch-
land und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist
Ihr Vorteil. mietfinanz. In allen wichtigen Branchen.
Seit 1962.

Vertrauen
in einen starken Partner.

mietfinanz.®



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr,
Postfach 101338, Telefon (02 08) 310 31, Telex 8 56 755

Aber auf ermäßigter Kursbasis wachsende Kaufbereitschaft

stärkten Gattstellungen sind die politischen Ereignisse in der Bundesrepublik, vor allem auch die ersten Kommunalwahlsergebnisse in Baden-Württemberg. Sie ermutigen die Amerikaner nicht, ihre Positionen am deutschen Wertpapiermarkt weiter zu verstärken.

bilingua Verschie-
 schte, ohne daß Ma-
 wurde.
 vermindert NSU vermin-
 3 DM auf 980 DM,
 gaben um 3 DM
 erhöht sich um 3
 DM und Ver-
 um 15 DM auf 420
 2,30
 4, Dwydang fielen
 50 DM, VDDM
 um 8 DM auf 170
 verbessern, und
 schlossen mit ei-
 3 DM auf 2500 DM
 schwebt schwächen
 auf 100,50 DM ab.
 begonnen zu 68
 Verstor-
 HNW Bank

bilingua Verschie-
 tet, ohne daß Ma-
 mwürde.
 vermindert NSU
 DM um 800 DM,
 gaben um 3 DM
 erhöht sich die
 DM und Ver-
 um 15 DM auf 420
 tet sanken um 2,80
 4, Dwydang fielen
 50 DM, VDDM
 um 8 DM auf 170
 verbessern, und
 schlossen mit ei-
 DM um 2500 DM
 schwebel schwächen
 auf 100,50 DM ab.
 begann zu 68
 DM. Versor-
 HNW Bank
 DM minus 0,40 DM und NWK-
 bei 165,50 DM minus 0,50
 knapp gehalten.
 München: Leonische Drabt
 um 3 DM auf 512 DM, und
 Chemie verbesserten sich um
 0,80 Ektene auf 10,50 DM.
 DM auf 8 DM. Audi NSG
 um 8 DM auf 364 DM nach,
 Flachglas verminderten sich um
 DM auf 185 DM.
 Berlin: Orestein lagen un-
 DM, Gerüstig freundlich
 Berthelhofer Feld schwächte
 sich um 10 DM, Herlitz Vz. um
 DM und Schering um 5,50 DM.
 Engelhardt nahm um 6 DM in
 auf 10,50 DM. St. gen
 3 DM, Berliner Bank und Berth-
 um 1,50 DM nach.
 Nachbörse: nachgebend.
 WEL-Aktienindex: 154,9 (155,6)
 WEI-Aktienindex: 2580 (2579)

um je 1,50 DM nach.
Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 154,9 (156,6)
WELT-Umsatzindex: 2580 (2990)

Indexer's Note

[illegible]

5 dgl. 80	99,1	99
75 Bz. America 78	92,75G	99
75 Bank Tokyo 83	100,5G	100
75 Banque d'Alsace 78	99,5	99
75 Banque Indus. 87	99,5G	99

[illegible]

	24.10.	25.
General Electric	56.625	57.1
General Foods	56.50	57.2

[illegible]35, V2
4-1704[illegible]

95.75	8.875 Helsinki 82
94.65	8.375 Honeywell 80
94.5	6.75 LAKW 75
101.35	9 Ruudborg 80
118.50	4.50 KCI 77

[illegible]

25.10.	Free St. Geduld 3 General Electric
24.125	
7.50	

[illegible]

münzen

1.-10024, 4-10114, 4-10116, 1-10118, Chrysler -10117, 1-11019, 1-11020, 1-11021, 1-11022, 1-11023, 1-11024, 1-11025, 1-11026, 1-11027, 1-11028, 1-11029, 1-11030, 1-11031, 1-11032, 1-11033, 1-11034, 1-11035, 1-11036, 1-11037, 1-11038, 1-11039, 1-11040, 1-11041, 1-11042, 1-11043, 1-11044, 1-11045, 1-11046, 1-11047, 1-11048, 1-11049, 1-11050, 1-11051, 1-11052, 1-11053, 1-11054, 1-11055, 1-11056, 1-11057, 1-11058, 1-11059, 1-11060, 1-11061, 1-11062, 1-11063, 1-11064, 1-11065, 1-11066, 1-11067, 1-11068, 1-11069, 1-11070, 1-11071, 1-11072, 1-11073, 1-11074, 1-11075, 1-11076, 1-11077, 1-11078, 1-11079, 1-11080, 1-11081, 1-11082, 1-11083, 1-11084, 1-11085, 1-11086, 1-11087, 1-11088, 1-11089, 1-11090, 1-11091, 1-11092, 1-11093, 1-11094, 1-11095, 1-11096, 1-11097, 1-11098, 1-11099, 1-11100, 1-11101, 1-11102, 1-11103, 1-11104, 1-11105, 1-11106, 1-11107, 1-11108, 1-11109, 1-11110, 1-11111, 1-11112, 1-11113, 1-11114, 1-11115, 1-11116, 1-11117, 1-11118, 1-11119, 1-11120, 1-11121, 1-11122, 1-11123, 1-11124, 1-11125, 1-11126, 1-11127, 1-11128, 1-11129, 1-11130, 1-11131, 1-11132, 1-11133, 1-11134, 1-11135, 1-11136, 1-11137, 1-11138, 1-11139, 1-11140, 1-11141, 1-11142, 1-11143, 1-11144, 1-11145, 1-11146, 1-11147, 1-11148, 1-11149, 1-11150, 1-11151, 1-11152, 1-11153, 1-11154, 1-11155, 1-11156, 1-11157, 1-11158, 1-11159, 1-11160, 1-11161, 1-11162, 1-11163, 1-11164, 1-11165, 1-11166, 1-11167, 1-11168, 1-11169, 1-11170, 1-11171, 1-11172, 1-11173, 1-11174, 1-11175, 1-11176, 1-11177, 1-11178, 1-11179, 1-11180, 1-11181, 1-11182, 1-11183, 1-11184, 1-11185, 1-11186, 1-11187, 1-11188, 1-11189, 1-11190, 1-11191, 1-11192, 1-11193, 1-11194, 1-11195, 1-11196, 1-11197, 1-11198, 1-11199, 1-11200, 1-11201, 1-11202, 1-11203, 1-11204, 1-11205, 1-11206, 1-11207, 1-11208, 1-11209, 1-11210, 1-11211, 1-11212, 1-11213, 1-11214, 1-11215, 1-11216, 1-11217, 1-11218, 1-11219, 1-11220, 1-11221, 1-11222, 1-11223, 1-11224, 1-11225, 1-11226, 1-11227, 1-11228, 1-11229, 1-11230, 1-11231, 1-11232, 1-11233, 1-11234, 1-11235, 1-11236, 1-11237, 1-11238, 1-11239, 1-11240, 1-11241, 1-11242, 1-11243, 1-11244, 1-11245, 1-11246, 1-11247, 1-11248, 1-11249, 1-11250, 1-11251, 1-11252, 1-11253, 1-11254, 1-11255, 1-11256, 1-11257, 1-11258, 1-11259, 1-11260, 1-11261, 1-11262, 1-11263, 1-11264, 1-11265, 1-11266, 1-11267, 1-11268, 1-11269, 1-11270, 1-11271, 1-11272, 1-11273, 1-11274, 1-11275, 1-11276, 1-11277, 1-11278, 1-11279, 1-11280, 1-11281, 1-11282, 1-11283, 1-11284, 1-11285, 1-11286, 1-11287, 1-11288, 1-11289, 1-11290, 1-11291, 1-11292, 1-11293, 1-11294, 1-11295, 1-11296, 1-11297, 1-11298, 1-11299, 1-11300, 1-11301, 1-11302, 1-11303, 1-11304, 1-11305, 1-11306, 1-11307, 1-11308, 1-11309, 1-11310, 1-11311, 1-11312, 1-11313, 1-11314, 1-11315, 1-11316, 1-11317, 1-11318, 1-11319, 1-11320, 1-11321, 1-11322, 1-11323, 1-11324, 1-11325, 1-11326, 1-11327, 1-11328, 1-11329, 1-11330, 1-11331, 1-11332, 1-11333, 1-11334, 1-11335, 1-11336, 1-11337, 1-11338, 1-11339, 1-11340, 1-11341, 1-11342, 1-11343, 1-11344, 1-11345, 1-11346, 1-11347, 1-11348, 1-11349, 1-11350, 1-11351, 1-11352, 1-11353, 1-11354, 1-11355, 1-11356, 1-11357, 1-11358, 1-11359, 1-11360, 1-11361, 1-11362, 1-11363, 1-11364, 1-11365, 1-11366, 1-11367, 1-11368, 1-11369, 1-11370, 1-11371, 1-11372, 1-11373, 1-11374, 1-11375, 1-11376, 1-11377, 1-11378, 1-11379, 1-11380, 1-11381, 1-11382, 1-11383, 1-11384, 1-11385, 1-11386, 1-11387, 1-11388, 1-11389, 1-11390, 1-11391, 1-11392, 1-11393, 1-11394, 1-11395, 1-11396, 1-11397, 1-11398, 1-11399, 1-11400, 1-11401, 1-11402, 1-11403, 1-11404, 1-11405, 1-11406, 1-11407, 1-11408, 1-11409, 1-11410, 1-11411, 1-11412, 1-11413, 1-11414, 1-11415, 1-11416, 1-11417, 1-11418, 1-11419, 1-11420, 1-11421, 1-11422, 1-11423, 1-11424, 1-11425, 1-11426, 1-11427, 1-11428, 1-11429, 1-11430, 1-11431, 1-11432, 1-11433, 1-11434, 1-11435, 1-11436, 1-11437, 1-11438, 1-11439, 1-11440, 1-11441, 1-11442, 1-11443, 1-11444, 1-11445, 1-11446, 1-11447, 1-11448, 1-11449, 1-11450, 1-11451, 1-11452, 1-11453, 1-11454, 1-11455, 1-11456, 1-11457, 1-11458, 1-11459, 1-11460, 1-11461, 1-11462, 1-11463, 1-11464, 1-11465, 1-11466, 1-11467,
--

104.25	101.5	5.75 Koperah
108.5G	104	7.75 dpl 71
100.85G	100.8G	7.50 dpl 74
102	101.75	4 dpl 75
99.25G	98.25	9.75 dpl 87

103	7.50 cpl. 76	101	101.1	5.50 cpl. 76
104	7.50 cpl. 76	102	101.1	5.50 cpl. 76
105	7.50 cpl. 76	103	99.50	5.50 cpl. 76
106	7.50 cpl. 76	104	99.50	5.50 cpl. 76
107	7.50 cpl. 76	105	99.50	5.50 cpl. 76
108	7.50 cpl. 76	106	99.50	5.50 cpl. 76
109	7.50 cpl. 76	107	99.50	5.50 cpl. 76
110	7.50 cpl. 76	108	99.50	5.50 cpl. 76
111	7.50 cpl. 76	109	99.50	5.50 cpl. 76
112	7.50 cpl. 76	110	99.50	5.50 cpl. 76
113	7.50 cpl. 76	111	99.50	5.50 cpl. 76
114	7.50 cpl. 76	112	99.50	5.50 cpl. 76
115	7.50 cpl. 76	113	99.50	5.50 cpl. 76
116	7.50 cpl. 76	114	99.50	5.50 cpl. 76
117	7.50 cpl. 76	115	99.50	5.50 cpl. 76
118	7.50 cpl. 76	116	99.50	5.50 cpl. 76
119	7.50 cpl. 76	117	99.50	5.50 cpl. 76
120	7.50 cpl. 76	118	99.50	5.50 cpl. 76
121	7.50 cpl. 76	119	99.50	5.50 cpl. 76
122	7.50 cpl. 76	120	99.50	5.50 cpl. 76
123	7.50 cpl. 76	121	99.50	5.50 cpl. 76
124	7.50 cpl. 76	122	99.50	5.50 cpl. 76
125	7.50 cpl. 76	123	99.50	5.50 cpl. 76
126	7.50 cpl. 76	124	99.50	5.50 cpl. 76
127	7.50 cpl. 76	125	99.50	5.50 cpl. 76
128	7.50 cpl. 76	126	99.50	5.50 cpl. 76
129	7.50 cpl. 76	127	99.50	5.50 cpl. 76
130	7.50 cpl. 76	128	99.50	5.50 cpl. 76
131	7.50 cpl. 76	129	99.50	5.50 cpl. 76
132	7.50 cpl. 76	130	99.50	5.50 cpl. 76
133	7.50 cpl. 76	131	99.50	5.50 cpl. 76
134	7.50 cpl. 76	132	99.50	5.50 cpl. 76
135	7.50 cpl. 76	133	99.50	5.50 cpl. 76
136	7.50 cpl. 76	134	99.50	5.50 cpl. 76
137	7.50 cpl. 76	135	99.50	5.50 cpl. 76
138	7.50 cpl. 76	136	99.50	5.50 cpl. 76
139	7.50 cpl. 76	137	99.50	5.50 cpl. 76
140	7.50 cpl. 76	138	99.50	5.50 cpl. 76
141	7.50 cpl. 76	139	99.50	5.50 cpl. 76
142	7.50 cpl. 76	140	99.50	5.50 cpl. 76
143	7.50 cpl. 76	141	99.50	5.50 cpl. 76
144	7.50 cpl. 76	142	99.50	5.50 cpl. 76
145	7.50 cpl. 76	143	99.50	5.50 cpl. 76
146	7.50 cpl. 76	144	99.50	5.50 cpl. 76
147	7.50 cpl. 76	145	99.50	5.50 cpl. 76
148	7.50 cpl. 76	146	99.50	5.50 cpl. 76
149	7.50 cpl. 76	147	99.50	5.50 cpl. 76
150	7.50 cpl. 76	148	99.50	5.50 cpl. 76
151	7.50 cpl. 76	149	99.50	5.50 cpl. 76
152	7.50 cpl. 76	150	99.50	5.50 cpl. 76
153	7.50 cpl. 76	151	99.50	5.50 cpl. 76
154	7.50 cpl. 76	152	99.50	5.50 cpl. 76
155	7.50 cpl. 76	153	99.50	5.50 cpl. 76
156	7.50 cpl. 76	154	99.50	5.50 cpl. 76
157	7.50 cpl. 76	155	99.50	5.50 cpl. 76
158	7.50 cpl. 76	156	99.50	5.50 cpl. 76
159	7.50 cpl. 76	157	99.50	5.50 cpl. 76
160	7.50 cpl. 76	158	99.50	5.50 cpl. 76
161	7.50 cpl. 76	159	99.50	5.50 cpl. 76
162	7.50 cpl. 76	160	99.50	5.50 cpl. 76
163	7.50 cpl. 76	161	99.50	5.50 cpl. 76
164	7.50 cpl. 76	162	99.50	5.50 cpl. 76
165	7.50 cpl. 76	163	99.50	5.50 cpl. 76
166	7.50 cpl. 76	164	99.50	5.50 cpl. 76
167	7.50 cpl. 76	165	99.50	5.50 cpl. 76
168	7.50 cpl. 76	166	99.50	5.50 cpl. 76
169	7.50 cpl. 76	167	99.50	5.50 cpl. 76

26.10	25.10	
50.87	51.57	
714	716	

[illegible]

De

[illegible]

1.75	99.5G	99.7G
2.00	100.5	101T
2.25	100	100.25
2.50	101.5	102.75
2.75	100.5	100.5G

[illegible]

Tokio 29. 10. 2

199	100	Alps	2300
200	131	Bank of Tokyo	2200
201	125	Bank of Toronto	1250
202	107	Bank of Montreal	1250
203	100	Bank of Nova Scotia	1450
204	67	Bank of India	475
205	42	Bank of China	475
206	42	Bank of Japan	475
207	113	Bank of Korea	230
208	104	Bank of Siam	1350
209	130	Bank of Persia	1710
210	75	Bank of Egypt	850
211	72	Bank of Greece	850
212	146	Bank of Italy	1300
213	274	Bank of France	2300
214	45	Bank of Spain	1300
215	140	Bank of Portugal	450
216	47	Bank of Belgium	450
217	67	Bank of Netherlands	1680
218	24	Bank of Luxembourg	1680
219	131	Bank of Switzerland	220
220	28	Bank of Austria	220
221	36	Bank of Prussia	315
222	67	Bank of Saxony	1270
223	47	Bank of Hanover	1270
224	67	Bank of Bremen	1270
225	165	Bank of Hamburg	1270
226	107	Bank of Berlin	1070
227	132	Bank of Cologne	1070
228	37	Bank of Frankfurt	1070
229	106	Bank of Leipzig	1070
230	142	Bank of Dresden	1070
231	100	Bank of Stettin	1070
232	100	Bank of Danzig	1070
233	100	Bank of Poznan	1070
234	100	Bank of Lodz	1070
235	100	Bank of Katowice	1070
236	100	Bank of Wroclaw	1070
237	100	Bank of Szczecin	1070
238	100	Bank of Gdansk	1070
239	100	Bank of Bydgoszcz	1070
240	100	Bank of Torun	1070
241	100	Bank of Tarnobrzeg	1070
242	100	Bank of Zielona Gora	1070
243	100	Bank of Lublin	1070
244	100	Bank of Bialystok	1070
245	100	Bank of Grodno	1070
246	100	Bank of Minsk	1070
247	100	Bank of Smolensk	1070
248	100	Bank of Tver	1070
249	100	Bank of Yaroslavl	1070
250	100	Bank of Kostroma	1070
251	100	Bank of Vladimir	1070
252	100	Bank of Ivanovo	1070
253	100	Bank of Nizhny Novgorod	1070
254	100	Bank of Penza	1070
255	100	Bank of Samara	1070
256	100	Bank of Saratov	1070
257	100	Bank of Volgograd	1070
258	100	Bank of Astrakhan	1070
259	100	Bank of Volgograd	1070
260	100	Bank of Volgograd	1070
261	100	Bank of Volgograd	1070
262	100	Bank of Volgograd	1070
263	100	Bank of Volgograd	1070
264	100	Bank of Volgograd	1070
265	100	Bank of Volgograd	1070
266	100	Bank of Volgograd	1070
267	100	Bank of Volgograd	1070
268	100	Bank of Volgograd	1070
269	100	Bank of Volgograd	1070
270	100		

[illegible]

99.1	4.50 dpl 79
99.9	4.50 dpl 70
107	7.75 dpl 71
106.5	7 dpl 72
104	12 dpl 80

255	102.750	5.50	83
256	102.750	5.50	83
257	102.750	5.50	83
258	102.750	5.50	83
259	102.750	5.50	83
260	102.750	5.50	83
261	102.750	5.50	83
262	102.750	5.50	83
263	102.750	5.50	83
264	102.750	5.50	83
265	102.750	5.50	83
266	102.750	5.50	83
267	102.750	5.50	83
268	102.750	5.50	83
269	102.750	5.50	83
270	102.750	5.50	83
271	102.750	5.50	83
272	102.750	5.50	83
273	102.750	5.50	83
274	102.750	5.50	83
275	102.750	5.50	83
276	102.750	5.50	83
277	102.750	5.50	83
278	102.750	5.50	83
279	102.750	5.50	83
280	102.750	5.50	83
281	102.750	5.50	83
282	102.750	5.50	83
283	102.750	5.50	83
284	102.750	5.50	83
285	102.750	5.50	83
286	102.750	5.50	83
287	102.750	5.50	83
288	102.750	5.50	83
289	102.750	5.50	83
290	102.750	5.50	83
291	102.750	5.50	83
292	102.750	5.50	83
293	102.750	5.50	83
294	102.750	5.50	83
295	102.750	5.50	83
296	102.750	5.50	83
297	102.750	5.50	83
298	102.750	5.50	83
299	102.750	5.50	83
300	102.750	5.50	83
301	102.750	5.50	83
302	102.750	5.50	83
303	102.750	5.50	83
304	102.750	5.50	83
305	102.750	5.50	83
306	102.750	5.50	83
307	102.750	5.50	83
308	102.750	5.50	83
309	102.750	5.50	83
310	102.750	5.50	83
311	102.750	5.50	83
312	102.750	5.50	83
313	102.750	5.50	83
314	102.750	5.50	83
315	102.750	5.50	83
316	102.750	5.50	83
317	102.750	5.50	83
318	102.750	5.50	83
319	102.750	5.50	83
320	102.750	5.50	83
321	102.750	5.50	83
322	102.750	5.50	83
323	102.750	5.50	83
324	102.750	5.50	83
325	102.750	5.50	83
326	102.750	5.50	83
327	102.750	5.50	83
328	102.750	5.50	83
329	102.750	5.50	83
330	102.750	5.50	83
331	102.750	5.50	83
332	102.750	5.50	83
333	102.750	5.50	83
334	102.750	5.50	83
335	102.750	5.50	83
336	102.750	5.50	83
337	102.750	5.50	83
338	102.750	5.50	83
339	102.750	5.50	83
340	102.750	5.50	83
341	102.750	5.50	83
342	102.750	5.50	83
343	102.750	5.50	83
344	102.750	5.50	83
345	102.750	5.50	83
346	102.750	5.50	83
347	102.750	5.50	83
348	102.750	5.50	83
349	102.750	5.50	83
350	102.750	5.50	83
351	102.750	5.50	83
352	102.750	5.50	83
353	102.750	5.50	83
354	102.750	5.50	83
355	102.750	5.50	83
356	102.750	5.50	83
357	102.750	5.50	83
358	102.750	5.50	83
359	102.750	5.50	83
360	102.750	5.50	83
361	102.750	5.50	83
362	102.750	5.50	83
363	102.750	5.50	83
364	102.750	5.50	83
365	102.750	5.50	83
366	102.750	5.50	83
367	102.750	5.50	83
368	102.750	5.50	83
369	102.750	5.50	83
370	102.750	5.50	83
371	102.750	5.50	83
372	102.750	5.50	83
373	102.750	5.50	83
374	102.750	5.50	83
375	102.750	5.50	83
376	102.750	5.50	83
377	102.750	5.50	83
378	102.750	5.50	83
379	102.750	5.50	83
380	102.750	5.50	83
381	102.750	5.50	83
382	102.750	5.50	83
383	102.750	5.50	83
384	102.750	5.50	83
385	102.750	5.50	83
386	102.750	5.50	83
387	102.750	5.50	83
388	102.750	5.50	83
389	102.750	5.50	83
390	102.750	5.50	83
391	102.750	5.50	83
392	102.750	5.50	83
393	102.750	5.50	83
394	102.750	5.50	83
395	102.750	5.50	83
396	102.750	5.50	83
397	102.750	5.50	83
398	102.750	5.50	83
399	102.750	5.50	83
400	102.750	5.50	83

10	26. 10.
----	---------

[illegible]

[illegible]

63.50	67.96	72.99
106.40	105.27	103.51
87.64	83.49	83.17
97.09	95.39	93.19

[illegible]

Paris	26 10	25 10.
-------	-------	--------

344	345	Alt Liquid	575	578
345	346	Aston Albion	184	185
346	347	Avon	184	185
347	348	B&W Corp - Danvers	255	254
348	349	B&W Corp - Danvers	255	254
349	350	Chas. McClelland	1083	1084
350	351	Chas. McClelland	1083	1084
351	352	Chas. McClelland	1083	1084
352	353	Chas. McClelland	1083	1084
353	354	Chas. McClelland	1083	1084
354	355	Chas. McClelland	1083	1084
355	356	Chas. McClelland	1083	1084
356	357	Chas. McClelland	1083	1084
357	358	Chas. McClelland	1083	1084
358	359	Chas. McClelland	1083	1084
359	360	Chas. McClelland	1083	1084
360	361	Chas. McClelland	1083	1084
361	362	Chas. McClelland	1083	1084
362	363	Chas. McClelland	1083	1084
363	364	Chas. McClelland	1083	1084
364	365	Chas. McClelland	1083	1084
365	366	Chas. McClelland	1083	1084
366	367	Chas. McClelland	1083	1084
367	368	Chas. McClelland	1083	1084
368	369	Chas. McClelland	1083	1084
369	370	Chas. McClelland	1083	1084
370	371	Chas. McClelland	1083	1084
371	372	Chas. McClelland	1083	1084
372	373	Chas. McClelland	1083	1084
373	374	Chas. McClelland	1083	1084
374	375	Chas. McClelland	1083	1084
375	376	Chas. McClelland	1083	1084
376	377	Chas. McClelland	1083	1084
377	378	Chas. McClelland	1083	1084
378	379	Chas. McClelland	1083	1084
379	380	Chas. McClelland	1083	1084
380	381	Chas. McClelland	1083	1084
381	382	Chas. McClelland	1083	1084
382	383	Chas. McClelland	1083	1084
383	384	Chas. McClelland	1083	1084
384	385	Chas. McClelland	1083	1084
385	386	Chas. McClelland	1083	1084
386	387	Chas. McClelland	1083	1084
387	388	Chas. McClelland	1083	1084
388	389	Chas. McClelland	1083	1084
389	390	Chas. McClelland	1083	1084
390	391	Chas. McClelland	1083	1084
391	392	Chas. McClelland	1083	1084
392	393	Chas. McClelland	1083	1084
393	394	Chas. McClelland	1083	1084
394	395	Chas. McClelland	1083	1084
395	396	Chas. McClelland	1083	1084
396	397	Chas. McClelland	1083	1084
397	398	Chas. McClelland	1083	1084
398	399	Chas. McClelland	1083	1084
399	400	Chas. McClelland	1083	1084
400	401	Chas. McClelland	1083	1084
401	402	Chas. McClelland	1083	1084
402	403	Chas. McClelland	1083	1084
403	404	Chas. McClelland	1083	1084
404	405	Chas. McClelland	1083	1084
405	406	Chas. McClelland	1083	1084
406	407	Chas. McClelland	1083	1084
407	408	Chas. McClelland	1083	1084
408	409	Chas. McClelland	1083	1084
409	410	Chas. McClelland	1083	1084
410	411	Chas. McClelland	1083	1084
411	412	Chas. McClelland	1083	1084
412	413	Chas. McClelland	1083	1084
413	414	Chas. McClelland	1083	1084
414	415	Chas. McClelland	1083	1084
415	416	Chas. McClelland	1083	1084
416	417	Chas. McClelland	1083	1084
417	418	Chas. McClelland	1083	1084
418	419	Chas. McClelland	1083	1084
419	420	Chas. McClelland	1083	1084
420	421	Chas. McClelland	1083	1084
421	422	Chas. McClelland	1083	1084
422	423	Chas. McClelland	1083	1084
423	424	Chas. McClelland	1083	1084
424	425	Chas. McClelland	1083	1084
425	426	Chas. McClelland	1083	1084
426	427	Chas. McClelland	1083	1084
427	428	Chas. McClelland	1083	1084
428	429	Chas. McClelland	1083	1084
429	430	Chas. McClelland	1083	1084
430	431	Chas. McClelland	1083	1084
431	432	Chas. McClelland	1083	1084
432	433	Chas. McClelland	1083	1084
433	434	Chas. McClelland	1083	1084
434	435	Chas. McClelland	1083	1084
435	436	Chas. McClelland	1083	1084
436	437	Chas. McClelland	1083	1084
437	438	Chas. McClelland	1083	1084
438	439	Chas. McClelland	1083	1084
439	440	Chas. McClelland	1083	1084
440	441	Chas. McClelland	1083	1084
441	442	Chas. McClelland	1083	1084
442	443	Chas. McClelland	1083	1084
443	444	Chas. McClelland	1083	1084
444	445	Chas. McClelland	1083	1084
445	446	Chas. McClelland	1083	1084
446	447	Chas. McClelland	1083	1084
447	448	Chas. McClelland	1083	1084
448	449	Chas. McClelland	1083	1084
449	450	Chas. McClelland	1083	1084
450	451	Chas. McClelland	1083	1084
451	452	Chas. McClelland	1083	1084
452	453	Chas. McClelland	1083	1084
453	454	Chas. McClelland	1083	1084
454	455	Chas. McClelland	1083	1084
455	456	Chas. McClelland	1083	1084
456	457	Chas. McClelland	1083	1084
457	458	Chas. McClelland	1083	1084
458	459	Chas. McClelland	1083	1084
459	460	Chas. McClelland	1083	1084
460	461	Chas. McClelland	1083	1084
461	462	Chas. McClelland	1083	1084
462	463	Chas. McClelland	1083	1084
463	464	Chas. McClelland	1083	1084
464	465	Chas. McClelland	1083	1084
465	466	Chas. McClelland	1083	1084
466	467	Chas. McClelland	1083	1084
467	468	Chas. McClelland	1083	1084
468	469	Chas. McClelland	1083	1084
469	470	Chas. McClelland	1083	1084
470	471	Chas. McClelland	1083	1084
471	472	Chas. McClelland	1083	1084
472	473	Chas. McClelland	1083	1084
473	474	Chas. McClelland	1083	1084
474	475	Chas. McClelland	1083	1084
475	476	Chas. McClelland	1083	1084
476	477	Chas. McClelland	1083	1084
477	478	Chas. McClelland	1083	1084
478	479	Chas. McClelland	1083	1084
479	480	Chas. McClelland	1083	1084
480	481	Chas. McClelland	1083	1084
481	482	Chas. McClelland	1083	1084
482	483	Chas. McClelland	1083	1084
483	484	Chas. McClelland	1083	1084
484	485	Chas. McClelland	1083	1084
485	486	Chas. McClelland	1083	1084
486	487	Chas. McClelland	1083	1084
487	488	Chas. McClelland	1083	1084
488	489	Chas. McClelland	1083	1084
489	490	Chas. McClelland	1083	1084
490	491	Chas. McClelland	1083	1084
491	492	Chas. McClelland	1083	1084
492	493	Chas. McClelland	1083	1084
493	494	Chas. McClelland	1083	1084
494	495	Chas. McClelland	1083	1084
495	496	Chas. McClelland	1083	1084
496	497	Chas. McClelland	1083	1084
497	498	Chas. McClelland	1083	1084
498	499	Chas. McClelland	1083	1084
499	500	Chas. McClelland	1083	1084
500	501	Chas. McClelland	1083	1084
501	502	Chas. McClelland	1083	1084
502	503	Chas. McClelland	1083	1084
503	504	Chas. McClelland	1083	1084
504	505	Chas. McClelland	1083	1084
505	506	Chas. McClelland	1083	1084
506	507	Chas. McClelland	1083	1084
507	508	Chas. McClelland	1083	1084
508	509	Chas. McClelland	1083	1084
509	510	Chas. McClelland	1083	1084
510	511	Chas. McClelland	1083	1084
511	512	Chas. McClelland	1083	1084
512	513	Chas. McClelland	1083	1084
513	514	Chas. McClelland	1083	1084
514	515	Chas. McClelland	1083	1084
515	516	Chas. McClelland	1083	1084
516	517	Chas. McClelland	1083	1084
517	518	Chas. McClelland	1083	1084
518	519	Chas. McClelland	1083	1084
519	520	Chas. McClelland	1083	1084
520	521	Chas. McClelland	1083	1084
521	522	Chas. McClelland	1083	1084
522	523	Chas. McClelland	1083	1084
523	524	Chas. McClelland	1083	1084
524	525	Chas. McClelland	1083	1084
525	526	Chas. McClelland	1083	1084
526	527	Chas. McClelland	1083	1084
527	528	Chas. McClelland	1083	1084
528	529	Chas. McClelland	1083	1084
529	530	Chas. McClelland	1083	1084
530	531	Chas. McClelland	1083	1084
531	532	Chas. McClelland	1083	1084
532	533	Chas. McClelland	1083	1084
533	534	Chas. McClelland	1083	1084
534	535	Chas. McClelland	1083	1084
535	536	Chas. McClelland	1083	1084
536	537	Chas. McClelland	1083	1084
537	538	Chas. McClelland	1083	1084
538	539	Chas. McClelland	1083	1084
539	540	Chas. McClelland	1083	1084
540	541	Chas. McClelland	1083	1084
541	542	Chas. McClelland	1083	1084
542	543	Chas. McClelland	1083	1084
543	544	Chas. McClelland	1083	1084
544	545	Chas. McClelland	1083	1084
545	546	Chas. McClelland	1083	1084
546	547	Chas. McClelland	1083	1084
547	548	Chas. McClelland	1083	1084
548	549	Chas. McClelland	1083	1084
549	550	Chas. McClelland	1083	1084
550	551	Chas. McClelland	1083	1084
551	552	Chas. McClelland	1083	1084
552	553	Chas. McClelland	1083	1084
553	554	Chas. McClelland	1083	1084
554	555	Chas. McClelland	1083	1084
555	556	Chas. McClelland	1083	1084
556	557	Chas. McClelland	1083	1084
557	558	Chas. McClelland	1083	1084
558	559	Chas. McClelland	1083	1084
559	560	Chas. McClelland	1083	1084
560	561	Chas. McClelland	1083	1084
561	562	Chas. McClelland	1083	1084
562	563	Chas. McClelland	1083	1084
563	564	Chas. McClelland	1083	1084
564	565	Chas. McClelland	1083	1084
565	566	Chas. McClelland	1083	1084
566	567	Chas. McClelland	1083	1084
567	568	Chas. McClelland	1083	1084
568	569	Chas. McClelland	1083	1084
569	570	Chas. McClelland	1083	1084
570	571	Chas. McClelland	1083	1084
571	572	Chas. McClelland	1083	1084
572	573	Chas. McClelland	1083	1084
573	574	Chas. McClelland	1083	1084
574	575	Chas. McClelland	1083	1084
575	576	Chas. McClelland	1083	1084
576	577	Chas. McClelland	1083	1084
577	578	Chas. McClelland	1083	1084
578	579	Chas. McClelland	1083	1084
579	580	Chas. McClelland	1083	1084
580	581	Chas. McClelland	1083	1084
581	582	Chas. McClelland	1083	1084
582	583	Chas. McClelland	1083	1084
583	584	Chas. McClelland	1083	1084
584	585	Chas. McClelland	1083	1084
585	586	Chas. McClelland	1083	1084
586	587	Chas. McClelland	1083	1084
587	588	Chas. McClelland	1083	1084
588	589	Chas. McClelland	1083	1084
589	590	Chas. McClelland	1083	1084
590	591	Chas. McClelland	1083	1084
591	592	Chas. McClelland	1083	1084
592	593	Chas. McClelland	1083	1084
593	594	Chas. McClelland	1083	1084
594	595	Chas. McClelland	1083	1084
595	596	Chas. McClelland	1083	1084
596	597	Chas. McClelland	1083	1084

markt

Die Befestigung der Dollar-Zinssätze um 10 Per Pro-
zent in der Spätes führte am Terminkurs zu einer Er-
höhung der Rendite auf 10,10 Prozent.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/Dm	1,1341/0,3	1,2472/0,2	7,13/0,8
Pfund/Dollar	0,9804/0,4	0,9846/0,6	0,109/1,5
Franken/Dollar	1,977/0,9	1,977/0,9	0,860/0,9
Ft/Dm	22/0,6	50/1,4	97/1,9

Geldmarktsätze

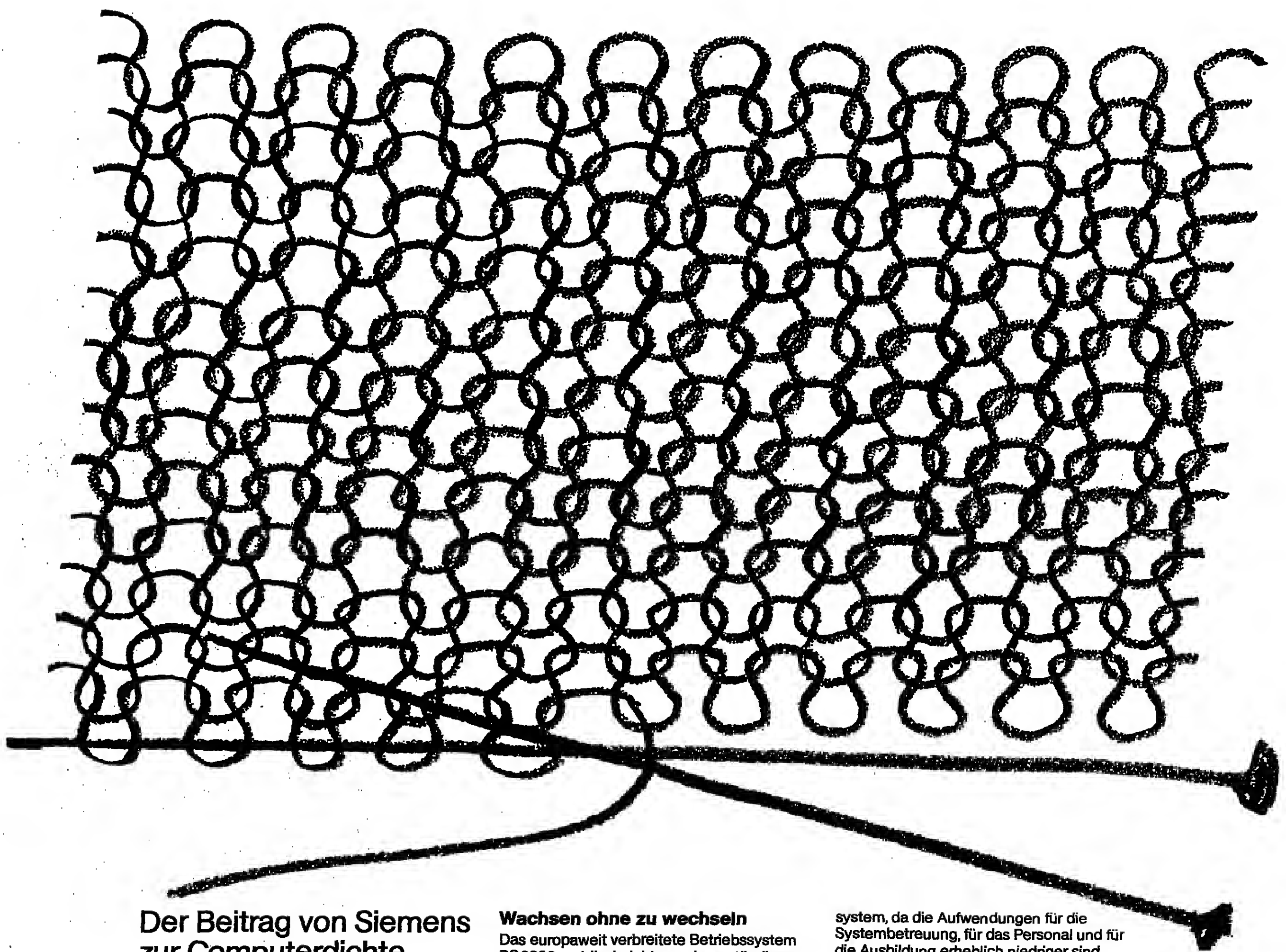
Geldmarktsatz: Bankdiskont um 20,00 Prozent;
10.; Tagesgeld 3,5-4,55 Prozent; Monatskredit 5,0-5,25
Prozent; Dreimonatskredit 6,0-6,15 Prozent.

Bankdiskont um 20,00 Prozent; 10 bis 29 Tage 4,05-6,0
3,50-6,00 Prozent; 30 bis 59 Tage 4,50-6,00 Prozent;
2. Diskontsatz der Bundesbank am 20. 10. 4,5
Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesbankdiskontsatz (Zinssatz vom 1. Oktober 1964) auf
20,00 Prozent. Der Diskontsatz der Bundesbank wird
überhöht in Prozent für die jeweilige Bank.
Zinsausbe: 1964/65 7,30; 1965/66 7,00; 1966/67 7,25
1967/68 7,50; 1968/69 7,00; 1969/70 7,50; 1970/71 7,50
1971/72 7,50; 1972/73 7,50; 1973/74 7,50; 1974/75 7,50
1975/76 7,50; 1976/77 7,50; 1977/78 7,50; 1978/79 7,50
1979/80 7,50; 1980/81 7,50; 1981/82 7,50; 1982/83 7,50
1983/84 7,50; 1984/85 7,50; 1985/86 7,50; 1986/87 7,50
1987/88 7,50; 1988/89 7,50; 1989/90 7,50; 1990/91 7,50
1991/92 7,50; 1992/93 7,50; 1993/94 7,50; 1994/95 7,50
1995/96 7,50; 1996/97 7,50; 1997/98 7,50; 1998/99 7,50
1999/00 7,50; 2000/01 7,50; 2001/02 7,50; 2002/03 7,50
2003/04 7,50; 2004/05 7,50; 2005/06 7,50; 2006/07 7,50
2007/08 7,50; 2008/09 7,50; 2009/10 7,50; 2010/11 7,50
2011/12 7,50; 2012/13 7,50; 2013/14 7,50; 2014/15 7,50
2015/16 7,50; 2016/17 7,50; 2017/18 7,50; 2018/19 7,50
2019/20 7,50; 2020/21 7,50; 2021/22 7,50; 2022/23 7,50
2023/24 7,50; 2024/25 7,50; 2025/26 7,50; 2026/27 7,50
2027/28 7,50; 2028/29 7,50; 2029/30 7,50; 2030/31 7,50
2031/32 7,50; 2032/33 7,50; 2033/34 7,50; 2034/35 7,50
2035/36 7,50; 2036/37 7,50; 2037/38 7,50; 2038/39 7,50
2039/40 7,50; 2040/41 7,50; 2041/42 7,50; 2042/43 7,50
2043/44 7,50; 2044/45 7,50; 2045/46 7,50; 2046/47 7,50
2047/48 7,50; 2048/49 7,50; 2049/50 7,50; 2050/51 7,50
2051/52 7,50; 2052/53 7,50; 2053/54 7,50; 2054/55 7,50
2055/56 7,50; 2056/57 7,50; 2057/58 7,50; 2058/59 7,50
2059/60 7,50; 2060/61 7,50; 2061/62 7,50; 2062/63 7,50
2063/64 7,50; 2064/65 7,50; 2065/66 7,50; 2066/67 7,50
2067/68 7,50; 2068/69 7,50; 2069/70 7,50; 2070/71 7,50
2071/72 7,50; 2072/73 7,50; 2073/74 7,50; 2074/75 7,50
2075/76 7,50; 2076/77 7,50; 2077/78 7,50; 2078/79 7,50
2079/80 7,50; 2080/81 7,50; 2081/82 7,50; 2082/83 7,50
2083/84 7,50; 2084/85 7,50; 2085/86 7,50; 2086/87 7,50
2087/88 7,50; 2088/89 7,50; 2089/90 7,50; 2090/91 7,50
2091/92 7,50; 2092/93 7,50; 2093/94 7,50; 2094/95 7,50
2095/96 7,50; 2096/97 7,50; 2097/98 7,50; 2098/99 7,50
2099/00 7,50; 2100/01 7,50; 2101/02 7,50; 2102/03 7,50
2103/04 7,50; 2104/05 7,50; 2105/06 7,50; 2106/07 7,50
2107/08 7,50; 2108/09 7,50; 2109/10 7,50; 2110/11 7,50
2111/12 7,50; 2112/13 7,50; 2113/14 7,50; 2114/15 7,50
2115/16 7,50; 2116/17 7,50; 2117/18 7,50; 2118/19 7,50
2119/20 7,50; 2120/21 7,50; 2121/22 7,50; 2122/23 7,50
2123/24 7,50; 2124/25 7,50; 2125/26 7,50; 2126/27 7,50
2127/28 7,50; 2128/29 7,50; 2129/30 7,50; 2130/31 7,50
2131/32 7,50; 2132/33 7,50; 2133/34 7,50; 2134/35 7,50
2135/36 7,50; 2136/37 7,50; 2137/38 7,50; 2138/39 7,50
2139/40 7,50; 2140/41 7,50; 2141/42 7,50; 2142/43 7,50
2143/44 7,50; 2144/45 7,50; 2145/46 7,50; 2146/47 7,50
2147/48 7,50; 2148/49 7,50; 2149/50 7,50; 2150/51 7,50
2151/52 7,50; 2152/53 7,50; 2153/54 7,50; 2154/55 7,50
2155/56 7,50; 2156/57 7,50; 2157/58 7,50; 2158/59 7,50
2159/60 7,50; 2160/61 7,50; 2161/62 7,50; 2162/63 7,50
2163/64 7,50; 2164/65 7,50; 2165/66 7,50; 2166/67 7,50
2167/68 7,50; 2168/69 7,50; 2169/70 7,50; 2170/71 7,50
2171/72 7,50; 2172/73 7,50; 2173/74 7,50; 2174/75 7,50
2175/76 7,50; 2176/77 7,50; 2177/78 7,50; 2178/79 7,50
2179/80 7,50; 2180/81 7,50; 2181/82 7,50; 2182/83 7,50
2183/84 7,50; 2184/85 7,50; 2185/86 7,50; 2186/87 7,50
2187/88 7,50; 2188/89 7,50; 2189/90 7,50; 2190/91 7,50
2191/92 7,50; 2192/93 7,50; 2193/94 7,50; 2194/95 7,50
2195/96 7,50; 2196/97 7,50; 2197/98 7,50; 2198/99 7,50
2199/00 7,50; 2200/01 7,50; 2201/02 7,50; 2202/03 7,50
2203/04 7,50; 2204/05 7,50; 2205/06 7,50; 2206/07 7,50
2207/08 7,50; 2208/09 7,50; 2209/10 7,50; 2210/11 7,50
2211/12 7,50; 2212/13 7,50; 2213/14 7,50; 2214/15 7,50
2215/16 7,50; 2216/17 7,5

مكة: امت الأهل

SIEMENS



Der Beitrag von Siemens zur Computerdichte Europas: das europäische Betriebssystem BS 2000.

Das Betriebssystem BS 2000 für Universalcomputer von Siemens ist europaweit jetzt schon mehr als 2600mal im Einsatz.

Computer-Anwender wissen, daß ein Betriebssystem für sie um so nützlicher ist, je weiter es verbreitet ist. Denn je weiter es verbreitet ist, desto mehr Anwenderprogramme wurden und werden dafür geschrieben. Je mehr Anwender-Software aber für ein Betriebssystem zur Verfügung steht, desto weiter wird es verbreitet.

Wachsen ohne zu wechseln

Das europaweit verbreitete Betriebssystem BS 2000 verbürgt nicht nur einen ständigen Zustrom an Anwender-Software, sondern sichert auch die Softwareinvestitionen. Denn bei einem Computerwechsel – etwa zu leistungsfähigerer Hardware – bleiben diese Investitionen nur dann erhalten, wenn auch das Betriebssystem beibehalten wird, auf das die Anwenderprogramme geschrieben wurden. Siemens bietet im System 7·500 jetzt schon 10 Computer unter dem Betriebssystem BS 2000 an – vom mittleren zum Einstiegen in die universelle Datenverarbeitung bis zum größten Computer, der überhaupt in Europa entwickelt und produziert wird.

Entscheidende Wirtschaftlichkeit

Neben der Reichweite und der Verbreitung spricht die Wirtschaftlichkeit für das BS 2000 von Siemens. Wie Diebold ermittelt hat, kann ein Anwender mit dem BS 2000 sein EDV-Budget um bis zu 40% niedriger halten als mit einem vergleichbaren anderen Betriebs-

system, da die Aufwendungen für die Systembetreuung, für das Personal und für die Ausbildung erheblich niedriger sind.

Alle 12 Stunden wird ein neues Betriebssystem irgendwo in Europa installiert. Der Beitrag von Siemens zur Computerdichte auf dem zweitgrößten Computermarkt der Welt.

Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, schreiben Sie an: Siemens AG, ZVW13, Otto-Hahn-Ring 6, 8000 München 83.

Aufgaben gibt's überall. Siemens Computer auch.



Renten erneut schwächer

Nachdem die Kurse öffentlicher Anleihen am Wochenende bereits bis zu 0,50 Prozentpunkte zurückgegangen waren, stellten sich am Montag weitere Abschwünge ein. Die Renditen stiegen auf 7,25 Prozent, was auf die Zinssenkung in den letzten Wochen am deutschen Kapitalmarkt der. Unter diesen Umständen ist die neue 7½-prozentige Bundesanleihe (Rendite 7,25 Prozent) wieder im In- noch im Ausland platzierbar.

Bundesanleihen			29. 10.	28. 10.
F 8 1/2 % 79 IV	1294	99,55	99,55	
F 8 1/2 % 79 V	1295	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 VI	1296	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 VII	1297	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 VIII	1298	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 IX	1299	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 X	1300	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XI	1301	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XII	1302	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XIII	1303	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XIV	1304	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XV	1305	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XVI	1306	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XVII	1307	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XVIII	1308	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XIX	1309	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XX	1310	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXI	1311	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXII	1312	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXIII	1313	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXIV	1314	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXV	1315	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXVI	1316	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXVII	1317	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXVIII	1318	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXIX	1319	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXX	1320	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXXI	1321	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXXII	1322	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXXIII	1323	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXXIV	1324	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXXV	1325	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXXVI	1326	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXXVII	1327	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXXVIII	1328	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XXXIX	1329	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XL	1330	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XLI	1331	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XLII	1332	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XLIII	1333	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XLIV	1334	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XLV	1335	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XLVI	1336	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XLVII	1337	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XLVIII	1338	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 XLIX	1339	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 L	1340	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LI	1341	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LII	1342	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LIII	1343	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LIV	1344	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LV	1345	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LVI	1346	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LVII	1347	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LVIII	1348	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LIX	1349	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LX	1350	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXI	1351	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXII	1352	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXIII	1353	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXIV	1354	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXV	1355	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXVI	1356	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXVII	1357	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXVIII	1358	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXIX	1359	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXX	1360	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXI	1361	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXII	1362	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXIII	1363	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXIV	1364	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXV	1365	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXVI	1366	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXVII	1367	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXVIII	1368	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXIX	1369	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXX	1370	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXI	1371	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXII	1372	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXIII	1373	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXIV	1374	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXV	1375	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXVI	1376	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXVII	1377	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXVIII	1378	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXIX	1379	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXX	1380	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXI	1381	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXII	1382	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXIII	1383	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXIV	1384	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXV	1385	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXVI	1386	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXVII	1387	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXVIII	1388	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXIX	1389	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXX	1390	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXI	1391	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXII	1392	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXIII	1393	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXIV	1394	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXV	1395	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXVI	1396	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXVII	1397	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXVIII	1398	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXIX	1399	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXX	1400	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXI	1401	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXII	1402	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXIII	1403	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXIV	1404	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXV	1405	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXVI	1406	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXVII	1407	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXVIII	1408	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXIX	1409	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXX	1410	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXI	1411	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXII	1412	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIII	1413	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIV	1414	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXV	1415	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVI	1416	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVII	1417	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVIII	1418	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIX	1419	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXX	1420	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXI	1421	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXII	1422	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIII	1423	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIV	1424	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXV	1425	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVI	1426	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVII	1427	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVIII	1428	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIX	1429	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXX	1430	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXI	1431	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXII	1432	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIII	1433	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIV	1434	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXV	1435	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVI	1436	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVII	1437	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVIII	1438	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIX	1439	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXX	1440	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXI	1441	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXII	1442	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIII	1443	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIV	1444	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXV	1445	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVI	1446	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVII	1447	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVIII	1448	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIX	1449	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXX	1450	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXI	1451	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXII	1452	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIII	1453	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIV	1454	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXV	1455	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVI	1456	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVII	1457	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVIII	1458	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIX	1459	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXX	1460	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXI	1461	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXII	1462	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIII	1463	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIV	1464	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXV	1465	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVI	1466	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVII	1467	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVIII	1468	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIX	1469	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXX	1470	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXI	1471	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXII	1472	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIII	1473	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIV	1474	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXV	1475	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVI	1476	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVII	1477	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVIII	1478	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIX	1479	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXX	1480	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXI	1481	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXII	1482	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIII	1483	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIV	1484	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXV	1485	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVI	1486	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVII	1487	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVIII	1488	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIX	1489	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXX	1490	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXI	1491	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXII	1492	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIII	1493	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIV	1494	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXV	1495	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVI	1496	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVII	1497	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXVIII	1498	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIX	1499	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXX	1500	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXI	1501	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXII	1502	100,00	100,00	
F 8 1/2 % 79 LXXXXXXXIII	1503	100,		



Der Sieger Orlando Pizzolo aus Italien küßt die Straße (links). Herbert Steffny aus Freiburg wurde Marathon-Dritter in New York. FOTOS: AP

Erst gab es Tips vom großen Bruder, dann wurde Herbert Steffny Marathon-Dritter in New York

K. Bl. Bonn/New York

Damit hatte nun niemand gerechnet: Beim berühmten New Yorker Marathonlauf wurde der Freiburger Herbert Steffny Dritter, Michael Spöttel aus Völler belegte den sechsten Platz. Es siegte überraschend der Italiener Orlando Pizzolo, ein Sportlehrer aus der Nähe von Mailand, der für seinen Erfolg 75 000 Mark erhielt. Steffny bekam für seinen dritten Platz noch 54 000 Mark.

Es war sein dritter Marathonlauf, den der 36-jährige in New York bestritt. Gut unterstützt und assistiert von seinem Bruder Manfred, dem ehemaligen deutschen Rekordläufer auf der Marathonstrecke und jetzigen Chefredakteur des Lauf-Magazins "Spürdon". Die beiden Steffnys hatten vor dem Rennen in New York noch eine Laufer-Hose in den amerikanischen Nationalfarben erstanden. Steffny trug diese Bekleidung, damit er am Straßenrand von den amerikanischen Zuschauern angefeuert wurde.

de: Go, USA, go. So war es auch, als Herbert Steffny in der Schlussphase des Rennens den besten Amerikaner Pat Peterson aus New York überholte.

Freilich war es überraschend, was in New York gelang. Manfred Steffny: "Wir hatten eigentlich mit einem Platz in den 20er Rängen gerechnet. Die Planungen liefen darauf hinaus, eine Zeit unter zwei Stunden und 13 Minuten zu erzielen. Doch dafür fehlten die Voraussetzungen. Bei einer Wärme von 25 Grad und einer Luftfeuchtigkeit von 90 Prozent mußten wir die Planungen ändern. Es ging darum, das Rennen vorsichtig anzugehen." Was auch geschah: Nach zehn Kilometern hatte Herbert Steffny zu Michael Spöttel aufgeschlossen und bildete mit ihm gemeinsam ein ausgezeichnetes Team. Im nachhinein kann man sich vorstellen, wie die beiden – wären sie vom Verband aufgestellt worden – gemeinsam mit dem

Frankfurter Ralf Salzmann bei den Olympischen Spielen in Los Angeles agiert hätten.

Seit zwei Jahren betreibt Herbert Steffny erst den Langstreckenlauf, und in diesem Jahr wurde er bereits deutscher Meister über 25 Kilometer in Waldnied. Als er damals als erster über den Zielstreifen rannte, überraschte er hinterher noch mit einem gelungenen Handstand. Manfred Steffny: "Herbert ist eindeutig der bessere Marathonläufer von uns beiden. Er ist viel athletischer als ich, und außerdem wird ein Marathonläufer erst im dritten Jahr seiner Laufbahn so richtig gut."

Freilich profitiert Herbert Steffny von den Erfahrungen seines Bruders, der ihm die Trainingspläne – in der Fachsprache nennt man so etwas Belastungshilfen – ausarbeitet. Und selbstverständlich hilft sich Herbert Steffny an das, was der Marathonbuch-Autor Manfred Steffny ihm aufschreibt. Manfred Steffny: "Hinzu

kommt, daß sich Herbert sehr gut auf eine Aufgabe konzentrieren kann."

New York Marathon hieß diese Aufgabe: Langsam anheben, um sich dann nach vorne zu arbeiten. Nun darf hochgerechnet werden, was gewesen wäre, wenn? Also wenn Herbert Steffny dieses Rennen in einem schnelleren Tempo angegangen wäre. Manfred Steffny: "Nun haben wir ja erst einmal die Sache mit dem langsamen Anfangstempo gelöst. Die Sache mit dem schnelleren Anfangstempo werden wir uns beim nächsten Mal als Aufgabe stellen." Das wird am 14. April 1985 beim Marathon-Weltcup in Hiroshima (Japan) sein. Denn es ist anzunehmen, daß der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) nach den Erfolgen in New York eine deutsche Mannschaft für das Rennen in Japan nominiert.

Der 48-jährige Franzose Jacques Bussereau starb beim New York Marathon nach einer Herzattacke.

Kinderstars: Die wenigsten bleiben dem Himmel der Filmwelt erhalten

Der Sprung in den dauernden Ruhm

Vor über 50 Jahren spielte er in "Emil und die Detektive" seine erste große Rolle. Hans Richter, Gast von Sigi Harreis, gehört zu den einstigen deutschen Kinderstars, die sich in der neuen Ausgabe der beliebten Sendung treffen. Die Mitstreifer unter den Zuschauern kennen dagegen Oliver Grimm noch aus dem Kinderfunk der 50er Jahre, und Susanne Uhlen Karriere als Schauspielerin. Kind liegt kaum 15 Jahre zurück. Alle aber, die ins Studio gebeten wurden,

Der Ruhm war ein Rausch für sie: kurz, heftig und nur schwer zu verkraften. Die Glitzerwelt des Films zehrte ihre Begabung und Kräfte in kürzester Zeit auf. Sie wurden vertrieben.

Nichts scheint schwerer zu sein als den Ruhm der frühen Jahre zu verkraften. Heilewille, die Tochter von John Mills und Star zahlloser Disney-Filme in den 50er Jahren, die einmal als zweite Mary Pickford gefeiert wurde, plauderte aus ihrer eigenen Erfahrung, als sie sagte: "Wer als Kind schon als Star gefeiert wird, der wird faul." Sie hat immerhin aus ihren Fehlern gelernt und steht heute, als 40-Jährige, wieder im Theater auf der Bühne und denkt an ein Kinocomeback. Die frühen Erfahrungen anderer Kinder hindern aber weder ehrgeizige Eltern noch Kinder selbst daran, vom Star zum Star zu werden.

Und Rollen gibt es viele. Kinder sind heute im Film begehrter denn je. Man denke nur an das Musical "Annie", das John Houston 1980 mit der sommersprossigen Aileen Quinn verfilmte. Das gute Kind darf heute noch für Essen und Kleider im Fernsehen werben und träumt von einer Fortsetzung von "Annie" – bisher vergebens. Und wer erinnert sich nicht an den hübschen kleinen Kerl in Robert Bentons "Kramer gegen Kramer"? Justin Henry heißt er, ist heute 12 Jahre alt und hat wieder in einem Film mitgewirkt. Er denkt noch immer an eine große Kinokarriere, will aber auf Rat von Dustin Hoffman

vernünftigerweise erst einmal eine Schauspielschule besuchen.

Viele Kinder jedoch, die durch irgendeinen Zufall für irgendeinen Film entdeckt wurden, geben hochfliegende Pläne und Träume von alleine wieder auf und leben brav auf die Schulbank zurück. Auch die meisten der jugendlichen Darsteller aus Sergio Leonos Epos "Es war einmal in Amerika" sehen sich lieber als Baseballstars denn als Filmhelden.

Wer den Sprung vom Kinderstar zum erfolgreichen Charakterdarsteller schaffen will, so Mickey Rooney, "braucht vor allem eines: Geduld. Und er braucht Glück, Ausdauer, wirkliches Talent und Selbstbewusstsein. Daran aber hapert es oft am meisten." Den ehemaligen Kinderstars bei Sigi Harreis offenbar nicht. Sie sind den Weg gegangen, den die Kometen am schnellsten amerikanischen Starhimmel oft scheuen: Training, Ausbildung, kleine Theaterrollen, das Handwerk von der Pike auf lernen. Amerikanische Ex-Kinderstars, so zum Beispiel Brooke Shields, versuchen die Barriere zwischen Kinder- und Erwachsenen-Schauspieler zu nehmen, und Tatum O'Neal beißt sich derzeit durch eine Schauspielschule. Den meisten aber fehlt der Atem. Ihnen bleiben von ihrer kurzen Zeit des Ruhms nur noch Erinnerungen und im Glücksfall ein paar tausend Dollar auf dem Bankkonto.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

KRITIK

Ein Blaubart als Teddybär

Max Frischs Problem war immer das Private. Darin ist er das genaue Gegenteil des anderen Schweizerischen Autors, Dürrenmatt, der stets nach allen Menschen angehenden Themen von oft geradezu plakativem Vereinfachung gegriffen hat. Die Filmfassung von Frisch hingegen wirkt stets ein bisschen den Verdacht, daß man sich in neutralen Kleinstaat noch seelische Probleme leistet, für die man in stärker gebildeten Ländern gar keine Zeit mehr habe. Die Parallelen zu Skandinavien springen ins Auge.

Der ARD-Film "Blaubart" nach Frischs Novelle bestätigt das: Diese Umkleepuppe des alten Ritter-Blaubart-Motives ist eine typische Privatisierung. Aus dem Frauenverschlinger der Segen hat Frisch einen melancholischen Teddybär gemacht, den Vladimir Glowna mühselos ohne Maske spielen kann. Zwar laufen ihm alle seine Ehefrauen davon. Aber als er zu Unrecht der Ermordung der letzten in der Reihe angeklagt wird, legen alle überlebenden Ehefrauen vor dem Zürcher Hofen Gericht gerührt ein gutes Wort für ihn ein. Der Freispruch allerdings enttäuscht den helvetischen Soft-Blaubart sehr. Aber sein Versuch, sich als Mörder zu präsentieren, hat keinen Erfolg: Man hat den wirklichen Mörder bereits gefunden (es ist natürlich ein Ausländer).

Dieses Indolenzspiel wäre ein Fresko für einen Regisseur wie Ophüls gewesen. Der polnische Stargisseur

Zanussi setzt es in das harte Stakato einer großflächig monotonen Stillierung um, der man bald müde wird. Es wirkt wie Robert Walser in den Maßstäben von Holder übersetzt.

Gerettet wird auch dieser Streifen (wie die kürzliche Siegfried-Lenz-Verfilmung) vom Frauenwunder. Unsere Regisseure beginnen den Reiz der Frau in mittleren Jahren zu entdecken. Die Gesichter von Blaubarts Ehefrauen sind von einem Reichtum, der sowohl Frischs Müdigkeit wie auch Zanussis ästhetische Strenge in die Ecke fegt. Man geht in diesen Gesichtern wie in Märchenlandschaften spazieren.

ARMIN MOHLER

Rastlos über den Globus gehetzt

Wird der polyglotte Martin Schlössler am Ende seiner sechsteiligen Serie "Auf verworrenen Spuren" Amerika neu entdeckt haben oder wird auch er zum Schluß über eine gebildete Zusammenfassung teils gängiger, teils esoterischer Interpretation nicht hinauskommen?

Wenn es dem Autor nicht gelingen sollte, die verworrenen Spuren der Entdeckung Amerikas um einige Sandkörner zu bereinigen, dann kann es am fehlenden Fleiß und Engagement nicht gelegen haben, denn schon der Prolog am Sonntagabend war mit Informationen vollgepackt. Genießen konnte man die wunderschönen Bilder jedoch nicht immer, denn der Autor, auf der Suche nach den Verhüllungen Wegen der Vergangenheit

heit der Neuen Welt, hetzte rastlos über den Globus, gönnte sich – und den Zuschauern – keine Pause zum Nachdenken, zur Vertiefung vieler interessanter Gedankengänge. Was nicht erbarmslos zugestanden wurde, ging im Wirrwarr ellenlangender Schatzkassensätze unter. Die Fernsehsprache ist eine andere, sie muß kurz, griffig und einprägsam sein. Außerdem muß sie synchron laufen zu den bewegten Bildern, ohne dabei zu Bildbeschreibung zu verkommen. Hier ging manches durcheinander. Bedenklich auch die zwar gängige, aber dennoch beleidigende Beschreibung der nordischen Ureinwohner Amerikas als Eskimos. Eskimo – das heißt Fleischbräuer – wollen die Bewohner der Arktik nicht mehr genannt werden, sie nennen sich bereits seit geraumer Zeit Inuit (Mensch).

Und was von der Reiseromanistik schlittenfahrender Inuit heute übrig geblieben ist, weiß jeder, der den Norden Amerikas in den letzten Jahren bereist hat. Schlittenhunde halten sich nur noch die Weiden in ihren Eisgärten als Souvenir, die Inuit rasen in Motorschlitten übers Eis. Und wenn die Verwandten dennoch allzuweit entfernt leben sollten, dann setzen sie sich einfach ins Fernsehstudio ihrer Kleinstädte und sprechen live über den Satelliten Anik mit ihren Lieben am anderen Ende des Eiskontinents.

Trotzdem: Man sollte versuchen, dem Autor auf den Fersen zu bleiben, denn was seine Kameras eingefangen haben, ist sehenswert, beeindruckend und bewegend. ERICH VOGT

• ZAHLEN •

FUSSBALL
Schottisches Pokal-Endspiel: Dundee United – Glasgow Rangers 0:1 (0:1).
REITEN
CSIO Washington, Großer Preis der Springreiter: 1. Fargis auf Touch of Class, 0 Fehlerpunkte/24,99 Sekunden.
2. Hanson auf May Be 0/34,73, 3. Burr auf Albany 4/30,19, 4. Monahan auf Governor 4/24,22, 5. Leone (alle USA) Jonker 9/35,56, alle im Stechen.
EISHOCKEY
Bundesliga, 10. Spieltag: Riesaersee – Köln 2:3, Esser-West – Düsseldorf 2:2, Isenlohn – Kaufbeuren 7:4, Rosenheim – Mannheim 7:1, Landstut – Schweinfurt 2:2.
EISKUNSTLAUF
Internationaler Wettbewerb "Skate Canada" in Victoria, Endstand, Paare: 1. Betschek/Kornjenko (UdSSR) 1,4, 2. Coull/Brown (Kanada) 3,3, Matousek/Eisler (Kanada) 4,2 – Herren: 1. Orser (Kanada) 2,6, 2. Filipowski (Polen) 5,0, 3. Ogawa (Japan) 7,6 – Damen: 1. To (Japan) 3,4, 2. Chin (USA) 3,5, 3. Lebedeva (UdSSR) 7,7, 4. Wolf (Deutschland) 13,8, 5. Eistanz: 1. Woloschinskaja/Swinin (UdSSR) 2,0, 2. Bora/Schönborn (Deutschland) 4,0, 3. Johnson/Thomas (Kanada) 6,0.
LEICHTATHLETIK
New York Marathon, Herren: 1. Pizzolo (Italien) 2:14:33 Std., 2. Murphy (England) 2:18:38, 3. Steffny (Deutschland) 2:18:33, 4. Petersen (USA) 2:16:35, 5. Demadonna (Italien) 2:17:05, 6. Spöttel (Deutschland) 2:17:11 – Frauen: 1. Walt (Norwegen) 2:29:50, 2. Marc (England) 2:35:58, 3. Fogli (Italien) 2:37:25, 4. Teake (Deutschland) 2:41:16, 5. Andersen-Schließ (Schweiz) 2:42:24.
TENNIS
Internationale Damen-Turnier in Brighton, Finale: Hanika (Deutschland) – Russell (USA) 6:3, 1:6, 6:2.
VOLLEYBALL
Bundesliga, Herren, 7. Spieltag: Hamburg – Paderborn 1:3.
GEWINNZAHLEN
Anzahlwette 6 aus 45: 10, 20, 30, 33, 40, 43, Zusatzspiel 3 – Rennquitt: Rennen A: 1, 7, 8 – B: 30, 21, 31. (Ohne Gewähr).

NACHRICHTEN

Kuba ist Baseball-Sieger

Havana (dpa) – Kuba ist neuer Baseball-Weltmeister der Amateure. Vor 55 000 Zuschauern gewann die Nationalmannschaft ihr entscheidendes Heimspiel gegen die USA mit 10:1.

Fünfte Meisterschaft

Stuttgart (dpa) – Bei der fünften Taekwondo-Europameisterschaft gewann die deutsche Nationalmannschaft ihren fünften Titel. Sie stellte außerdem neun Einzelsieger.

Jüngster Großmeister

London (dpa/UP) – Der jüngste Schach-Großmeister der Welt ist der erst 12-jährige Engländer Michael Adams. Bei einem Zehner-Turnier in London überbot er die vom Schach-Weltverband (FIDE) geforderte Norm (2400 Punkte) um sieben Punkte.

Nagelsen/Walts siegten

Houston (dpa/UP) – Mit einem 6:3, 4:6, 6:3, 6:2-Sieg über ihre amerikanischen Landsleute Kathy Rinaldi-Vincent von Patten gewannen Betsy Nagelsen/Butch Walts in Houston die Tennis-Weltmeisterschaft im Mixed.

Harald Ott überraschte

Dortmund (sid) – Sieger der beiden Veranstaltungsschnitte beim 2. Internationalen Hallen-Moto-Cross in der Dortmunder Westfalenhalle wurde der erst 16-jährige Harald Ott (Heidenheim).

Judo-Gold für Frankreich

Paris (dpa/UP) – Mit einem 4:1-Erfolg über die UdSSR gewann Frankreich in Paris die Judo-Europameisterschaft. Erfolgreichster Judo-

ka war der 32-jährige Schwergewichtler Angelo Parisi (Großbritannien) mit fünf Goldmedaillen.

Schuster in Superform

Barcelona (sid) – Der ehemalige deutsche Fußball-Nationalspieler Bernd Schuster steht mit seinem Verein FC Barcelona weiter ungeschlagen an der Spitze der ersten spanischen Fußball-Liga. Beim 2:1-Sieg bei Atletico Madrid war Schuster als Mittelfeldregisseur der überragende Spieler.

Jassmann ohne Resties

München (sid) – Der Deutsche Halbschwergewichts-Meister Manfred Jassmann (32) will sich künftig nicht mehr von Trainer Uli Resties (57) sekundieren lassen. Nach Jassmanns Ansicht hatte Resties beim Titelkampf gegen Ralf Röchigam (21) zu früh das Handtuch geworfen. Im Training arbeitet Jassmann weiterhin mit Resties zusammen.

Schiedsrichter erschossen

Montpellier (dpa) – Während eines Fußballspiels in der südfranzösischen Stadt Montpellier wurde der 25-jährige Schiedsrichter von einem Zuschauer erschossen. Der Vorfall ist der Höhepunkt wochenlangender Auseinandersetzungen zwischen Fußballfans und einer verfeindeten Jugendgruppe.

Karriere gefährdet

Innsbruck (dpa) – Die Karriere des 25-jährigen österreichischen Formel-1-Rennfahrers Gerhard Berger (ATS-Team) ist gefährdet. Berger erlitt bei einem Verkehrsunfall einen Halswirbelbruch.

STAND • PUNKT

Verschuldung

Die Arbeitslosenquote in Dortmund ist hoch, sehr hoch: Fast 18 Prozent beträgt sie. Da heißt es, die Mark umdrehen. Was freilich nicht für den Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund zutrifft. Der Verein soll sich nach einem Bericht der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in einen Schuldenberg von 7,5 Millionen Mark (D) hineingewirtschaftet haben. Im Grunde genommen bedeutet das den Bankrott.

Was dabei erstaunt: Im Wirtschaftsrat des renommierten Klubs sitzen prominente Geschäfts- und Bankfachleute, wie zum Beispiel Hoesch-Chef Rohwedder und der Direktor der Westfalenhalle, Heinemann. Im übrigen Geschäftsleben leisten sich diese Manager derartige Fehlinvestitionen nicht.

Es wäre wohl falsch, die gesamte Schuld nur auf den ehemaligen Manager Hans-Dieter Tippenhauer und den früheren Trainer Timo Konietzka zuwälzen. Denn über Preis und Nachfrage mußte schließlich auch der Wirtschaftsrat mitentscheiden. Und da lag vieles im argen. Da wurde zum Beispiel für den ehemaligen Bielefelder Spieler Paßdorf das Doppelte dessen bezahlt, was die Arminia eigentlich haben wollte.

Wie wird die Sache ausgehen? Die Vereinsmitglieder werden Vorstand und Wirtschaftsrat entlasten, der DRB wird zögernd weiterhin die Lizenz erteilen. Und dann kann weitergewirtschaftet werden, wie gewohnt. K. Bl.

FUSSBALL / Michel Platini und die Superlative

Auszeichnung für Völler

sid, Paris

Sogar Franz Beckenbauer reist an, um bei der prunkvollen Ehrung für Europas Fußballspieler Nummer eins dabei zu sein. Wenn Michel Platini in der historischen Conciergerie den Goldenen Schuh als bester Torschütze und den Goldenen Ball als bester Spieler der Europameisterschaft erhält, dann schweigt Frankreich noch einmal in Superlativen, erinnert sich an die Tage vom 12. bis 27. Juni, deren Drehbuch nur für einen Mann geschrieben zu sein schien. Für "Platinissimo", wie die französische Presse den Bergarbeitersohn aus Nancy nennt.

Daß er während der EM 29 Jahre alt wurde und außerdem sein 50. Lebensjahr bestritt, paßte bestens. Für alle anderen 159 EM-Spieler blieben nur Neben- oder Statistenrollen. Platini wurde in Rundfunk, Fernsehen und in den Zeitungen häufiger er-

wählt als Staatspräsident François Mitterrand.

Der Gewinn der EM und der persönliche Triumph machen sich für Platini, der ja ohnehin mit besten Verträgen ausgestattet ist, in klingender Münze bezahlt. "Numero 10" heißt eine 50-Minuten-Sendung im zweiten französischen Fernsehen, die Platini mit der Rückennummer 10 jeden Samstag moderiert. Außerdem leitet er im Auftrag eines riesigen Elektrokonzerns eine Fußball-Schule in Südfrankreich – beim selben Konzern kümmert sich Yannik Noah um den Tennis-Nachwuchs. Zu den verschiedenen Werbeterminen fliegt Platini immer im Privatflugzeug seines Managers ein.

In Platins Schatten wird heute auch Rudi Völler stehen, obwohl der Bremer dank seiner beiden Tore beim 2:1 über Rumänien immerhin den dritten Platz bei den Torschützern belegte.

TENNIS / Ein großer Erfolg für Sylvia Hanika

Klarer Sieg in Brighton

sid, Brighton

Für die 24 Jahre alte Linkshänderin Sylvia Hanika aus Ottendich bei München endete ein zwei Jahre langer Warten auf den Sieg in einem bedeutenden Tennisturnier. Die Nummer eins der deutschen Rangliste bezwang im Finale des mit 175 000 Dollar dotierten Turniers im englischen Seebad Brighton Joanne Russell aus den USA mit 6:3, 1:6, 6:2. Ihren letzten Erfolg hatte Sylvia Hanika im März 1982 in New York gefeiert.

In 1:42 Stunden endeten die Hoffnungen der Amerikanerin, zwei Tage vor ihrem 30. Geburtstag die erste Finalteilnahme ihrer Profi-Karriere siegreich zu beenden. Nur knapp 30 Minuten benötigte Sylvia Hanika, um den ersten Satz mit 6:3 zu gewinnen. Im zweiten Durchgang hatte die Linkshänderin Schwierigkeiten mit ihrem Aufschlagsspiel und verlor

deutlich mit 1:6. Doch in der Schlussphase der Partie zeigte die in Monaco lebende Hanika lange vermißte Kämpferqualitäten und setzte sich gegen ihre zuletzt konditionell überforderte Gegnerin durch.

"Die Leute haben ja schon geglaubt, wenn es darauf ankommt, verliert die Hanika sowieso", erklärte die glückliche Siegerin, die bei ihren letzten fünf Finalteilnahmen jeweils klar verloren hatte. "Sylvia hätte heute noch ganz andere Leute schlagen können, sie war großartig in Form", lobte die unterlegene Amerikanerin. Joanne Russell mußte nach eigener Aussage dem Halbfinalspiel gegen die Ungarin Andrea Temesvári Tribut zollen, das sie nach begeisterndem Kampf am Samstag gewann. Die Ungarin hatte zuvor überraschend die an Nummer eins gesetzte Pam Shriver (USA) ausgeschaltet.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

12.00 Tagesschau und Tagesschau
12.15 Kassenstempel
Der Senior
Mit Maxi Graf, Werner Asam u. a.
14.00 Tagesschau
14.10 Frauentheater
Die Zukunft begann vor 100 Jahren
14.35 Spieß am Dienstag
Heute mit Walt Disney's Mickey und Donald Duck
Donald Duck findet Geschmack am Honig. Und wenn's ums Naschen geht, ist ihm kein Risiko zu groß, um an das köstliche Bienenprodukt zu gelangen.
17.30 Da schenkt best
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.10 Tagesschau
21.00 Die Montagmacher
Unterhaltungsspiel mit Sigi Harreis
21.30 Panorama
Moderation: Peter Gatter
21.45 Daffies
Gemischte Gefühle
Mark Grayson plant schon ansie für die Hochzeit seiner mit Pam, ohne zu ahnen, weshalb seine Angebetete ihn plötzlich heiraten will. Dadurch stürzt er sie in einen schrecklichen Gewissenskonflikt, vor allem, da Dr. Kanderson Markt über seine Krankheit informieren will. Wird Pam diese unheilvolle Aufklärung verhindern können?
22.30 Tagesschau
23.00 Kulturzeit – Road to Accra
Ghanaisches Fernsehspiel
Originalfassung mit deutschen Untertiteln
Der Lastwagenfahrer Adeley verursacht einen Unfall und verliert dadurch seinen Job. Um nicht als Plantagenarbeiter zu enden, kauft er auf Kredit einen alten Lastwagen und macht sich selbstständig. Als Gegenleistung für den Kredit soll seine Tochter Abena den Gläubiger heiraten. Doch Abena weigert sich und stürzt dadurch ihren Vater in einen schweren Konflikt.
0.25 Tagesschau

12.10 New York, New York
Eine Sendung von Werner Bocker
12.15 Presseschau
13.00 Tagesschau
14.00 heute
14.04 Panorama
14.30 Schiller-Express
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Blitzschlag
Zu Gast: Lena Valaitis
17.50 Mein Name ist Hanoi
Trickreiches mit Bugs Bunny
Ansch. heute-Schlagzeilen
18.30 Heute-Wochen – heute-Gesche
Der Gefährte
Der aufstrebende Jungunternehmer Ludwig Zankl hat die Unkostenfaktoren bei seiner Steuererklärung wohl etwas zu hoch angesetzt, so daß das Finanzamt nun 67 000 Mark Nachzahlung kassieren will. Willig resigniert landet Zankl in Bad Wörishofen zur Regenerationskur, doch bei seinem Gemütszustand scheint eine Besserung seiner körperlichen Leiden aussichtslos – dann begegnet Zankl dem hübschen Fräulein Sonja...
19.00 heute
19.30 Show & Co. mit Carlo
Musik und Gäste bei Carlo v. Tieemann
Mit Donna Summer, Dalida Lavi, Frank Duval, Second Generation u.v.a.
21.15 WISO
Wirtschaft & Soziales
Moderation: Friedhelm Ost
Obwohl Bundeswertpapiere wie Schatzbriefe, Anleihen und Obligationen bis zu fünf Prozent mehr Einlösen als ein Sparbuch einbringen, legen die meisten Sparer ihr Geld noch immer auf Sparbüchern an. WISO beschäftigt sich heute mit diesen einträglicheren Anlageformen und gibt dabei Tipps für den Kauf solcher Papiere.
21.45 heute-journal
22.00 Gegenlichtschau
Ein kritisches Porträt der jungen Generation in Shanghai
Spielfilm aus der VR China (1983)
Regie: Ding Yin Nen
23.50 heute



WEST
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandskorrespondent
20.45 Rückblicke
Tod vor 90 Jahren: Zor Alexander III.
21.00 Formel Eins
21.45 Der Feindbegriff am der Kassezeit
22.15 Drei vor Mitternacht
Drücken sich die Grünen?
0.30 Schach des Weltmeisters
0.30 Letzte Nachrichten
NORD
20.00 Tagesschau
20.15 Zur Welt gestellt
21.15 Test Force Polizei
22.00 Kinder, Kirche, Computer
23.05 Schach des Weltmeisters
23.35 Nachrichten
HESSEN
19.00 Formel Eins
19.45 Heute aktuell
20.00 Frauentheater Dr. Philmaria
Deutscher Spielfilm (1950)
21.30 drei aktuell
21.45 Kulturkoffer
22.15 Bilderbuch
22.45 Vor vierzig Jahren
SÜDWEST
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprachwende
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Heute in Württemberg
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Kulturkoffer
21.00 Lesarten
Nur für Saarland:
20.15 Magazin Sack 5
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Das kleine Teufchen
Amerikanischer Spielfilm (1954)
21.45 Science Report (I)
22.30 Nachrichten
BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Die Ideole Pops
Deutscher Spielfilm (1959)
20.45 Die Sprachwende
21.30 7. N.
21.45 Heute aktuell
22.15 Nachrichten
22.30 Nachrichten

In Neapel lebt eine farbige Fremdenlegion

KLAUS RÜHLE, Rom

Italien hat ein echtes Einwanderungsproblem. Das Land ist zum bevorzugten Einreiseziel von Hunderttausenden von heimatlosen Menschen aus der Dritten Welt geworden. Hunger und Verzweiflung trieben sie dazu, ihre Heimat zu verlassen und nach Europa zu flüchten. Die meisten von ihnen sind in Italien hängengeblieben und versuchen dort mit oder ohne Aufenthaltsgenehmigung Fuß zu fassen und sich eine neue, wenn auch fragwürdige Existenz aufzubauen. Man schätzt, daß in Italien rund eine Million Ausländer ohne polizeiliche Anmeldung ihr Dasein fristen.

Besonders heftig ist dieses Problem in Neapel, einer Stadt, die ohnehin unter massenhafter Arbeitslosigkeit leidet. Derzeit leben dort mindestens 40 000 Einwanderer aus der Dritten Welt. Über zwei Drittel von ihnen sind der Polizei und dem Einwohnermeldeamt unbekannt. Nur die 14 000 dunkelhäutigen Hausgehilfen und Kindermädchen leben und arbeiten legal in der Vesuvstadt. Die anderen Männer und Frauen aus Afrika und Asien kommen durch Schwarzarbeit über die Runden. Besonders die illegale Baubranche bedient sich gern der illegalen Einwanderer, weil sie dabei viel Geld sparen. Die armen Vietnamesen, Libanesen und Abessinier bekommen nur den halben Arbeitslohn und sind von jeder Form der Sozialversicherung ausgeschlossen.

Die meist farbige Fremdenlegion in Neapel und in anderen italienischen Städten belastet in erheblichem Maße die Verbrechensstatistik. Dies gilt nicht nur für das Heer der Taschendiebe, sondern vor allem für den Rauschgiftmarkt. In Neapel liegt der Kleinverkauf von Drogen fast ausschließlich in den Händen der „Fremdenlegionäre“. Auch der Nachschub aus dem Orient läuft in der Regel über die geheime Einwanderung. Das Drogengeschäft scheint immer mehr von der Camorra an die unheimlichen Emigranten aus der Dritten Welt übertragen zu werden. Man könnte beinahe von einer „farbigen Camorra“ sprechen. Eine weitere Branche, die neuen Auftrieb durch die schwarze Einwanderung erhalten hat, ist die Prostitution.

Für den ausländischen Touristen machen sich die Söhne des Islam und der Dritten Welt überhaupt am augenscheinlichsten als ambulante Straßenhändler bemerkbar. In Rom wimmelt es zwischen Piazza Navona und Campo dei Fiori von Afrikanern und Asiaten, die Ohrhinge, Ketten, Seidenschals und anderen Ramsch anbieten. Ah und zu macht die Polizei reinen Tisch, aber am nächsten Tag ist der Bazar unter freiem Himmel wieder voll in Betrieb.

Mit schwarzen Listen gegen Lolitas Reize

SIEGFRIED HELM, London

Liebesaffären zwischen Lehrern und Schülern kommen häufiger vor, als gemeinhin angenommen wird. Nicht nur Lehrer sind durch frühe Reife minderjährige Lolitas in Gefahr, sich um Ruf und Amt zu bringen. Auch Lehrerinnen sind gegen die Verführung durch heranwachsende Schüler nicht gefeit. Darüber berichtete die angesehene britische Fachzeitschrift „The Times Educational Supplement“ in ihrer jüngsten Ausgabe.

In den Lehrerzimmern vieler Schulen machen inoffizielle „schwarze Listen“ die Runde mit den Namen frührer Schülerinnen, die bereits kleine Meisterinnen im Flirten seien und die sich der arglosen Lehrer um jeden Preis vom Leib halten müsse. In dem Report über die in den Schulen sinkende Reizschwelle für Affären mit den Lehrern wird gewarnt: Die jugendlichen Verführer (beiderlei Geschlechts) finden besonders bei Klassenreisen reiche Jagdgründe. Auch bei Arbeitsgemeinschaften müßten Lehrer auf der Hut sein.

In dem Report wird der Fall eines 30jährigen Pädagogen geschildert, der sich bei der Einstudierung einer griechischen Tragödie von einer 16jährigen Schülerin umgarnen ließ. Ein 30jähriger Mathematiklehrer verfiel den Reizen einer 16jährigen Schülerin im Zeltlager im schottischen Hochland und brannte anschließend mit ihr durch.

Trotz des wachsenden Berufsrisikos für Pädagogen bei einer noch hohen Dunkelziffer sei der Trend nicht zu übersehen, daß solche Affären vor dem Standesamt enden. In dem mutigen Beitrag wird gefordert, daß man einen Unterschied zwischen „Verführer“ und einer „echten, auf Gegenseitigkeit beruhenden Leidenschaft zwischen zwei jungen Erwachsenen“ machen müsse. (SAD)

Polizei wartete vergebens auf Abnehmer des Stoffs

Großer Schlag gegen den Rauschgiftmarkt mißlungen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Beamte des französischen Rauschgiftbezugsamts und ihre amerikanischen Kollegen vom Narcotics Bureau des FBI haben zwar am Wochenende im Hafen von Marseille die größte Rauschgiftmenge in der Geschichte der Bekämpfung des Rauschgifthandels sicherstellen können – 10 Tonnen Haschisch aus dem Nahen Osten –, aber die Indiskretion eines ihrer Beamten und eines Journalisten haben sie um die Früchte ihres Sieges gebracht.

Sie konnten die Händler nicht fassen, weil keiner der Adressaten der Sendung zur Abholung erschienen war. Die zuständigen Herren hatten von der Ankunft des Schiffes nicht nur über ihre Geheimkanäle, sondern auch aus dem Lokalblatt „Le Miroir“ erfahren, in der alles am Sonntagmorgen zu lesen stand. Die Beamten sind seitdem so wütend, daß sie alle Journalisten, die am Montag Näheres dazu hören wollten, rücklings aus ihren Büros hinauskomplimentierten.

Von einem ihrer V-Männer im Nahen Osten hatte die französische Polizei Anfang letzter Woche gehört, daß ein Frachter aus einem nichtgenannten Land des östlichen Mittelmeeres in Richtung Marseille unterwegs sei und eine zusätzliche Ladung von 10 Tonnen Haschisch geladen habe, die größte je verschifft Menge Rauschgift seit dem Kriege. Das Schiff wurde schon weit draußen auf dem Mittelmeer von Marine-Flugzeugen der französischen Luftwaffe und Hubschraubern der Polizei diskret in Überwachung genommen und his Marseille geleitet. Als Schauerleute getarnte Beamte überwachten die Entladung und Unterbringung der verdächtigen Ballen in einem Hangar. Dann wartete man 24 Stunden auf die Abholer.

Zwei mit der Untersuchung von Rauschgift-Delikten betraute Staatsanwälte, Franzose und Amerikaner, die seit Jahren in engem Kontakt entlang der französischen Mittelmeerküste zum unermüdlichen Aufspüren der „French connection“, des Rauschgiftflusses aus dem östlichen Mittelmeerbecken über Frankreich in die USA, befaßt sind, erhofften sich wichtige Auskünfte über die Verastlungen, die der Hauptumschlagplatz Marseille außer Amerika auch noch im Nahen Osten versorgt. Dem Vernehmen nach wären auch die Niederlande und die Bundesrepublik unter den Empfängern der Sendung gewesen.

Aber es kam niemand. Erst als man den Beamten die Sonntagsausgabe des „Miroir“ brachte, wurde ihnen klar, warum sie beinahe 48 Stunden lang vergebens gessenessen hatten. Die Wut der Polizisten kannte keine Grenzen mehr.

Marcel Le Servot, hier in seinem Reich, war Küchenchef mehrerer französischer Minister- und Staatspräsidenten. Zu seiner Brigade gehörten sieben Köche, zwei Zuckerbäcker und ein halbes Dutzend Jungkochen, die bei ihm ihren Militärdienst ablebten. Bei großen Empfängen im Elysée-Palast mit mehr als hundert Gästen war Schnellkeil in der Küche oberstes Gebot. Die Essen durften nicht länger als eine Stunde und fünf Minuten dauern. FOTO: STUDIO X

Er war der Herrscher über die Töpfe des Elysée

HEINZ WEISSENBERGER, Paris

Marcel Le Servot war sein Leben lang die Disziplin in Person. So will er auch nach der Pensionierung nicht ein einziges Sterbenswörtchen über das Privatleben seiner Chefs oder über die Dinge, die er in 26 Jahren Dienst bei französischen Regierungen und Staatschefs erlebte, verstreuen lassen. Marcel Le Servot, der wohl am wenigsten bekannte unter den großen Köchen Frankreichs, ist mit 62 Jahren in den Ruhestand getreten.

Zehn Jahre lang hatte Le Servot, ein kleiner stämmiger Normanne, als Chefkoch am Bord des Flaggschiffs „Jean Bart“ gekocht, dann holte ihn General de Gaulle, damals noch Ministerpräsident, 1958 als Leibkoch in seinen Amtssitz, das Hôtel Matignon. Der General war bei Besuchen am Bord der „Jean Bart“ auf Le Servot aufmerksam geworden, der genau die gutbürgerlichen, herzhaften und einfachen Gerichte kochte, die de Gaulle liebte.

Das Idyll dauerte ganze sechs Monate, dann zog de Gaulle nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten in das Elysée-Palais um. Er wollte Le Servot mit sich nehmen, doch das Protokoll blieb steif. Im Elysée gab es bereits einen Chefkoch. So blieb Le Servot im Hôtel Matignon, wo nachher der Ministerpräsident Debré, Pompidou und Couve de Murville amtierten. Erst 1968 holte ihn Pompidou ins Elysée-Palais, als er Nachfolger de Gaulles geworden war.



Im Elysée kochte Le Servot für drei Präsidenten: Pompidou, Giscard d'Estaing und François Mitterrand. Für den Koch hatten Pompidou und Mitterrand Ähnlichkeiten: „Sie liebten beide die ländliche Küche, gesottenes Kalbfleisch, Gulasch, Sülzen, Him zum Beispiel.“



Yvonne. Er hatte nur eine Schwäche: Suppen. Le Servot, Suppen, Suppen und nochmals Suppen, selbst im heißen Hochsommer!

Für die Essen im Elysée-Palais – oft sitzen bis zu 150 Personen am Tisch – gibt es nur eine feste Regel: Sie dürfen nicht länger als eine Stunde und fünf Minuten dauern. Aufgabe des Chefkochs ist es, zusammen mit dem Protokoll das Menü zusammenzustellen. Er muß auf zahlreiche „Tabus“ achten, etwa Moslems kein Schweinefleisch zu servieren.

Für Le Servot war das kein Problem. Er hatte vor 12 Jahren den „Club der Chefs“ gegründet, dem die Chefköche von etwa 40 Staatschefs angehören. Die Club-Mitglieder treffen sich einmal im Jahr in einer Hauptstadt der Welt, und dabei tauschen die Köche Rezepte und „Tipp“ über die Essensgewohnheiten ihrer Präsidenten, Fürsten und Könige aus.

Nach seiner Pensionierung zog sich Marcel Le Servot in seine schöne Villa nahe dem bretonischen Hafen Concarneau zurück. Dort haben seine Frau Ginette, mit der er seit 40 Jahren verheiratet ist, und sein dressierter Esel „Pompon“ ihn ganz für sich. In den vergangenen 26 Jahren war Marcel, der allein in Paris lebte, nur am Wochenende nach Concarneau gefahren.

Philippinische Fähre mit 242 Mann gesunken

rt, Manila

Eine philippinische Fähre mit fast 250 Menschen an Bord ist gestern unweit der Insel Mindanao in einem Hurrikan gesunken. Die Küstenwacht teilte mit, es seien bisher erst 96 Personen durch ein Fischerboot gerettet worden. Die „MV Venus“ sei mit 200 Passagieren und 42 Besatzungsmitgliedern an Bord auf der Fahrt nach Manila gewesen.

Päckchen in die „DDR“

gl Bonn

Pakete und Päckchen in die „DDR“ und nach Ost-Berlin müssen oberhalb der Anschrift den Vermerk „Geschenksendung, keine Handelsware“ tragen. Diesen und weitere Hinweise für Geschenksendungen in den anderen Teil Deutschlands enthält das neue Merkblatt des Gesamtdeutschen Instituts, das ab sofort an allen Postschaltern vorliegt ist.

Flüge Berlin-Münster

rt, Berlin/West

Die britische Fluggesellschaft British Airways hat gestern vormittag mit Beginn des Winterflugplans den Linienflugverkehr von Berlin-Tegel nach Münster/Osnabrück aufgenommen. Die Strecke wird aus beiden Richtungen zweimal täglich von Montag bis Freitag bedient.

Girokonten in China

AP, Peking

Zum ersten Mal seit über 30 Jahren hat eine chinesische Bank jetzt wieder persönliche Girokonten eingerichtet. Wie die englischsprachige Tageszeitung „China Daily“ gestern berichtet, hat die Industrie- und Handelsbank in Shanghai 87 Girokonten für Wissenschaftler, Ärzte, Intellektuelle und heimgekehrte Auslandschinesen eröffnet.

Massenkarambolage

dpa, Linz

Mindestens fünf Menschenleben und 25 Verletzte hat gestern eine Massenkarambolage auf der Autobahn Wien-Salzburg gefordert. Wie die Polizei mitteilte, rampte ein deutscher Sattelzug in der Nähe des Attersee einen auf dem Pannstreifen abgestellten Wagen. Dabei stürzte der Sattelzug um und geriet auf die Nebenfahrbahn. Mehr als ein Dutzend Fahrzeuge fuhren auf.

Schach-Wunderkind

SAD, London

England hat ein neues Schach-Genie. Es ist der zwölfjährige Michael Adams aus Truro in Cornwall, der sich zum jüngsten internationalen Schachspieler der Welt qualifizierte, als er jetzt bei einem Turnier in London mit 2407 Punkten Schachmeister wurde. Der Schüler erreichte damit das Niveau vieler Großmeister.

Strafe fürs Füttern

dpa, Köln

Mit Geldbußen von 1000 Mark will die Stadt Köln das Füttern von Tauben stoppen. Große Scharen dieser Vögel sind für die Domstadt zum ersten Problem geworden. Die Vögel würden Krankheiten und Ungeziefer übertragen, und Taubenmist schädige die Kunstdenkmäler, begründete die Stadtverwaltung ihr Vorgehen.

Zu schnell unterwegs

SAD, Paris

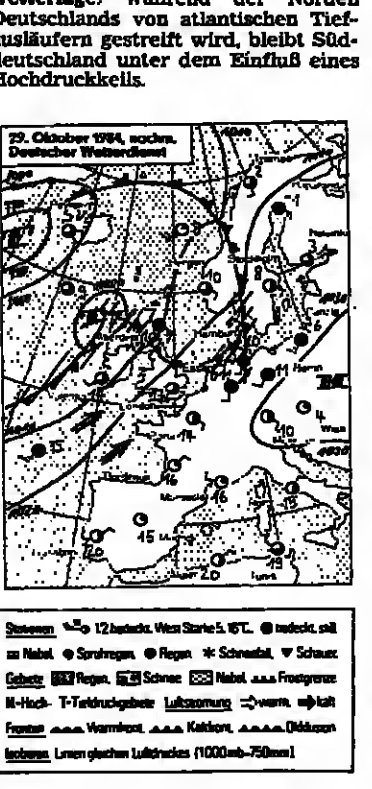
Als die französische Polizei einen Forscher, der mit zwölfjährigen Kindern auf der Autobahn unterwegs war, stoppte, machte sie einen nicht alltäglichen „Fang“. Die Fahrerin war gerade erst fünfzehn Jahre alt.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Franklin Mint GmbH, Ottobrunn b. München, bei.

ZU GUTER LETZT

„Würde Ludwig Erhard noch leben, er müßte sich bestimmt im Grab herumdrehen.“ Der Generalsekretär der FDP, Helmut Haussmann, in einem Vortrag anlässlich eines parlamentarischen Gästebands in Bonn.

WETTER: Herbstlich



Vorhersage für Dienstag:

In Norddeutschland stark bewölkt und gelegentlich Regen. Im 13 Grad. Im Westen und in Berlin wolkeig mit Aufbelebungen und trocken. Nachmittags bei 16 Grad. Nächtliche Tiefwerte um 9 Grad, schwacher Südwestwind. Im Süden gebietsweise länger andauernder Nebel. Nach dessen Auflösung sonnig. Höchsttemperaturen 10 bis 14 Grad, nachts plus 3 bis minus 2 Grad.

Weitere Aussichten:

Wenig Änderung.

Temperaturen am Montag, 13. Okt.:

Berlin	10°	Kairo	28°
Bonn	11°	Kopenh.	10°
Dresden	9°	Las Palmas	28°
Essen	11°	London	17°
Frankfurt	7°	Madrid	15°
Hamburg	10°	Mailand	14°
Lissabon	13°	Mallorca	20°
München	7°	Moskau	4°
Münster	8°	Nizza	19°
Stuttgart	8°	Olo	14°
Alger	20°	Paris	14°
Amsterdam	14°	Prag	12°
Aten	22°	Rom	19°
Brüssel	13°	Stockholm	8°
Budapest	12°	Tel Aviv	27°
Bukarest	14°	Tunis	19°
Helsinki	3°	Wien	4°
Istanbul	20°	Zürich	8°

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.13 Uhr, Untergang: 18.57 Uhr, Mondaufgang: 14.38 Uhr, Untergang: 22.47 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Transplantationsmedizin steht erst am Anfang“

PETER SCHMALZ, München

An Liebe gebrochene Herzen sind der Schlagertexter schmutzige Freude und füllen mehr klang- als sinnvolle Hitzparaden. Am Leben zerbrochene Herzen sind dagegen in der Regel tödlich und führen nur sehr selten zum Ruin. Der weithin gute Ruf des Münchner Klinikums Großhadern, das in diesen Tagen sein zehnjähriges Jubiläum feiert, lebt in nicht geringem Maße von diesem Herzensruhm: In seinem anderen deutschen Krankenhaus wurden so viele erfolgreiche Herzverpflanzungen durchgeführt. Allein Professor Bruno Reichart hat hier 23 Herzen und zweimal sogar Herz und Lunge transplantiert, ehe er im vorigen Monat als Bernhards Nachfolger ans Groot-Schuur-Hospital nach Kapstadt wechselte.

Ob Herz, Niere, Leber oder Bauchspeicheldrüse – die Mediziner haben mit Organverpflanzungen durchgehenden Erfolg. Von denen sie vor wenigen Jahren noch nicht zu träumen wagten. Und die Entwicklung schreitet rasant voran. „Die Transplantationsmedizin steht erst am Anfang“, meint Professor Walter Land, Direktor des Transplantationszentrums in Großhadern.

gestern in München. „Dieses Fach wird sich dramatisch entwickeln.“ Ein wahrer Boom wird bei Nierenverpflanzungen registriert. Wurden 1970 in der Bundesrepublik nur 61 dieses bohnenförmigen Organs übertragen, waren es nur dreizehn Jahre später schon 1027. Und die Warteliste wächst beständig: 1970 waren 745 chronisch Nierenkranke bekannt, Ende letzten Jahres waren es bereits 17 000, zu denen jährlich 2400 neue hinzukommen. Der Grund für den explosionsartigen Zuwachs: Der früher zum Sterben verurteilte Nierenkranke überlebt heute dank moderner Dialyseverfahren, die jährlichen Neuerkrankungen sind dagegen mit 50 bis 60 pro einer Million Einwohner seit längerer Zeit konstant.

Obwohl die Operationskapazität der 21 deutschen Transplantationszentren fortwährend steigt, wächst die Warteliste. Die Schere zwischen Operationen und Transplantationsfähigen wird immer größer, meint Professor Land. Der Grund: Es gibt zuwenig Spenderorgane.

Dabei, so loben die Ärzte, hat die Spenderbereitschaft in der Bevölkerung erfreulich zugenommen, ein weit größeres Problem sind die Kolle-

gen in den weißen Kitteln. Professor Land: „Wir wünschen uns, daß alle Krankenhäuser jeden für eine Entnahme geeigneten Patienten melden. Aber da herrscht bei einigen Chefarzten noch eine Scheu.“

Manche Klinikleiter befürchten, sie könnten in den Ruf einer „Ausschlechts-Klinik“ geraten, vermutet Bayerns Sozialminister Franz Neubauer. Ein anderes Motiv, so Professor Land gestern, ist die noch häufig zu beobachtende Unsicherheit mancher Ärzte bei der exakten Todesbestimmung.

In Bayern, wo erst 25 Kliniken mit den beiden Transplantationszentren in Großhadern und in Erlangen eine enge Zusammenarbeit auf diesem Gebiet eingegangen sind, soll demnächst ein Poster, das allen Krankenhäusern zugesandt wird, vor Ort aufklappen. Die medizinisch heute weitgehend problemlosen Nierentransplantationen haben zwei beachtliche Vorteile. Zum einen wird der Empfänger von der zeitraubenden, gesundheitlich wie seelisch strapazierenden Dialyse erlöst. Zum anderen werden die Behandlungskosten drastisch gesenkt. Die Hemodialyse kostet im Jahr etwa 60 000 Mark, die

gleiche Behandlung im Krankenhaus sogar 100 000 Mark. Für eine Nierenverpflanzung mit Nachbehandlung müssen aber nur 50 000 Mark gezahlt werden. Sozialminister Neubauer: „Bei einer dreijährigen Funktion des übertragene Organs können somit pro Transplantation zwischen 180 000 und 250 000 Mark eingespart werden.“

Neubauer hofft, daß eine Bewußtseinsänderung bei den Angehörigen der Betroffenen zu einem spürbaren Abbau der Warteliste führt. Wenn Blutsverwandte eine ihrer beiden Nieren dem kranken Verwandten spenden, kann die Transplantation unverzüglich vorgenommen werden. Nach Angaben von Professor Land werden in den USA 60 Prozent aller Nierenverpflanzungen durch solche Lebenspendern ermöglicht, in der Bundesrepublik dagegen nur drei Prozent.

Inzwischen bereitet sich das Münchner Klinikum auf ein neues Transplantations-Abenteuer vor: In den nächsten Tagen soll in einer 12- bis 16stündigen Operation eine Leber verpflanzt werden. Dieser Eingriff wurde in Deutschland bisher nur in Hannover gewagt.

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

– Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

– Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen- und klagebefugt ist.

– Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Bitte senden Sie mir die Informationen über Abmahnungen an folgende Anschrift:

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

ZAW
Zentralausschuß der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

